

LINKSEXTREMISMUS: NEUE ENTWICKLUNGEN JENSEITS VON MARX, ENGELS UND LENIN



**Tagungsband zur Fachtagung
vom 23. September 2020**



SACHSEN-ANHALT

Ministerium für
Inneres und Sport

#moderndenken

Vorwort

Jochen Hollmann

*Leiter der Abteilung Verfassungsschutz
im Ministerium für Inneres und Sport
des Landes Sachsen-Anhalt*

Linksextremismus: „Neue Entwicklungen jenseits von Marx, Engels und Lenin“, unter diesem Titel fand am 23. September 2020 in Magdeburg in der Johanniskirche die jährliche Fachtagung der Abteilung Verfassungsschutz des Ministeriums für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt statt.

Dem Team von der Johanniskirche möchte ich auf diesem Wege nochmals für das gelungene Schutz- und Hygienekonzept danken, ohne das die Veranstaltung nicht möglich gewesen wäre.

Die Tagung widmete sich aktuellen Entwicklungen im Phänomenbereich des Linksextremismus. Mehr als 100 Gäste, vor allem aus den Bereichen Polizei, Landesverwaltung, Justiz und Kommunen sowie dem Verfassungsschutz, politische Entscheidungsträger und zivilgesellschaftliche Akteure, Referenten aus Wissenschaft und Praxis, verfolgten die Vorträge und Gespräche über die aktuelle Ideologie und Strategie der Linksextremisten.

Der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Magdeburg, Herr Dr. Lutz Trümper, begrüßte als „Hausherr“ die Teilnehmenden in der Johanniskirche. Die Tagesmoderation der Veranstaltung übernahm der Reporter beim MDR und BR, Herr Bastian Wierzioch.

Die Veranstaltung eröffnete Frau Anne Poggemann, Staatssekretärin im Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt, die in ihrer Begrüßungsrede betonte, dass auch der Linksextremismus eine Gefahr für unsere Gesellschaft und für unsere Demokratie darstelle. In Sachsen-Anhalt sei ein steigendes Personenpotenzial zu verzeichnen. Zudem werde ein gestiegenes Aktionsniveau registriert,



mit dem kommunistische, sozialistische oder anarchistische Ideologien in der Mitte der Gesellschaft verankert werden sollen.

Linksextremismus sei daher nicht nur politische Militanz und beginne nicht erst da, wo Steine fliegen und Barrikaden brennen.

Prof. Dr. Hendrik Hansen von der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung zeigte in seinem Einführungsvortrag auf, dass der Linksextremismus von der ungebrochenen Aktualität kommunistischer und anarchistischer Doktrinen lebt. So führt die Verbindung des Postmarxismus mit der Postmoderne und dem Poststrukturalismus zu neuen Bündnissen. Diese sind dabei nicht nur taktischer Natur, sondern beruhen auch auf ideologischen Gemeinsamkeiten, wenn z. B. Linksextremisten und Islamisten gemeinsame Sache machen, um „die von den kapitalistischen Verhältnissen Unterdrückten“ zu befreien.

Marco Haase vom Verfassungsschutz Hamburg stellte in seinem Vortrag die Strategie der Entgrenzung vor und wie Linksextremisten versuchen, im Rahmen einer breiten Bündnispolitik ihre Positionen bis an die Mitte der Gesellschaft heranzutragen und Anschlussfähigkeit zu erlangen. Insbesondere Postautonome, die sich in Gruppierungen wie der „Interventionistischen Linken“ versammeln, instrumentalisieren und vereinnahmen gesellschaftlich breit akzeptierte Themen wie Klimaschutz, Flüchtlingspolitik, Globalisierung oder den Kampf gegen Rechtsextremismus, um ihre Ideologie zu verbreiten.

VERFASSUNG SCHÜTZEN

Professor Dr. Tom Mannewitz, zum damaligen Zeitpunkt Juniorprofessor an der Technischen Universität Chemnitz, zeichnete anhand des Leipziger Stadtteils Connewitz nach, wie sich ein Brennpunkt der autonomen Szene entwickelt, dass mit dem Entstehen linksextremistischer Freiräume stets auch ein Rückgang des staatlichen Gewaltmonopols verbunden ist und dass sich die Handlungsfelder der Autonomen oftmals aus Feindbildern ableiten und weniger aus einer eigenen positiven programmatischen Grundlage.

Dr. Udo Baron vom niedersächsischen Verfassungsschutz ging zum Abschluss auf die Bedeutung der Gewalt für die linksextremistische Szene ein. Linksextremistische Gewalt sei nicht nur die so genannte „Gegengewalt“, mit der Linksextremisten gegen vermeintliche Repression des staatlichen Gewaltmonopols oder „faschistische“ Umtriebe in der Gesellschaft ankämpfen. Im Zuge des sinkenden Dogmatismus habe Gewalt auch einen Selbstzweck und spiele eine gewichtige Rolle bei der Radikalisierung und Rekrutierung. So werde Gewalt als Teil der Problemlösung akzeptiert, sei teilweise ein Lebensgefühl, sei identitäts- und integrationsstiftend und diene auch der eigenen Bestätigung und Profilierung innerhalb der Szene.

Diese Fachtagung diene der Vernetzung von Theorie und Praxis, sollte einen Blick auf die neuesten Entwicklungen und Erkenntnisse des Linksextremismus liefern und somit die Anpassungsfähigkeit von Linksextremisten und das Gefährdungspotenzial für die Gesellschaft aufzeigen; denn jede Form von Extremismus trägt zur Spaltung unserer Gesellschaft bei und ist abzulehnen.

In diesem Sinne wünsche ich allen interessierten Leserinnen und Lesern dieser Tagungsbroschüre eine ertragreiche, aber auch zum Nachdenken anregende Lektüre.

Allen Mitwirkenden danke ich für ihren Beitrag zum Gelingen dieser Fachveranstaltung.

Ergänzend darf ich auf die Internetseite des Verfassungsschutzes Sachsen-Anhalt verweisen: www.mi.sachsen-anhalt.de/verfassungsschutz. Dort finden Sie Hintergrundinformationen zum Linksextremismus und zu den weiteren Formen des politischen Extremismus.

Die Publikationen des Verfassungsschutzes - wie auch dieser Tagungsband - können dort heruntergeladen werden.

Ein Hinweis zum Schluss: Die Beiträge der Referenten bringen die Auffassungen der jeweiligen Verfasser zum Ausdruck.

Magdeburg im August 2021

Inhalt

Grußwort

Anne Poggemann
Staatssekretärin im
Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt.....6

Die ideologischen Veränderungen des Linksextremismus durch die Verbindung von Marx mit der Postmoderne und dem Poststrukturalismus

Prof. Dr. Hendrik Hansen
Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung Berlin 8

Entgrenzung und Anschlussfähigkeit linksextremistischer Positionen an die Mitte der Gesellschaft

Marco Haase
Pressesprecher der Verfassungsschutzbehörde
der Freien und Hansestadt Hamburg22

Leipzig-Connewitz – historische Entwicklung des Brennpunkts der autonomen Szene in Mitteldeutschland

Prof. Dr. Tom Mannewitz
Technische Universität Chemnitz,
seit 15. März 2021 Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung Berlin34

Die Rolle der Gewalt bei der Radikalisierung und Rekrutierung von Linksextremisten

Dr. Udo Baron
Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport,
Abteilung Verfassungsschutz48

Impressionen53

Ausgewählte Publikationen des Verfassungsschutzes56

Grußwort

Anne Poggemann

*Staatssekretärin im
Ministerium für Inneres und Sport
des Landes Sachsen-Anhalt*

Es gilt das gesprochene Wort!



Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister
Dr. Lutz Trümper,
sehr geehrte Damen und Herren,

zur diesjährigen Herbsttagung der Abteilung
Verfassungsschutz meines Hauses begrüße ich
Sie herzlich und freue mich, dass Sie hier in die
schöne Johanniskirche nach Magdeburg
gekommen sind.

Vertreter u. a. aus der Landesverwaltung und
den Kommunen, politische Entscheidungsträger
und zivilgesellschaftliche Akteure heiße ich
ebenso willkommen, wie Vertreter der Polizei
und der Staatsanwaltschaften sowie
Kolleginnen und Kollegen aus den
Verfassungsschutzbehörden anderer
Bundesländer.

Besonders freue ich mich, Herrn Bastian
Wierzioch, Reporter beim MDR und BR, heute als
Tagesmoderator der Fachtagung begrüßen zu
dürfen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

jedwede Form des Extremismus stellt eine
Gefahr für unsere Gesellschaft und für unsere
Demokratie dar.

Heute widmen wir uns jedoch dem Thema
Linksextremismus. Auch die Beobachtung
linksextremistischer Bestrebungen ist eine
Aufgabe der Verfassungsschutzbehörde
Sachsen-Anhalt.

„Neue Entwicklungen jenseits von Marx, Engels
und Lenin“ – unter dieser Thematik sollen Sie als
Fachpublikum über die aktuellen Entwicklungen
im Linksextremismus informiert werden. Dass
mit dem thematischen Aufhänger vor allem
kommunistische Ideologen herangezogen
werden, darf nicht über die Vielschichtigkeit des
linksextremistischen Spektrums
hinwegtäuschen. Linksextremismus ist ein
Sammelbecken für unterschiedliche Ideologien,
Organisationen und Strömungen. Er lebt von der
ungebrochenen Aktualität kommunistischer
und anarchistischer Doktrinen, für die jedoch
stets neue Anknüpfungspunkte gefunden
werden müssen. Hierzu wird uns
dankenswerterweise Herr Prof. Dr. Hendrik
Hansen von der Hochschule des Bundes für
öffentliche Verwaltung Ausführungen machen.

Tatsächlich finden dogmatische Strukturen, wie
sie im Marxismus-Leninismus vorgelebt werden,
unter jungen Linksextremisten heute kaum
noch Anklang. Ein Teil der Szene ist zwar nach
wie vor marxistisch geschult, doch generiert
dieser nach außen lediglich einen
Minimalkonsens. So schaffen es vor allem die
sogenannten Postautonomen, eine möglichst
breite Bündnispolitik zu fahren und ihre
Positionen bis an die Mitte der Gesellschaft
heranzutragen.

Wie es zu einer solchen Entgrenzung und
Anschlussfähigkeit kommen konnte, wird uns
der Pressesprecher der Verfassungsschutz-
behörde der Freien und Hansestadt Hamburg,

Herr Marco Haase, erläutern. Herzlich Willkommen.

Mit erschreckender Genauigkeit kann im Leipziger Süden beobachtet werden, wohin eine solche Entgrenzung führen kann, wenn ein ganzer Stadtteil in linksextremistische Hand gerät.

Seit Jahren organisiert sich die autonome Szene im Leipziger Stadtteil Connewitz und hat in einigen Straßenabschnitten bereits das geschaffen, was in der linksextremistischen Szene als sogenannter Freiraum propagiert wird. In der Realität geht damit eine sukzessive Zurückdrängung des staatlichen Gewaltmonopols einher. Trauriger Höhepunkt ist der Angriff auf die Prokuristin eines Leipziger Bauunternehmens an ihrer Privatadresse.

„Einen Gruß aus Connewitz“ wollten die Täter hinterlassen, nachdem sie der Frau ins Gesicht geschlagen hatten. Wie Leipzig-Connewitz in der historischen Entwicklung zum wortwörtlichen Brennpunkt der autonomen Szene werden konnte, zeichnet Herr Dr. Tom Mannewitz nach. Deshalb freue ich mich, nach der Mittagspause den Junior-Professor von der TU Chemnitz begrüßen zu dürfen.

Der Übergriff auf die Leipziger Immobilienmaklerin war nur eine von 921 linksextremistisch motivierten Gewalttaten aus dem Bereich der politisch motivierten Kriminalität - links -, die die Polizeibehörden im Bund und in den Ländern im vergangenen Jahr festgestellt haben. Zum Vergleich: im Bereich der rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten waren bundesweit 925 Straftaten zu verzeichnen. Linksextremistische Gewalt ist jedoch nicht nur die so genannte „Gegengewalt“, mit der Linksextremisten gegen vermeintliche Repression des staatlichen Gewaltmonopols oder „faschistische“ Umtriebe in der Gesellschaft ankämpfen. Im Zuge des sinkenden Dogmatismus hat Gewalt auch einen Selbstzweck und spielt eine gewichtige Rolle bei der Radikalisierung und Rekrutierung von

Linksextremisten. Dies wird uns Herr Dr. Udo Baron von der niedersächsischen Verfassungsschutzbehörde erläutern, ich danke Ihnen hierfür und heiße auch Sie herzlich willkommen.

Ziel der heutigen Fachtagung zum „Linksextremismus“ ist nicht vom Rechtsextremismus abzulenken, sondern der Hinweis, dass andere Formen des Extremismus nicht außer Acht gelassen werden dürfen. Der Verfassungsschutz ist dem Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verpflichtet. Diese wird aus verschiedenen Richtungen bedrängt. Die Beschäftigung mit einer Form des Extremismus ist dabei keinerlei Relativierung einer anderen Form des Extremismus. Extremisten sind Feinde unserer Verfassung. Jeder Extremismus ist per se abzulehnen und bedarf daher einer entsprechenden Beachtung und Bewertung.

Mit unserer Fachtagung wollen wir auch über jene Phänomene innerhalb des Linksextremismus aufklären, die neben dem gewaltorientierten Spektrum gerade nicht im Blick der Öffentlichkeit stehen.

In diesem Sinne meine Damen und Herren, wünsche ich uns eine interessante und bereichernde Fachtagung, die gute Impulse vermitteln und so die weitere Präventionsarbeit gegen Linksextremismus in Sachsen-Anhalt befördern soll.

Die ideologischen Veränderungen des Linksextremismus durch die Verbindung von Marx mit der Postmoderne und dem Poststrukturalismus

Prof. Dr. Hendrik Hansen

*Hochschule des Bundes für öffentliche
Verwaltung Berlin*



Im Linksextremismus gab es in den letzten Jahrzehnten erhebliche ideologische Veränderungen. Während der theorieorientierte Linksextremismus bis in die siebziger Jahre überwiegend davon ausging, dass das revolutionäre Subjekt das Proletariat sei, kam es seit dieser Zeit sukzessive zu einer Pluralisierung der revolutionären Subjekte. Der Kampf gegen die Unterdrückung von Frauen bzw. Gender, gegen die Diskriminierung von Rassen und gegen die Zerstörung der Umwelt erscheint seither in weiten Teilen des Linksextremismus als gleichgewichtig mit dem Klassenkampf. Hinter dieser Entwicklung steht ein radikaler ideologischer Wandel, der sich als poststrukturalistische Wende im Linksextremismus bezeichnen lässt und der sich als Verbindung der aus Frankreich rezipierten postmodernen und poststrukturalistischen Philosophie mit den Positionen von Karl Marx zum sogenannten Postmarxismus charakterisieren lässt. Durch diese Verbindung kommt es zu einer Umformulierung der universalistisch angelegten revolutionären Programmatik des Marxismus-Leninismus zu einem radikal-partikularistischen Projekt.

Im vorliegenden Beitrag soll diese poststrukturalistische Wende, die weite Teile des

Linksextremismus betrifft, erläutert werden. Es werden zunächst die wesentlichen Thesen der postmodernen und der poststrukturalistischen Philosophie am Beispiel von Lyotard und Foucault zusammengefasst. Anschließend wird die Rezeption in der linksextremistischen Theoriebildung analysiert; als Beispiele dienen hier Publikationen von Gabriel Kuhn sowie von Michael Hardt und Antonio Negri. Danach wird die Relevanz der poststrukturalistischen Wende für aktuelle linksextremistische Bestrebungen aufgezeigt, und zwar zum einen am Beispiel der „Interventionistischen Linken“, zum anderen an einem Beispiel aus dem gewaltorientierten Linksextremismus.

Die Philosophie der Postmoderne: Jean-François Lyotard

In den 1970er Jahren regte sich Widerstand gegen die Dominanz des Marxismus-Leninismus in linksorientierten theoretischen Debatten. In Frankreich, wo dieser Widerstand zuerst aufkam, richtete er sich gegen die überragende Rolle des existenzialistischen Philosophen Jean-Paul Sartre, der dem Marxismus nahestand. So schrieb der wohl bedeutendste Begründer der poststrukturalistischen Philosophie Michel Foucault rückblickend mit Bezug auf Sartre: „Als

ich jung war, war gerade er es und alles, was er repräsentierte, der Terrorismus von ‚Les Temps modernes‘, wovon ich mich befreien wollte.“¹ Eine ähnliche Aussage gibt es von dem französischen poststrukturalistischen Philosophen Roland Barthes: „Meine Generation hatte das Bedürfnis, Sartres Unternehmung, die den Menschen in das Halseisen der historischen Dialektik einschließt, zu erschüttern. Ich habe versucht, das Lustprinzip wiederherzustellen.“²

Der Poststrukturalismus lässt sich der postmodernen Philosophie zuordnen, die einen radikalen Partikularismus vertritt.³ Einer der maßgeblichen Vertreter dieser Philosophie ist Jean-François Lyotard, der ihre Grundgedanken in der Einleitung zu seinem Band „La condition postmoderne“ (1979, deutsch: „Das postmoderne Wissen“) zusammengefasst hat.⁴ Postmoderne wird dort „bei extremer Vereinfachung“ definiert als „Skepsis gegenüber den Metaerzählungen“⁵. Als Metaerzählungen bezeichnet Lyotard diejenigen philosophischen Diskurse, mit denen die Wahrheitskriterien der Wissenschaft legitimiert werden. Diese Legitimation erreicht man durch die Übereinstimmung, d. h. den Konsens der Wissenschaftler, der seinerseits von der Gestaltung der Institutionen geprägt ist, in denen diese zusammenarbeiten. Die Legitimität der Wahrheitskriterien ist somit abhängig von der Legitimität der Institutionen, innerhalb derer der Konsens über diese Kriterien erzielt wird.

Die postmoderne Philosophie ist Folge der „Krise der metaphysischen Philosophie und der von ihr abhängigen universitären Institution“.⁶ Mit

dieser Krise verflüchtigen sich die Legitimationsdiskurse in einzelne Narrative wie „in Wolken“⁷, die alle ihre eigene, partikuläre Gültigkeit haben und einen bestimmten, begrenzten sozialen Zusammenhalt konstituieren. Innerhalb der dadurch entstehenden Gruppen versuchen Entscheidungsträger, die Sprache (und damit die Legitimationsdiskurse) zum Zwecke der Herrschaftsausübung zu kontrollieren.

Was ist nun der leitende Maßstab der Diskurse über Gerechtigkeit und Wahrheit? Nach Lyotard dienen sie dazu, die Effektivität des Systems und die Macht der Entscheidungsträger zu erhöhen, indem bestimmte Handlungen oder Personen ausgeschlossen werden – nicht ohne die Anwendung von mehr oder weniger „Schrecken“ (Lyotard spricht im Original von „terreur“).⁸ Hinter der Rede von Gerechtigkeit und Wahrheit steht also „in Wahrheit“ das Prinzip der „Logik der höheren Leistung“⁹ – man könnte auch zuspitzen: die Logik der Durchsetzung des Stärkeren. Dieses Machtstreben verstrickt sich zwar – wie schon Marx feststellt – in Widersprüche, doch aus diesen Widersprüchen erwächst keine Heilserwartung.¹⁰ Aus Sicht der Postmoderne vertritt der Marxismus eine metaphysische Geschichtsteleologie, eine Metaerzählung, die in der Tradition der Aufklärung steht.

Während die Marxsche Geschichtsteleologie von Lyotard verworfen wird, hält er an der Utopie der radikalen Herrschaftsfreiheit fest. Die Herrschaftskritik als das grundsätzliche Anliegen von Marx wird beibehalten, nur die Stoßrichtung ändert sich¹¹ – denn die Herrschaftsfreiheit soll nicht in einem umfassenden Kollektivismus erreicht werden, sondern in einem radikalen Partikularismus. Das Ziel der Philosophie besteht nach Lyotard darin, sich die postmoderne Situation bewusst zu machen: Das postmoderne Wissen „verfeinert unsere Sensibilität für die

1 Zit. nach Gabriel Kuhn, Tier-Werden, Schwarz-Werden, Frau-Werden. Eine Einführung in die politische Philosophie des Poststrukturalismus, Münster 2005, S. 15. Die Zeitschrift „Les Temps modernes“ wurde von Jean-Paul Sartre und Simone de Beauvoir 1945 gegründet und widmete sich bis zu ihrer Einstellung 2019 Themen der Literatur, der Politik und der Geisteswissenschaften.

2 Zit. nach Jörg Altwegg, Die Republik des Geistes. Frankreichs Intellektuelle zwischen Revolution und Reaktion, München 1986, S. 185.

3 Vgl. Peter E. Zima, Moderne/Postmoderne. Gesellschaft, Philosophie, Literatur, 2. Auflage, Tübingen 2001, S. 286.

4 Jean-François Lyotard: Das postmoderne Wissen. Ein Bericht, 5. Auflage, Wien 2005. Vgl. für eine Zusammenfassung der Position: Zima (Anm. 3), S. 149-155, 190-201 und 209-213.

5 Lyotard (Anm. 4), S. 14.

6 Ebd.

7 Vgl. ebd.

8 Ebd., S. 15.

9 Ebd. Vgl. dazu Zima (Anm. 3), S. 152: Vernunft erscheint Lyotard „nicht nur als repressive, sondern zugleich auch als gleichschaltende Kraft, die alle Unterschiede einebnert.“ Dagegen wolle Lyotard das „irreduzibel Plurale“ geltend machen.

10 Lyotard (Anm. 4), S. 16.

11 Vgl. Zima (Anm. 3), 150f.

Unterschiede und verstärkt unsere Fähigkeit, das Inkommensurable zu ertragen.“¹² Demgegenüber wird jedes Streben nach Einheit von Lyotard mit Terror und Totalitarismus gleichgesetzt.¹³

Anfang der 1990er Jahre bemerkt Lyotard, dass mit dem Ende des Sowjetregimes der Marxismus als letzte große Metaerzählung verschwunden ist.¹⁴ Die Globalisierung deutet er als Einstieg in ein postmodernes Zeitalter: Die Herrschaftsansprüche der Moderne werden global ausgebreitet; ihre inneren Widersprüche führen zur Überwindung aller Universalismen, womit die Möglichkeit eines neuen, radikalen Partikularismus eröffnet wird. Diesen Übergang in eine neue Zeit hat Lyotard nur angedeutet; poststrukturalistische Autoren wie Foucault haben eine deutlich radikalere Herrschaftskritik geübt. Was sind aber die zentralen Positionen des Poststrukturalismus?

Die Philosophie des Poststrukturalismus: Michel Foucault

Der klassische Strukturalismus, wie er von dem Schweizerischen Linguisten Ferdinand de Saussure (1857-1913) entwickelt wurde, analysiert die Strukturen der Sprache und geht davon aus, dass jedes Zeichen (z. B. ein Wort) eine Relation zwischen einem bezeichneten Objekt (Signifikat, Bezeichnetes) und einem bezeichnenden Subjekt (Signifikant, Bezeichnendes) herstellt. Seine eigentliche Bedeutung erhält ein sprachliches Zeichen aber durch die Beziehung zu anderen Zeichen und somit durch die Struktur der Sprache.¹⁵ Dabei wird im klassischen Strukturalismus von de Saussure angenommen, dass mit den Zeichen

tatsächlich Aussagen über bezeichnete Gegenstände gemacht werden.

Der Poststrukturalismus geht ebenfalls davon aus, dass die Bedeutung eines Zeichens aus der Relation zu anderen Zeichen folgt – insofern knüpft er am Strukturalismus an.¹⁶ Doch Foucault wendet sich gegen die Vorstellung, dass ein Zeichen eine Verbindung zwischen einem gegebenen Subjekt und Objekt herstellt. Es gibt für ihn weder im Sinne des Philosophen Immanuel Kant das „Ding an sich“, noch ein autonom denkendes Subjekt, das mittels der Zeichen Gegenstände bezeichnet. Foucault will das essentialistische Verständnis der Struktur bei de Saussure (und auch bei Marx, wenngleich es letzterem um andere – nämlich ökonomische – Strukturen ging) überwinden. Das Denken stellt nicht ein Verhältnis zwischen einem autonomen, selbstgesteuerten Subjekt und Objekten her, sondern es wird selbst von einer Struktur gesteuert: „Die Art, wie die Menschen denken, schreiben, urteilen, sprechen ..., ihr ganzes Verhalten wird von einer theoretischen *Struktur* gesteuert, von einem *System*, das sich mit der Zeit und von Gesellschaft zu Gesellschaft verändert, aber zu allen Zeiten und in allen Gesellschaften präsent ist.“¹⁷ Die Struktur ist die „dritte Dimension“¹⁸, die das Verhältnis zwischen Subjekt und Objekt bestimmt.

Foucaults zentrale These lautet, dass die Strukturen, die das Denken bestimmen, ihrerseits Produkte von Machtverhältnissen sind, die sich in Abhängigkeit vom geschichtlichen Kontext verändern.¹⁹ Die Macht wird über Normen ausgeübt, die für das Handeln einen Möglichkeitsbereich schaffen: Handlungen innerhalb dieses Möglichkeitsbereichs werden sozial belohnt, solche

12 Lyotard (Anm. 4), S. 16. Dahinter steht genaugenommen wieder ein aufklärerischer Pathos: Indem die Postmoderne zum Programm erhoben und ein universeller Partikularismus gefordert wird, hat sie den Charakter einer neuen Metaerzählung.

13 Vgl. Henning Ottmann, Geschichte des politischen Denken, Bd. 4/2: Das 20. Jahrhundert. Von der Kritischen Theorie bis zur Globalisierung, Stuttgart 2012, S. 255.

14 Vgl. Jean-François Lyotard, *Moralités postmodernes*, Paris 1993, S. 68.

15 Ferdinand de Saussure, *Grundfragen der allgemeinen Sprachwissenschaft*, 3. Auflage, Berlin 1967, S. 132-140.

16 Eine knappe und verständliche Einführung in das Denken von Foucault gibt Benjamin A. Hahn, *Freiheit, Relativismus und politische Praxis – ein struktureller Vergleich zwischen Protagoras und Michel Foucault*, in: Barbara Zehnppennig (Hrsg.), *Die Sophisten. Ihr politisches Denken in antiker und zeitgenössischer Gestalt*, Baden-Baden 2019, S.195-219, hier S. 203-215.

17 Michel Foucault, *Schriften in vier Bänden. Dits et Ecrits*, Band I: 1954-1969, Frankfurt a. M. 2014, S. 666, Hervorhebungen im Original.

18 Ebd., S. 1075.

19 Vgl. Hahn (Anm. 16), S. 210.

außerhalb dieses Bereichs werden sanktioniert. Herrschaftskritik bedeutet für Foucault folglich das Aufdecken der Strukturen, die die Subjekte und ihr Denken und Handeln konstituieren; der Kampf um Freiheit besteht darin, den Möglichkeitsbereich des Handelns zu erweitern, indem gesellschaftliche Normen verändert werden.²⁰ Die poststrukturalistische Philosophie leistet dazu aus seiner Sicht einen entscheidenden Beitrag, indem sie die Wahrnehmung von Normen verändert und verdeutlicht, dass jeder Anspruch auf Allgemeingültigkeit sich im Lichte dieser Philosophie als Produkt historischer Zufälligkeiten und damit als veränderbar erweist.²¹ Das Ziel des Poststrukturalismus ist die Ausweitung des Möglichen im Denken und Handeln – und damit die Erweiterung der Freiheit.²²

Die Rezeption von Postmoderne und Poststrukturalismus im Linksextremismus I: Gabriel Kuhn

Der dem Anarchismus nahestehende freie Autor Gabriel Kuhn zeigt in seinem Band „Tier-Werden, Schwarz-Werden, Frau-Werden. Eine Einführung in die politische Philosophie des Poststrukturalismus“, wie radikal die politischen Konsequenzen des Poststrukturalismus sind,²³ dem es ja nicht mehr darum geht zu untersuchen, was mittels der Sprache über Gegenstände ausgesagt wird, sondern wie mit ihr Machtstrukturen aufgebaut werden. Die Folge dieses Denkens ist eine Fundamentalkritik der Aufklärung: Die Idee des autonomen Subjekts wird als eine „Vorstellung nach dem Bilde Gottes“²⁴ verworfen; an seine Stelle treten vielfältige Subjektivierungsprozesse als „Produktion von Existenzweisen oder Lebensstilen“²⁵. Die Rationalität wird als

„Imperialismus des Logos“²⁶ abgelehnt. Wahrheit ist nur „das Produkt vielfältiger Diskursivierungen“²⁷, sie ist „untrennbar mit einer Prozedur verbunden, die sie etabliert“²⁸ – also mit Macht. Die Wahrheit ist „die Waffe der Paranoia und der Macht ..., die Signatur der Einheit-Totalität im Raum der Worte, die Rückkehr des Terrors. Kämpfen wir also gegen den weißen Terror der Wahrheit, mit und für die rote Grausamkeit der Singularitäten.“²⁹ Die Moral ist der verwerflichste Ausdruck des Machtstrebens, als das der Wahrheitsanspruch entlarvt wird: „Die Moral ist das Paradebeispiel eines theoretischen Herrschaftsinstruments.“³⁰ Sie „dient der Unterwerfung der Einzelnen“ und ist „immer Feind der Pluralität der Lebensverhältnisse“.³¹ Dieses Verdikt trifft auch alle Vorstellungen universeller Menschenrechte oder der Menschenwürde. Schließlich kommt Kuhn in seiner Zusammenfassung des Poststrukturalismus noch darauf zu sprechen, wer mit den falschen Denkkategorien nach Wahrheit strebt: Es ist der Mann, der die Frau nur als mangelhaftes Gegenstück versteht. Alle Oppositionen wie gut und böse, rational und irrational „haben ihr Gewicht also nicht nur dort, wo der Logos ist, sondern auch dort, wo der Phallus ist, der damit für vollstes Sein steht, während alles nicht-phallische Mangel oder Nichts bedeutet.“³²

Wenn Sein und Identität für Herrschaft, Unterdrückung und Terror stehen, dann steht das Werden für das Gegenteil: „Werden spielt im Poststrukturalismus eine besonders wichtige Rolle. Werden ist immer revolutionär.“³³ Die jeweilige Majorität bestimmt, was als Seiend zu gelten hat (als gut, wahr, richtig usw.), und ordnet alles andere diesen Kategorien unter. Deshalb ist der Prozess des Werdens dem Minoritären vorbehalten. Das Minoritäre darf dabei nicht mit einer Minorität verwechselt werden – die Minorität ist ein definierter Status,

20 Vgl. ebd., S. 212.

21 Vgl. ebd., S. 213.

22 Vgl. ebd., S. 214.

23 Vgl. Kuhn (Anm. 1).

24 Foucault, zit. nach Kuhn (Anm. 1), S. 37.

25 Deleuze, zit. nach ebd., S. 36.

26 Derrida, zit. nach ebd., S. 41.

27 Kuhn (Anm. 1), S. 27.

28 Deleuze, zit. nach ebd.

29 Lyotard, zit. nach ebd., S. 30.

30 Kuhn (Anm. 1), S. 29.

31 Ebd.

32 Ebd., S. 42.

33 Ebd., S. 177.

kein Prozess.³⁴ Minoritär zu sein, ist auch keine Frage der bloßen Quantität: Frauen sind in der phallozentrischen Gesellschaft minoritär und zwar nicht nur, wenn sie unterdrückt, sondern auch, wenn sie vereinnahmt und einer „Orgie psychologischen und politischen Verständnisses“³⁵ ausgesetzt werden. „Frauwerden“ bedeutet dann, unentwegt neue, unerwartete Wege zu beschreiten und „revolutionäre Differenzen zu herrschenden Verhältnissen“ zu produzieren.³⁶

Zugespißt formuliert bedeutet das Werden, einen Kampf gegen alles Bestehende zu führen. Vielleicht erläutert Kuhn deshalb weniger ausführlich das „Frau-Werden“ als das „Tier-Werden“, denn bei letzterem geht es um den „Bruch mit den zentralen Institutionen“.³⁷ So denkt Kuhn – anknüpfend an den Philosophen Gilles Deleuze und den Psychiater Felix Guattari – vor allem an Leoparden, Alligatoren, Löwen, Stiere – allen voran aber an Wölfe.³⁸ Denn der Wolf verkörpert zweierlei: Erstens heißt „Wolf-Werden, ... sich wie ein Wolf zur herrschenden Ordnung zu verhalten bzw. mit dem Wolf ... eine revolutionäre Differenz zu dieser aufzubauen“.³⁹ Zweitens habe „Tier-Werden ... immer mit einer Meute zu tun, ... mit einem Rudel, ... mit einer Mannigfaltigkeit“⁴⁰ – und da passt der Wolf gut ins Bild.

Kuhns Ausführungen sind gleich in mehrfacher Hinsicht interessant: Zum einen fällt auf, dass trotz der Kritik des „Phallozentrismus“ die Vorstellungen vom Tier von Männlichkeitsphantasien geprägt zu sein scheinen. Zweitens sind die Tiervorstellungen sehr anthropozentrisch – der Wolf als Tier (nicht als Metapher) zeichnet sich ja nicht dadurch aus, dass er eine „revolutionäre Distanz“ zu einer „herrschenden Ordnung“ aufbaut. Drittens aber zeigt die Verbindung der Wolfsphantasie mit der Idee des notwendigen Widerstandes gegen die

herrschende Ordnung eine bemerkenswerte Parallele zu den Vorstellungen der Vordenker des rechtsextremistischen Einzeltäterterrorismus auf. Insbesondere der U.S.-amerikanische Rechtsextremist Tom Metzger hat das Bild des „einsamen Wolfes“ für den Widerstandskämpfer geprägt, der die Speerspitze des „White Aryan Resistance“ sein müsse.⁴¹

Das führt zum Kern der Deutung des Poststrukturalismus von Kuhn: Die Aufgabe der Philosophie besteht darin, die Herrschaftsansprüche aufzudecken, die allen Normen und auch der Sprache zugrunde liegen. Die Ansprüche der Aufklärung, nach Wahrheit zu streben sowie eine Moral und universell gültige Normen zu begründen, sind nur Ausdruck von Machtstreben. Dagegen muss das Viele, das Partikulare zur Geltung gebracht werden. Das Minoritäre muss die herrschende Ordnung bekämpfen und immer neue Differenzen herstellen. Die Revolution besteht dann gerade nicht darin, die Arbeiterklasse für den Kampf gegen den Kapitalismus zu formieren, sondern das Partikulare zur Geltung zu bringen. Das „Werden“ besteht darin, sich im Kampf gegen die bestehende Ordnung zu verwirklichen – das ist der zentrale Gedanke einer linken Identitätspolitik, der es nicht darum geht, für die Gleichberechtigung bestimmter Gruppen oder für die Freiheit von Unterdrückten einzutreten, sondern der es um die Entfaltung des Partikularen im Kampf gegen jede Vorstellung universeller Normen geht.

Dieses Denken hat in weiten Teilen des Linksextremismus den universalistisch angelegten Marxismus-Leninismus verdrängt. In Organisationen wie der „Interventionistischen Linken“ dominiert heute eine Theorie der Revolution, die vom Poststrukturalismus beeinflusst wird. Ein Beispiel für eine solche Theorie der Revolution haben der italienische Politikwissenschaftler und Vertreter des

34 Vgl. ebd., S. 179.

35 Baudrillard, zit. nach ebd., S. 179.

36 Kuhn (Anm. 1), S. 180.

37 Deleuze/Guattari, zit. nach Kuhn (Anm. 1), S. 181.

38 Vgl. Kuhn (Anm. 28), S. 181f.

39 Ebd., S. 182.

40 Ebd.

41 Vgl. George Michael, This is War! Tom Metzger, White Aryan Resistance, and the Lone Wolf Legacy, in: Focus on Terrorism, Bd. 14, 2016, S. 29-61.

Operaismus⁴² Antonio Negri, der 1984 als Mitglied der linksterroristischen „Roten Brigaden“ zu 30 Jahren Haft verurteilt wurde, und der U.S.-amerikanische Literaturwissenschaftler Michael Hardt entwickelt. Ihr Konzept der „multitude“ als dem neuen revolutionären Subjekt bringt den Grundgedanken linker identitätspolitischer Diskurse auf den Punkt und erweist sich zugleich in hohem Maße anschlussfähig für eine Rezeption durch linksextremistische Bestrebungen.

Die Rezeption von Postmoderne und Poststrukturalismus im Linksextremismus II: die Revolutionstheorie von Michael Hardt und Antonio Negri

Die Revolutionstheorie von Hardt und Negri soll hier anhand des Bandes „Empire“ skizziert werden, in dem sie die Grundlagen ihrer Theorie darstellen.⁴³ Ausgangspunkt der Argumentation der Autoren ist die Feststellung, dass sich die Klassenstrukturen, die der Theorie von Marx zugrunde lagen, aufgelöst haben. Insbesondere das Proletariat als Träger der Revolution muss aus ihrer Sicht neu verstanden werden; an seine Stelle tritt die Menge („multitude“) derer, die allgemein von den kapitalistischen sowie den Geschlechter- und Rassenverhältnissen unterdrückt werden. Es bedarf einer neuen Theorie der Ausbeutung und der Revolution, um diesen Prozess zu verstehen, und sie wird von den Autoren durch eine postmoderne und poststrukturalistische Umformulierung der Marxschen Theorie der gesellschaftlichen Spaltung entwickelt.⁴⁴ Dabei stützen sie sich vor allem auf Foucault, Deleuze und Guattari.⁴⁵ Im folgenden soll gezeigt werden, wie Hardt und Negri die Rolle des „Empire“ als Subjekt der Ausbeutung, die der „Multitude“ als Subjekt der Revolution sowie die Mittel und das Ziel der Revolution verstehen.

Das Subjekt der Ausbeutung sehen Hardt und Negri in der Herausbildung eines globalen Souveräns, dem „Empire“, das an die Stelle der nationalstaatlichen Souveränität tritt. Die Globalisierung ist durch die Herausbildung des Empire auf der einen Seite und die Gegenwehr der Multitude, welche die Ausbeutung durch das Empire bekämpft, auf der anderen Seite, gekennzeichnet. Aus dem Zusammentreffen von Empire und Multitude resultiert ein dialektischer Prozess, der in die Revolution mündet.

Die Autoren betonen, dass das Empire nicht mit den Vereinigten Staaten zu verwechseln sei. Ganz im Sinne des Poststrukturalismus wird es vielmehr als vollkommen deterritorialisertes und dezentralisiertes Netz von Strukturen verstanden, die sich durch zwei Merkmale auszeichnet: Auf der formalen Ebene stützt es seine Macht auf eine supranationale, globale Wertordnung, die auf der Vorstellung universeller Rechte beruht und mittels der Vereinten Nationen durch internationale Polizei- und Militäraktionen weltweit alles Partikulare bekämpft.⁴⁶ Auf dieser Ebene muss in der Revolution ein radikaler Partikularismus gegen den herrschenden Universalismus durchgesetzt werden. Auf der materialen Ebene beruht das Empire auf der Herrschaft der Biopolitik: Körper und Bewusstsein der Individuen werden einer schrankenlosen Herrschaft unterworfen, die sich z. B. in Rassendiskriminierungen und Genderzuschreibungen äußert.⁴⁷

Die Multitude ist das revolutionäre Subjekt, das die Vorreiterrolle einnimmt, die bei Marx dem Proletariat zukam. Zur Multitude gehört den Autoren zufolge jeder, der von den Strukturen, die das Empire ausmachen, unterdrückt wird, dessen Arbeitskraft direkt oder indirekt ausgebeutet und der kapitalistischen Disziplin unterworfen wird bzw. dessen Geschlecht oder Rasse diskriminiert wird. Die Multitude zeigt sich zunächst in den vielen verschiedenen lokalen Aufständen – als Beispiele werden die

42 Beim Operaismus handelt es sich um eine Strömung im Linksextremismus, die in den 1970er Jahren in Italien entstand und sich in Abgrenzung von der Kommunistischen Partei gegen die Fabrikarbeit wendet, die als Mittel zur Disziplinierung des Proletariats gedeutet wurde.

43 Michael Hardt/Antonio Negri, Empire. Die neue Weltordnung, Frankfurt/New York 2002.

44 Vgl. ebd., S. 77.

45 Ebd., S. 42-45.

46 Ebd., S. 35.

47 Das Konzept der Biopolitik übernehmen die Autoren von Foucault, vgl. ebd., S. 38f.

Ereignisse auf dem Tiananmen-Platz 1989, die Intifada, die Revolte in Los Angeles im Mai 1992, der Aufstand der Chiapas ab 1994 und Streiks in Frankreich im Dezember 1995 in einem Atemzug genannt.⁴⁸ Diese Aufstände sind der Auftakt für globale Freiheitskämpfe: Sie richten sich zwar gegen lokale Gegner, doch hinter diesen steht jeweils das globale Empire und die Biopolitik, mit der es die Menschen kontrollieren will. So kämpften zum Beispiel die Zapatisten vordergründig gegen die mexikanische Regierung, im Kern richten sie sich aber gegen die Freihandelsdoktrin.⁴⁹

Das Ziel des Kampfes der Multitude ist – ganz im Sinne des Poststrukturalismus von Foucault – die Befreiung des Begehrens und die Freisetzung der schöpferischen Kräfte, die in der Multitude angelegt sind.⁵⁰ Diese radikale Befreiung soll uns die Möglichkeit geben, „uns selbst und die Welt zu schaffen und immer wieder neu zu schaffen.“⁵¹ Das Ideal der Freiheit wird hier radikal umgedeutet und als Freiheit zur Selbstschöpfung verstanden, bei der es nicht nur um die Überwindung der Zwänge der Gesellschaft, sondern auch um die der Natur geht. Das Ziel besteht darin, dass das befreite „Begehren ... einen neuen Körper schafft“⁵², weil dies die Voraussetzung für die vollständige Befreiung des Menschen ist: „Denn der Wille, dagegen zu sein, bedarf in Wahrheit eines Körpers, der vollkommen unfähig ist, sich einer Befehlsgewalt zu unterwerfen; eines Körpers, der unfähig ist sich an familiäres Leben anzupassen, an Fabrikdisziplin, an die Regulierungen des traditionellen Sexuallebens usw.“⁵³

Doch der Weg hin zur Befreiung des Begehrens und der radikalen Selbstverwirklichung ist blutig. Zunächst muss die Herrschaft des Empire durch den bloßen „Willen, dagegen zu sein“ überwunden werden.⁵⁴ Dieser Wille äußert sich,

wie eben angedeutet, in einer radikalen „Gehorsamsverweigerung“⁵⁵, mit der die Herrschaft des Empire auf allen Ebenen durch Sabotage und Desertion untergraben wird.⁵⁶ Der Weg zur freien Gesellschaft wird „notwendigerweise ... gewaltsam“ werden.⁵⁷ In Anlehnung an Walter Benjamins Konzept des „neuen, positiven ... Barbarentums“⁵⁸ erfolgt der Übergang durch einen neuen Barbaren, der überall nur Wege, aber keine Hindernisse sieht: „Das Bestehende legt er in Trümmer, nicht um der Trümmer, sondern um des Weges willen, der sich durch sie hindurchzieht.“⁵⁹

Dass die Autoren diesen Satz von Benjamin nicht nur metaphorisch verstehen, zeigt ihre unverhohlene Sympathie für islamistische Fundamentalisten: „Die antimoderne Stoßrichtung, welche die Fundamentalismen auszeichnet, lässt sich somit weniger als *vormodernes* denn als *postmodernes* Unternehmen begreifen. Die Postmodernität der Fundamentalismen lässt sich in erster Linie an deren Zurückweisung der Moderne als europäisch-amerikanischer Hegemonie erkennen – und in dieser Hinsicht ist der islamische Fundamentalismus in der Tat paradigmatisch.“⁶⁰ Diese Einschätzung ist nur konsequent: Wenn für den Weg in die befreite Gesellschaft zunächst nur der „Wille, dagegen zu sein“ zählt und es auf das positive Ziel des Wollens in dieser Phase nicht ankommt, dann können auch islamistische Terroristen Wegbereiter der Befreiung sein, weil sie einen Beitrag im Kampf gegen das Empire leisten. Die marxistische Theorie vom notwendigen „Gang durchs Fegefeuer“⁶¹, welche die Autoren zuvor kritisiert haben, wird also nicht wegen des Fegefeuers, sondern wegen der Behauptung einer deterministischen Geschichtsphilosophie negiert.

55 Ebd.

56 Vgl. ebd., S. 224.

57 Ebd., S. 227.

58 Ebd.

59 Ebd., der Satz ist ein Zitat von Walter Benjamin.

60 Ebd., S. 161 (Hervorhebung im Original). Dass das Original des Buches vor den terroristischen Anschlägen des 11. September 2001 erschien, entlastet die Autoren nicht, denn der mörderische Charakter des islamistischen Fundamentalismus war auch vorher schon hinreichend bekannt.

61 Ebd., S. 61.

48 Vgl. ebd., S. 67.

49 Ebd., S. 68.

50 Ebd., S. 83.

51 Ebd., S. 106.

52 Ebd., S. 228.

53 Ebd.

54 Ebd., S. 222 (im Original hervorgehoben).

Die Ablehnung des marxistischen Geschichts-determinismus ist ein wichtiges Merkmal dieser neuen, vom Poststrukturalismus inspirierten Theorie der Revolution. Hardt und Negri gehen nicht davon aus, dass die gesellschaftliche Entwicklung von ökonomischen (oder anderen) Gesetzen bestimmt wird. Für sie ist der Wille der Multitude entscheidend, sich von der Herrschaft des Empire zu befreien. Ein weiterer Unterschied zum Marxismus besteht darin, dass das revolutionäre Subjekt nicht eine bestimmte Klasse ist, sondern dass es pluralistisch als eine Vielheit verstanden wird. Aus jeder Form (wahrgenommener) Unterdrückung kann eine Gruppenidentität entstehen, mit deren Hilfe sich ein revolutionäres Subjekt konstituiert, das seinen Beitrag im Kampf gegen das Empire leistet. Insofern eignet sich diese Theorie als ideologische Grundlage für identitätspolitische Auseinandersetzungen. Offen bleibt bei den Autoren aber die Frage, warum die unterschiedlichen Gruppen in der Multitude sich darauf beschränken, das Empire zu bekämpfen, denn angesichts ihrer Heterogenität muss mit massiven Konflikten innerhalb der Multitude gerechnet werden.

Doch in einem entscheidenden Punkt bleibt der Ansatz von Hardt und Negri der Theorie von Marx und Lenin verpflichtet: im Ideal der Herrschaftsfreiheit, das nun jedoch radikal partikularistisch verstanden wird. Wie dies verwirklicht werden soll, wird von den Autoren nicht ansatzweise erläutert. Auch in einer partikularistischen Gesellschaft stellt sich die Frage nach den Grenzen der Freiheit der einzelnen Gruppen. Da eine Bestimmung dieser Grenzen durch Gesetze oder geteilte Wertvorstellungen neue Herrschaftsstrukturen begründen würde, setzt die ideale Gesellschaft eine natürliche Übereinstimmung der Individuen voraus. Der einzelne muss sich in seinem Handeln stets als Teil der Gruppe – und letztlich der Menschheit – verstehen. Damit aber käme man dann zu dem Kollektivismus zurück, den Marx und Lenin anstrebten,⁶² und

62 Zum Kollektivismus bei Marx vgl. Hendrik Hansen, Karl Marx: Humanist oder Vordenker des GULag?, in: Karl Graf Ballestrin u. a. (Hrsg.): Politisches Denken - Jahrbuch 2002, Stuttgart/

den die Poststrukturalisten der 1970er Jahre so vehement ablehnten. Zudem wäre ein so verstandener universeller Partikularismus doch wieder ein universalistisches und damit letztlich anti-partikularistisches Projekt.

Postmarxismus in der Praxis I: die „Interventionistische Linke“

Inwieweit die Theorie der Revolution von Hardt und Negri unmittelbar im Linksextremismus rezipiert wird, kann hier mangels Quellen leider nicht gezeigt werden – zumindest aber sind es vergleichbare Ansätze, die im gegenwärtigen Linksextremismus ihren Niederschlag finden. Die Bedeutung des radikalen Partikularismus wird bereits bei einem oberflächlichen Blick auf die wichtigsten Internetplattformen in diesem Phänomenbereich deutlich: Die Themen auf „indymedia.org“⁶³ sind von der Theorie vielfältiger revolutionäre Subjekte ebenso geprägt wie die Blog-Sammlung „noblogs.org“.⁶⁴

Im folgenden soll der Einfluss der poststrukturalistischen Theorie der Revolution im Linksextremismus an zwei Beispielen skizziert werden. Das erste Beispiel ist die „Interventionistische Linke“ (IL), an der deutlich wird, welche Relevanz der poststrukturalistischen Wende für das Selbstverständnis von Postautonomen hat. Das zweite Beispiel ist das aus der gewaltorientierten autonomen bzw. anarchistischen Szene stammende Manifest „Ich will Bullen töten, bis ich selbst sterbe“, an dem sichtbar wird, wie radikal die Konsequenzen sein können, die sich aus der poststrukturalistischen Philosophie ziehen lassen.

Die Bedeutung des Poststrukturalismus für die Programmatik der IL lässt sich am Beispiel des „Zwischenstandspapiers“ von 2014 zeigen, das bis heute die maßgebende programmatische

Weimar 2002, S. 152-174.

63 Hier eine Auswahl: „Antifa, Antirassismus, Atom, Bildung, Biopolitik, Feminismus, Freiräume, Gender“, siehe die Liste der Themen in: de.indymedia.org (gelesen am 14. Februar 2021).

64 Vgl. deren knappes Selbstverständnis: „Connecting radical people. Non commercial, antifascist, antisexist, privacy-oriented blog platform“, in: www.noblogs.org (gelesen am 14. Februar 2021).

Schrift der Organisation ist.⁶⁵ Dort wird gleich zu Beginn die marxistische Unterscheidung von Haupt- und Nebenwidersprüchen kritisiert, der zufolge sich die Vielzahl der gesellschaftlichen Widersprüche wie diejenigen zwischen Geschlechtern oder Rassen auf einen Hauptwiderspruch zwischen Kapitalisten und Proletariern zurückführen lassen, der die Ursache aller anderen Widersprüche sei.⁶⁶ Eine solche Hierarchisierung der gesellschaftlichen Widersprüche lehnt die IL ab: „Die Widersprüche laufen entlang verschiedener Herrschaftsachsen, entlang sexistischer und rassistischer Zuordnungen, entlang von Klassenunterschieden. Diese Unterdrückungsverhältnisse sind zwar miteinander verwoben, ... haben aber jeweils eine eigene Dynamik und Logik. Sie alle haben mit gesellschaftlicher Macht und der Verfügung über materielle und immaterielle Ressourcen zu tun, haben sich gleichzeitig tief in die Subjektivitäten eingegraben.“⁶⁷ Es geht also darum, die Herrschaftsstrukturen in allen gesellschaftlichen Bereichen aufzudecken und in gleichberechtigten Aufständen zu bekämpfen.

Die damit verbundene Abwendung vom Marxismus-Leninismus wird offen angesprochen: „Das Denken in Haupt- und Nebenwidersprüchen ist den gelebten Erfahrungen von Herrschaft, Ausbeutung und Missachtung, dem Ineinander jeweils eigensinniger Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse und der ebenso vielfältigen wie vielstimmigen Dynamik der sozialen Kämpfe, der konkreten Selbst- und Weltveränderungen noch nie gerecht geworden.“⁶⁸ Doch die IL sieht auch die Notwendigkeit, die damit hervorgehobene Vielheit der Kämpfe als einen großen Kampf gegen die Herrschaft als solche zu verstehen (ähnlich wie Hardt und Negri hinter der Vielheit der Befreiungskämpfe der Multitude den einen Kampf gegen das Empire sehen): „Der Eigensinn

jedes einzelnen Kampfes und die nicht zu reduzierende Vielfalt der Kämpfe selbst aber sind kein Widerspruch zur Notwendigkeit, alle Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse zu bekämpfen und sich deshalb immer auch auf ein Ganzes aller Kämpfe zu beziehen: taktisch, strategisch und programmatisch.“⁶⁹

Die Pluralität der Kämpfe wird auch im Abschnitt „Was uns eint“ im „Zwischenstandspapier“ betont. Dort heißt es: „Wir führen und verfolgen Diskussionen zu Genderpolitik, globalen sozialen Rechten, Antisemitismus, Rassismus und Grenzregimen oder zur weltweiten Klassenneuzusammensetzung. Die Erkenntnis der Vielschichtigkeit gesellschaftlicher Machtverhältnisse ist uns ebenso wichtig wie die kritische Reflexion der jeweils eigenen Position (z. B. als Weiße, als Männer, als Akademiker_innen ...) und der sich daraus ergebenden Interessen und Handlungsoptionen.“⁷⁰

Interessant ist, dass die IL sich im Abschnitt „Viele Erfahrungshintergründe und politische Traditionen – ein Projekt“ auch auf die „Politik des bewaffneten Kampfes“ bezieht, die zu den „vielfältige(n) Erfahrungen von Organisierung, Scheitern und in anderer Form Weitermachen“ gehört.⁷¹ Die hier u. a. gemeinte RAF hatte in ihrer Auflösungserklärung von 1998 die „Politik des bewaffneten Kampfes“ für gescheitert erklärt und als einen ihrer zentralen Fehler die Fixierung auf „die Suche nach dem revolutionären Subjekt“ benannt.⁷² In Abgrenzung zur revolutionären Theoriebildung der 1960er und 1970er Jahre forderte die RAF nun eine neue theoretische Fundierung ihres Projekts der radikalen Befreiung: „Das Befreiungsprojekt der Zukunft kennt viele Subjekte und eine Vielfalt von Aspekten und Inhalten, was mit Beliebigkeit nichts zu tun haben muß. Wir brauchen eine neue Vor-

65 Interventionistische Linke (IL), IL im Aufbruch – ein Zwischenstandspapier (29. Oktober 2014), in: www.interventionistische-linke.org (gelesen am 14. Februar 2021).

66 Ebd., Textziffer 1.

67 Ebd.

68 Ebd.

69 Ebd.

70 Ebd., Textziffer 8.

71 Ebd., Textziffer 5.

72 Rote Armee Fraktion, Die Auflösungserklärung der RAF vom März 1998, in: IG Rote Fabrik (Hrsg.), Zwischenberichte. Zur Diskussion über die Politik der bewaffneten und militanten Linken in der BRD, Italien und der Schweiz, Berlin 1998, S. 217-237, hier S. 233.

stellung, in der die vielleicht unterschiedlichsten einzelnen oder soziale Gruppen Subjekte sein können, und die sie trotzdem zusammenbringt. Insofern kann das Befreiungsprojekt der Zukunft in keinem der alten Konzepte der BRD-Linken seit '68 – weder in dem der RAF noch in anderen – gefunden werden.“⁷³ Das neue theoretische Fundament wird nicht benannt, doch die Verfasser des Textes betonen, dass an die Stelle des Monismus ein Partikularismus treten muss.⁷⁴

Diese Passagen der Auflösungserklärung der RAF weisen eine interessante Ähnlichkeit zu den oben zitierten Ausführungen im „Zwischenstandspapier“ der IL auf. Es ist wahrscheinlich, dass es hier direkte Einflüsse gab: Die „Initiative Libertad!“ aus Frankfurt am Main, die 1992 aus dem RAF-Umfeld gegründet wurde und sich selbst „als einzige organisierte Stimme aus dem Post-RAF-Spektrum“ bezeichnet, versteht sich als „eine der historischen Quellgruppen der Interventionistischen Linken“.⁷⁵ Sie löste sich 2016 in der Frankfurter Ortsgruppe der IL auf. Zwischen der RAF, der „Initiative Libertad!“ und der IL gibt es neben den organisatorischen auch personelle Bezüge. So war Andreas Vogel, Mitglied der „Bewegung 2. Juni“, der 1980 nach eigener Darstellung eine wichtige Rolle beim Zusammenschluss der letzten verbliebenen Mitglieder dieser Organisation mit der RAF spielte⁷⁶, Gründungsmitglied der „Initiative Libertad!“⁷⁷ und „von Anfang an bei der Interventionistischen Linken dabei“.⁷⁸

⁷³ Ebd.

⁷⁴ Andere ehemalige Linksterroristen zogen ähnliche Schlussfolgerungen. Am bekanntesten wurde der Band des ehemaligen Terroristen der „Bewegung 2. Juni“ Klaus Viehmann, *Drei zu eins. Klassenwiderspruch, Rassismus und Sexismus* (1993), in: www.idverlag.com (gelesen am 14. Februar 2021). In diesem Band rezipiert Viehmann die „triple oppression theory“, der zufolge jede linke Theorie neben den Klassenwidersprüchen auch die Geschlechterfrage und den Rassismus in den Blick nehmen muss. Diese Theorie spielt im Linksextremismus eine wichtige Rolle bei der Umformulierung des Marxismus-Leninismus zu einer identitätspolitischen Ideologie; vgl. dazu Rudolf van Hüllen, „Vergesst die Aufklärung!“ – Ideologische Umbrüche im revolutionären Linksextremismus, in: Uwe Backes u. a. (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Bd. 31, Baden-Baden 2019, S. 59-79, hier S. 69.

⁷⁵ Initiative Libertad!, *Alles hat seine Zeit. Bemerkungen zum Ende der Initiative Libertad!* (18. März 2016), in: www.interventionistische-linke.org (gelesen am 15. Februar 2021).

⁷⁶ Andreas Vogel, *Solidarität ist unsere Waffe!* (2007), in: www.info.libertad.de (gelesen am 15. Februar 2021).

⁷⁷ Ebd.

⁷⁸ Andreas Vogel, „Diese Bereitschaft zu sagen: Man muss jetzt handeln!“. Interview zum 50. Jahrestag des 2. Juni 1967 (Juni

Postmarxismus in der Praxis II: die Relevanz im gewaltorientierten Linksextremismus

Während die IL im Linksextremismus u. a. aufgrund ihrer Bündnispolitik eine erhebliche Rolle spielt, handelt es sich bei dem im September 2020 auf „indymedia.org“ veröffentlichten Text „Ich will Bullen töten, bis ich selbst sterbe. Für die Annihilation der Polizei und die Zerstörung der Menschheit“ um das Manifest von Personen, die in der Autonomen-Szene vermutlich eine Außenseiterrolle einnehmen.⁷⁹ Doch das Manifest ist an dieser Stelle interessant, weil es die radikalste Konsequenz aus dem Poststrukturalismus zieht.

Der Text lässt sich in vier Teile gliedern: Zunächst erläutern die Verfasser, dass der Feind nicht nur die Polizei ist, sondern jeder, der am Aufbau von Herrschaftsstrukturen mitwirkt; zweitens betonen sie, dass es neben dem Kampf um die äußeren Herrschaftsstrukturen um die Überwindung dieser Strukturen im eigenen Denken geht – dies ist mit „selbst sterben“ gemeint. Drittens folgen praktische Hinweise für den Kampf gegen die Polizei. Im Nachwort präzisieren die Übersetzer ihre Position gegenüber klandestinen Aktionen.

Den Begriff der Polizei (engl. „police“) leiten die Verfasser von „policing“, „etwas kontrollieren“, her.⁸⁰ Der Feind sei nur äußerlich die Polizei: Letztlich müsse es darum gehen, „die mörderische Herrschaft des Terrors, die uns von den Hüter*innen der ‚Zivilisation‘ auferlegt wird, zu annihilieren.“⁸¹ Der Begriff „Polizei“ verweise damit „auf die Aufrechterhaltung von Herrschaft in einer Gesellschaft“⁸², und daran

2017), in: www.interventionistische-linke.org (gelesen am 15. Februar 2021).

⁷⁹ Ohne Autor, *Ich will Bullen töten, bis ich selbst sterbe. Für die Annihilation der Polizei und die Zerstörung der Menschheit* (2020), in: www.archive.org (15. Februar 2021). Auf Indymedia.org ist der Text nach kurzer Zeit wieder gelöscht worden. Es handelt sich um die Übersetzung und Erweiterung eines englischen Originaltextes: Ohne Autor, *I Want To Kill Cops Until I'm Dead. Killing Cops in the Street is not Enough – We must aim our Bullets at the Cops inside our Heads* (13. Dezember 2017), in: www.theanarchistlibrary.org (gelesen am 15. Februar 2021). Im folgenden wird nach der PDF-Version der deutschen Ausgabe des Textes zitiert.

⁸⁰ Ebd., S. 8, Fußnote 3.

⁸¹ Ebd., S. 8.

⁸² Ebd., S. 12.

wirken viele mit: „Ärzt*innen, Hebammen und Psycholog*innen ..., die bei unserer Geburt gewaltsam Geschlecht und Sexualität bestimmen“⁸³, „Lehrer*innen, Sozialarbeiter*innen und Eltern ..., die unsere sozialen Rollen kontrollieren“⁸⁴, „Hobby-Denunziant*innen, die unsere Kriminalität einschränken“⁸⁵. Die Definition der Polizei wird schließlich auch „um unsere Freund*innen, Gefährte*innen und uns selbst erweiterter(t), um diejenigen, die uns erzählen, etwas sei zu gefährlich“⁸⁶. Die verinnerlichte Polizei, die „leise Stimme in unserem Kopf, die uns während eines Riots sagt, dass wir den Molotow-Cocktail nicht werfen sollten“⁸⁷ – also: das Gewissen – ist Teil der Herrschaftsstrukturen, die bekämpft werden müssen.

Der Einfluss der poststrukturalistischen Analyse von Herrschaftsstrukturen ist hier unverkennbar; er zeigt sich auch in der These, dass Identitäten durch wiederholte „Benennungen“ konstruiert werden. Die Verfasser zitieren aus dem Manifest „How to destroy the world“: „Ich nenne Benennung den Prozess, in dem wir als illegitim (abnormal, tödenswert) abgesondert werden, während andere als legitim (normal, gut) bezeichnet werden.“⁸⁸ Der Schlüssel zur Herrschaftskritik ist hier – wie im Poststrukturalismus – die Kritik der Sprache.

Das Töten, zu dem die Verfasser aufrufen, wird nun – das ist der zweite Teil ihrer Thesen – sowohl materiell als auch immateriell verstanden. Die Verfasser sind sich einig, dass Polizisten ausnahmslos materiell getötet werden müssen, während sie mit Blick auf Ärzte, Lehrer und Eltern uneins sind, ob die physische Vernichtung erforderlich ist, oder eine immaterielle Form der Überwindung ihrer Herrschaft möglich ist.⁸⁹ Auf jeden Fall muss mit

dem Kampf gegen äußere auch der gegen innere Herrschaftsstrukturen geführt werden: Voraussetzung für das erfolgreiche materielle Töten von Polizisten ist es, „wenigstens einen Teil des Bullen in deinem Kopf zu töten“.⁹⁰ Dies erfordert eine „Praxis der Selbstabschaffung“⁹¹, ein „Ende des existenzialistischen Albtraums, der die Beschreibung des menschlichen Lebens als ‚ich denke, also bin ich‘ für eine individuelle, wesentliche und empirische Wahrheit hält.“⁹²

Das Selbst, das hier bekämpft werden soll, ist dasjenige, das die poststrukturalistische Philosophie dekonstruiert. An die Stelle der Vorstellung, dass es ein „Wesen des Menschen“ gebe, tritt die ‚Einsicht‘, dass „was wir sind, vollständig von den Umständen der Realität konstruiert (wird,) in der wir sozialisiert, produziert, erschaffen werden“.⁹³ Das Selbst ist nichts anderes als „die Summe unserer konstruierten Identitäten ... – die Namen, bei denen wir genannt wurden und die Rollen, die wir ausgeübt haben“.⁹⁴ Wenn wir diese von außen aufgezwungenen Identitäten zerstören, wird es auch möglich sein, „die leise Stimme in dir, die dir sagt, ob das, was du gerade tust, richtig oder falsch ist“⁹⁵ loszuwerden: „Dieses Gewissen ist der Bulle in deinem Kopf.“⁹⁶

Im dritten Teil des Textes, der sich mit dem praktischen Kampf befasst, wird erläutert, dass die Abtötung des eigenen Gewissens am besten in der Menge funktioniert: „Wenn wir zusammen handeln, dann kämpfen wir kollektiv gegen das ‚Gewissen‘ einer*s jeden. Wir sind nicht länger versprengte, existenzielle Entitäten, die sich Gedanken darum machen, ob es richtig

83 Ebd., S. 13.

84 Ebd.

85 Ebd., S. 15.

86 Ebd.

87 Ebd., S. 16.

88 Ebd., S. 13, Fußnote 5. Die Verfasser zitieren den Text: Ignorant Research Institute, How to Destroy the World (11. November 2017), www.theanarchistlibrary.org (gelesen am 15. Februar 2021).

89 Vgl. ebd., S. 18.

90 Ebd., S. 19, Fußnote 13.

91 Ebd., S. 20.

92 Ebd., S. 20f.

93 Ebd., S. 21.

94 Ebd., S. 22. Die Verfasser verweisen an der Stelle auf die Ähnlichkeit dieser Überlegungen zu denen in: Ohne Autor, Gender Nihilismus: ein Anti-Manifest (21. Januar 2020), in: www.zuendlumpen.noblogs.org (gelesen am 15. Februar 2021); bei diesem Text wiederum handelt es sich um die Übersetzung eines englischen Originals, das von der U.S.-amerikanischen Philosophin Alyson Escalante verfasst wurde, die am Department of Philosophy der University of Oregon lehrt: Gender Nihilism. An Anti-Manifesto (2015), in: theanarchistlibrary.org (gelesen am 15. Februar 2021).

95 Ebd., S. 23.

96 Ebd.

oder falsch ist, ein Auto abzufackeln.“⁹⁷ In einer „nebulösen Masse“ zu handeln, ermöglicht eine „kollektive Unverantwortlichkeit für diese Brandstiftung“. Daraus resultiert die Überlegenheit des „Riots“ gegenüber der klandestinen Aktion, in der die Handelnden wesentlich anfälliger dafür sind, von der Stimme des Gewissens – ein Begriff, den die Verfasser nur in Anführungszeichen verwenden – eingeholt zu werden. Neben dieser grundsätzlichen Überlegung zur Form des Kampfes gegen die Polizei enthält der Text noch praktische Anleitungen zum Anzünden von Autos und zur Verursachung von Unfällen von Polizeifahrzeugen. Betont wird auch, dass der Kampf ein „intensives persönliches und kollektives Training erforder(t)“⁹⁸; dazu zählt das Praktizieren von Kampfsport, das Erlernen des Umgangs mit Waffen und die Lektüre von „Anleitungen und Communiqués von Aufständischen über Guerillakriegsführung oder übers Bombenbasteln“.⁹⁹

Im Nachwort distanzieren sich die deutschen Übersetzer von der These, dass der Aufstand („Riot“) klandestinen Aktionen gegenüber überlegen sei. Aus ihrer Sicht birgt der Riot die Gefahr eines neuen Kollektivismus. Wer den Angriff auf die Strukturen der Herrschaft als ein „kollektives Projekt“ versteht, schafft ein „Einfallstor für Policing“¹⁰⁰: „An die Stelle einer Moral tritt in diesem Fall vielleicht das Ideal dieses kollektiven Projekts, aber auch dieses ist etwas, das über mir steht“.¹⁰¹ Das Kollektiv oktroyiert dem Einzelnen wiederum Werte und damit wird das Ziel der Befreiung des Selbst verfehlt: „Das will ich nicht, denn am Ende geht mir nichts über mich.“¹⁰²

Dieser Schlusssatz ist von verblüffender Ehrlichkeit.¹⁰³ Und doch bleibt die Frage offen,

⁹⁷ Ebd., S. 25.

⁹⁸ Ebd., S. 34.

⁹⁹ Ebd., S. 35.

¹⁰⁰ Ebd., S. 46.

¹⁰¹ Ebd.

¹⁰² Ebd. Es handelt sich um ein Zitat von Max Stirner, das aber nicht als solches ausgewiesen wird (vgl. Max Stirner, *Der Einzige und sein Eigentum*, Leipzig 1845, S. 8: „Mir geht nichts über mich!“).

¹⁰³ Er erinnert an das Konzept der „Politik der 1. Person“ der Autonomen, vgl. Ohne Autor, *Anarchie als Minimalkonsens*, in:

wer das „Ich“ in einer poststrukturalistischen Theorie eigentlich sein soll. Es kann höchstens ein „jeweiliges Ich“ geben, das sich im Zeitablauf ständig ändert. Wenn es sich aber um ein einheitliches Ich handeln soll (was es sein muss, um ein Ziel wie die Selbstbefreiung konsequent zu verfolgen), wäre das mit dem hier verfolgten radikalen Partikularismus nicht vereinbar. Für die Rezeption im Linksextremismus ist ein anderes Problem gravierender: Der Text gibt keinerlei Perspektive für eine befreite Gesellschaft. An einer Stelle sehen die Verfasser durchaus die Gefahr, dass ihre Forderung nach Vernichtung und Zerstörung zu einem „Kreislauf der Rache“¹⁰⁴ führen könne. Ihre zynische Schlussfolgerung lautet, dass es besser sei, mit der Herrschaft auch die Menschheit zu vernichten, als die Herrschaft nicht zu bekämpfen: „Wenn es ein ewiger Kreislauf der Rache ist, den es erfordert, um unser heimtückisches und vernetztes Selbst und das Policing untereinander in unseren Milieus zu annihilieren, dann sei es so. Lasst uns solange kämpfen, bis keine*r von uns übrig ist.“¹⁰⁵ Hier wird die Vorstellung eines positiven Ziels des Kampfes letztlich aufgegeben – der Kampf dient nicht mehr der Verwirklichung der Utopie der radikalen Herrschaftsfreiheit. Damit wird diese Position auch im gewaltorientierten Linksextremismus vermutlich kaum Anhänger finden.

Und doch ist der Text in einer Hinsicht hochinteressant: Er zieht radikal die Konsequenzen aus der poststrukturalistischen Wende im Linksextremismus. Erstens wird hier deutlich, dass die ökonomischen Strukturen nur eine äußere Erscheinungsweise der wahren Herrschaftsstrukturen sind, die es zu bekämpfen gilt. Herrschaft wird – so die These – letztlich durch Sprache und Normen ausgeübt.¹⁰⁶

Zweitens argumentieren die Verfasser, dass die identitätspolitische Wende des Linksextremismus das grundsätzliche Problem nicht auflöst: Der Kampf einer Minderheit um

AK Wantok (Hrsg.), *Perspektiven autonomer Politik*, Münster 2010, S. 9–13, hier S. 9.

¹⁰⁴ Ebd., S. 23, Fußnote 19.

¹⁰⁵ Ebd.

¹⁰⁶ Siehe oben und ebd., S. 13, Fußnote 5.

Anerkennung beruht auch wieder auf Benennungen, Unterscheidungen und Wertungen. Deshalb darf eine konsequent poststrukturalistische Praxis nicht danach streben, die Zahl der „trans Geschlechter“ zu vermehren, sondern sie muss auf die „Zerstörung von Geschlecht [Gender]“ zielen. Indem die Identitätspolitik nur neue Rechte für Minderheiten durchsetzen will, verharrt sie in dem Denken, das der Poststrukturalismus (nach Meinung seiner Vordenker) als falsch erwiesen hat. Drittens zeigen die Verfasser, welche Perspektive das poststrukturalistische Denken öffnet: „Es ist ein Programm totaler destruktiver Verneinung ohne irgendetwas danach – wir müssen akzeptieren, dass es keine Lösung gibt.“¹⁰⁷ In der Tat: Die poststrukturalistische Kritik der Sprache und Normen führt am Ende zu ihrer völligen Auflösung. Da bleibt dann nur noch ein Programm der radikalen Vernichtung, ohne ein Ziel des Kampfes anzugeben. Ein solcher Partikularismus führt zur Auflösung aller Ziele, so dass nur der Kampf selbst übrig bleibt. Das aber bedeutet nichts geringeres als einen Umschlag des Links- in Rechtsextremismus.

Schlussfolgerung

Was kennzeichnet nun abschließend die poststrukturalistische Wende im Vergleich zum klassischen Marxismus-Leninismus? Drei zentrale Unterschiede lassen sich festhalten. Erstens richtet sich der Postmarxismus gegen alle Positionen, die einen universalistischen Anspruch erheben – dazu zählen nicht nur die Konzepte der Menschenrechte, der Menschenwürde und der freiheitlichen und rechtsstaatlichen Demokratie, sondern auch der Marxismus, seine Geschichtsphilosophie und die Theorie vom Proletariat als dem entscheidenden revolutionären Subjekt. Ideengeschichtlich geht die Entstehung des Poststrukturalismus wesentlich auf die Ablehnung des klassischen Marxismus zurück.

Zweitens ist die Abwendung vom universalistischen Anspruch des Marxismus mit der

Hinwendung zu einem radikalen Partikularismus verbunden. Poststrukturalistisch orientierte Autoren gehen davon aus, dass das Allgemeine und damit auch alle Allgemeinbegriffe nur Fiktionen bzw. Namen sind, deren Funktion es ist, Machtstrukturen zu errichten. Vom Marxismus wird die Idee der Herrschaftskritik übernommen und nun gegen die sprachlichen Strukturen und gegen jede Art von Normen gerichtet, die als bloße Herrschaftsinstrumente entlarvt werden. Die poststrukturalistische Theorie der Revolution bleibt insofern dem Marxismus verbunden, als sie mit ihm das Anliegen der Herrschaftskritik teilt und am Ideal der Gleichberechtigung aller partikularen gesellschaftlichen Bestrebungen festhält. Wie jedoch dieses universalistische Ziel mit dem partikularistischen Ansatz des Poststrukturalismus vereinbar sein soll, bleibt indessen das Geheimnis der Vertreter dieses Ansatzes.

In der praktischen Konsequenz geht der Postmarxismus – drittens – davon aus, dass das Partikulare ausgehalten werden muss und die Überwindung der Herrschaft schöpferische Kräfte freisetzt. Nach Lyotard hilft die postmoderne Philosophie dabei, das Inkommensurable zu ertragen;¹⁰⁸ Hardt und Negri zufolge zielt die Revolution auf die Freisetzung der in der Multitude angelegten schöpferischen Kräfte,¹⁰⁹ die so weit geht, dass das befreite Begehren sich „einen neuen Körper schafft“.¹¹⁰ Letztlich geht es den Autoren um die Befreiung des Begehrens: Foucault zufolge soll die Befreiung des Menschen dazu dienen, „die Menge an Lust (zu) vergrößern“.¹¹¹ Hier wird dann doch noch eine Utopie vertreten, nämlich die des befreiten Begehrens: Sowohl Foucault als auch Hardt und Negri gehen von der Möglichkeit einer weitgehenden Harmonie der Menschen in einer partikularistischen Welt aus. Der Kampf der Unterdrückten um Anerkennung

¹⁰⁸ Vgl. Lyotard (Anm. 4), S. 16.

¹⁰⁹ Hardt/Negri (Anm. 43), S. 106.

¹¹⁰ Ebd., S. 228.

¹¹¹ Michel Foucault, Schriften in vier Bänden. Dits et Écrits, Bd. II: 1970-1975, Frankfurt a.M. 2002, S. 993; dass die Lust für Foucault der eigentliche „positive() Inhalt der Freiheit“ ist, betont Hahn (Anm. 16), S. 214f. Vgl. auch Hardt/Negri (Anm. 43), S. 83.

¹⁰⁷ Ebd., S. 27.

ihrer jeweiligen kollektiven Identitäten ist nur eine Zwischenetappe auf dem Weg zur Überwindung der Identitätskonflikte.¹¹² Am Ende soll der Kampf überwunden werden – ähnlich wie bei Marx und im Marxismus-Leninismus. Die bemerkenswerte Ausnahme bildet das Manifest „Ich will Bullen töten, bis ich selbst sterbe“, das eine radikalere Konsequenz aus der poststrukturalistischen Philosophie zieht als Foucault: Wenn alle Begriffe und Normen Ausdruck des Strebens nach Macht sind, kann die logische Konsequenz eigentlich nur darin bestehen, die Macht, wo man ihr begegnet, zu bekämpfen – und zwar ohne jede Perspektive auf Verwirklichung einer Utopie.

In praktischer Hinsicht hat die poststrukturalistische Wende noch die weitere Bedeutung, dass sie der Bündnispolitik im Linksextremismus neue Wege eröffnet. Alle Gruppen, die sich im Sinne von Hardt und Negri den Unterdrückten der Multitude zugehörig fühlen, können im Kampf gegen die bestehenden Herrschaftsstrukturen des Empire zusammenarbeiten. Das erlaubt z. B. im Bereich der Identitätspolitik Bündnisse mit islamistischen Organisationen wie „Realität Islam“, die sich dem Kampf gegen die sogenannte Islamophobie verschrieben haben (darunter aber nicht nur die pauschale, sondern jedwede Kritik am Islam verstehen). Zudem wird die Anschlussfähigkeit an demokratische Bereiche der Gesellschaft erhöht: Während orthodoxe Marxisten-Leninisten wie die Vertreter der „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP) die Erfahrung machen, dass die Klassenkampfrhetorik heute wenig geeignet ist, neue Anhänger zu gewinnen, können poststrukturalistisch orientierte Linksextremisten an Themen wie der Genderdebatte oder dem Kampf gegen Rassismus anknüpfen, die in den gegenwärtigen gesellschaftlichen Diskussionen weithin beachtet werden. Damit fördert die hier skizzierte Entwicklung die Gefahr der

Entgrenzung, die in einem Schwinden der Grenzen zwischen Extremisten und demokratischen Bereichen der Gesellschaft besteht.

¹¹² Vgl. Hardt/Negri (Anm. 43), S. 420, sowie Jens Kastner/Lea Susemichel, Identitätspolitik. Konzepte und Kritiken in Geschichte und Gegenwart der Linken, 2. Auflage, Münster 2020, S. 53.

Entgrenzung und Anschlussfähigkeit links-extremistischer Positionen an die Mitte der Gesellschaft

Marco Haase

*Pressesprecher der Verfassungsschutzbehörde
der Freien und Hansestadt Hamburg*

Es gilt das gesprochene Wort!



Dieser Beitrag basiert auf einem Vortrag mit anschließender Diskussion vom 23. September 2020 während der Herbsttagung des Verfassungsschutzes Sachsen-Anhalt. Schwerpunkte bilden eine knappe Lagedarstellung der linksextremistischen Szene in Hamburg, extremistische Entgrenzungsversuche, die Aufgabe des Verfassungsschutzes als Frühwarnsystem in diesem Kontext sowie Überlegungen und praktische Beispiele zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Ein ausdrücklicher Dank gilt bei der Abfassung dieses Beitrages den Kolleginnen und Kollegen der Verfassungsschutzbehörde Sachsen-Anhalt, ohne deren großartige Unterstützung diese Publikation nicht zustande gekommen wäre.

Mit Blick auf den Rahmen wurden Belege und Literaturhinweise so knapp wie möglich gehalten; mit den notierten Angaben sind indes eine weitergehende Recherche und eine Vertiefung der Thematik leicht möglich. Mögliche Interpretationen, Schlussfolgerungen und Thesen stellen dabei die Auffassung des Autors bzw. der Autorenschaft dar.

1. Entwicklungen, Schwerpunkte und aktuelle Lage der linksextremistischen Szene in Hamburg

1.1. Linksextremismus

Unter dem Sammelbegriff „Linksextremismus“¹ werden verschiedenartige, nicht selten stark differierende Positionen, Strategien und Formen der Organisation, zum Beispiel Antiimperialisten, Anarchisten, Autonome, Postautonome, orthodoxe Kommunisten oder Troztkisten, zusammengefasst. Linksextremisten streben, je nach ideologischer Ausrichtung, eine

¹ Zur bisweilen unversöhnlich geführten Diskussion über den Begriff (Links-)Extremismus siehe Pfahl-Traughber, Armin, Linksextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme, 2. akt. Aufl., Wiesbaden 2020, insbes. S. 15 ff.; Mannewitz, Tom u. Thieme, Tom, Gegen das System. Linker Extremismus in Deutschland, Bonn 2020, S. 20 - 49; Fuhrmann, Maximilian, Wer vage bleibt, gewinnt, in: Uwe Backes u.a. (Hg.), Jahrbuch Extremismus und Demokratie, Bd. 31, Baden-Baden 2019, S. 81 - 96; Jesse, Eckhard, Grundlagen, in: Eckhard Jesse, Tom Mannewitz (Hg.), Extremismusforschung. Handbuch für Wissenschaft und Praxis, Baden-Baden 2018, S. 23 - 58; Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), Dossier Linksextremismus, <https://www.bpb.de/politik/extremismus/linksextremismus/>, eingesehen am 26. April 2021. Dort jeweils auch weiterführende Literatur. Dieser Beitrag hält einen entideologisierten Extremismusbegriff, der differenziert, nicht gleichsetzt, der Heterogenität der Phänomenbereiche gerecht wird und extremistische Bestrebungen als solche verfassungsfeindlichen Aktivitäten definiert, die sich gegen die grundgesetzlich fixierte und mehrfach vom Bundesverfassungsgericht beschriebene freiheitliche demokratische Grundordnung und damit gegen die Prinzipien des demokratischen Verfassungsstaates richtet, für tragfähig, hilfreich und zielführend.

sozialistische, kommunistische oder eine Art „herrschaftsfreie“ autonome oder anarchistische Gesellschaftsordnung an. Das sehr heterogene linksextremistische Spektrum eint,

- der sozialen Gleichheit in der Gesellschaft die zentrale Rolle beizumessen sowie
- die freiheitliche demokratische Grundordnung² mit ihren Kernelementen Würde des Menschen, Demokratieprinzip und Rechtsstaatsprinzip überwinden zu wollen.

„Die parlamentarische Demokratie ist, inklusive ihrer Repräsentanten, nach linksextremistischer Überzeugung als vorgebliches ‚Herrschaftsinstrument des Kapitalismus‘ (so zum Beispiel Linksjugend [‘solid’], Nordrhein-Westfalen, Dezember 2018) zu betrachten und mit diesem untrennbar verbunden.“³

Zahlreichen linksextremistischen Gruppierungen gilt die Anwendung von Gewalt als legitimes Mittel, ihre ideologischen Ziele durchzusetzen. Selten wird aber genauer beschrieben, welches Gesellschaftsmodell konkret an die Stelle der freiheitlichen demokratischen Grundordnung treten soll. Innerhalb des gewaltorientierten linksextremistischen Spektrums sind die Autonomen die größte Gruppe. Autonome haben generell keine festen, langfristigen Strukturen; einig sind sie in dem Ziel, den demokratischen Staat, seine Institutionen und Repräsentanten auch mit Gewalt anzugreifen und zu zerschlagen.⁴ Da Autonome Herrschaft

und jegliche Hierarchie ablehnen, existieren zu anderen linksextremistischen Gruppierungen häufig große ideologische Differenzen bis hin zu Streit und offenen Auseinandersetzungen.

1.2. Entwicklungen in Deutschland und in Hamburg

Seit einigen Jahren steigen in einem Teil des linksextremistischen Spektrums Aggressivität und Brutalität. Diese Entwicklung setzte sich im Jahr 2020 fort. Die Schwelle, gezielt Gewalt gegenüber Personen anzuwenden und Leib und Leben in Gefahr zu bringen, sinkt.⁵ Argumentative Legitimationen sowie offene Aufrufe, zum Beispiel gegen Polizeibeamte Gewalt anzuwenden, finden sich auf Szeneplattformen wie de.indymedia.org.⁶

Im Kontext der Diskussion um einen neuen Linksterrorismus fasst der Hamburger Verfassungsschutz die Entwicklung in Deutschland in seinem am 30. März 2021 veröffentlichten aktuellen Bericht wie folgt zusammen:

„Mit den Umständen zahlreicher Taten, insbesondere mit Blick nach Leipzig, Berlin, Hamburg und Hessen, vor allem mit der Art und Weise der Tatbegehung, der Gefährdung von Leib und Leben auch Unbeteiligter sowie dem Duktus bestimmter Selbstbezeichnungen wurde auch bundesweit eine neue Eskalationsstufe der Radikalisierung in der linksextremistischen Szene erreicht. Die Verfassungsschutzbehörden werden diese Entwicklung mit Blick auf die

2 Zur Definition der freiheitlichen demokratischen Grundordnung siehe die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes (BVerfG) zum jüngsten NPD-Verbotsverfahren: BVerfG, Urteil des Zweiten Senats vom 17. Januar 2017, - 2 BvB 1/13 -, Rn. 1-1010, http://www.bverfg.de/e/bs20170117_2bvb000113.html, eingesehen am 27. April 2021.

Zudem die Entscheidungen zum SRP-Verbot 1952 (Urteil vom 23. Oktober 1952 - 1 BvB 1/51) und KPD-Verbot 1956 (Urteil vom 17. August 1956 - 1 BvB 2/51).

3 Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) Hamburg, Verfassungsschutzbericht 2020, Hamburg 2021, <https://www.hamburg.de/contentblob/14991526/486483537cdace5edbf264e635e3b38f/data/vsb-2020-online.pdf> [künftig: VSB 2020], S. 109, eingesehen am 26. April 2021. Auf der Homepage des LfV Hamburg (<https://www.hamburg.de/verfassungsschutz/>) sind unter „Publikationen“ auch die Berichte der vergangenen Jahre eingestellt.

4 Zur Funktion der Gewalt im autonomen Spektrum (symbolische, selbstinszenierende, identitätsstiftende und gruppenspezifische Funktion) siehe Haunss, Sebastian, Die Autonomen – eine soziale Bewegung zwischen radikaler Gesellschaftskritik und Subjektivismus, S. 37, in: René Schultens, Michaela Glaser (Hg.), Linke Militanz im Jugendalter. Befunde zu einem umstrittenen Phänomen, Halle 2013.

5 Beispiele für entsprechende Taten und auch schwerste Gewalt legitimierende Publikationen finden sich in den Verfassungsschutzberichten von Bund und Ländern. Beispielsweise VSB Hamburg 2020, S. 109 - 165; VSB Hamburg 2019, S. 101 - 144; VSB Hamburg 2018, S. 86 - 125.

6 Exemplarisch sei der am 14. November 2020 auf der linksextremistischen Plattform de.indymedia.org (eingesehen am 27. April 2021) veröffentlichte Text unter dem Titel „Gewalt statt Asphalt – verteidigt die Dannenröder Waldbesetzung!“ genannt. In diesem Text wird offen zu Gewalt gegen Polizisten aufgerufen und Militanz für gerade notwendig erklärt, um eine Rodung eines Teils des Dannenröder Forstes in Hessen zu verhindern. Ein zur Militanz anstachelnder Slogan lautet „Gewaltlosigkeit führt zu Waldlosigkeit.“

Annäherung an die Schwelle zum Linksterrorismus genau im Fokus behalten.“⁷

Bereits nach den von massiven gewalttätigen Ausschreitungen begleiteten Demonstrationen vom 21. Dezember 2013, die in ihrer Gesamtbetrachtung (militante Teilnehmer, Militanz, Quantität und Qualität der Straftaten) außergewöhnlich waren, wurden zwar „keine Erkenntnisse über die Bildung neuer terroristischer Strukturen“ festgestellt, dafür „jedoch eine Reihe von Aktionen und Begründungsformeln [...], die an der Schwelle zur terroristischen Gewalt liegen“.⁸

Aufgrund der für bestimmte Taten notwendigen detaillierten Vorplanung sowie der Art und Weise der Tatausübung ist anzunehmen, dass identische Kleinstgruppen vom übrigen Szenespektrum isoliert agieren. Und diese „zunehmende Abkapselung und Radikalisierung einzelner Gruppen innerhalb der Szene kann weitere Militanz und schwere Gewalttaten zur Folge haben, so dass auch die Schwelle zum Linksterrorismus erreicht und überschritten werden könnte.“⁹ Zur Radikalisierung beitragen kann in diesem Kontext auch das in der Szene immer wieder bemühte Narrativ einer vermeintlichen Notwehrsituation gegen repressive Maßnahmen des Staates, gegen die man sich mit legitimer Gegengewalt zur Wehr setzen dürfe.

Hamburg hat seit mehr als fünf Jahrzehnten eine stark linksextremistische Szene mit einem hohen Anteil gewaltorientierter Linksextremisten. So beginnt die Berichterstattung des ersten gedruckten Hamburger Verfassungsschutzberichtes 1993, der im Mai 1994 publiziert wurde, im Phänomenbereich Linksextremismus mit den Entwicklungen im Linksterrorismus, der Legitimation von Gewalt durch die Kommandoebene der Roten Armee

Fraktion (RAF) und der damals neu entstanden linksterroristischen Vereinigung „Antiimperialistische Widerstandszelle Nadia Shehadah“ (AIW).¹⁰ Die Darstellung der RAF, der RAF-Sympathisantenszene, der Entwicklung der militanten linksextremistischen Szene und prägender Ereignisse - wie etwa die Auseinandersetzungen um die besetzten Häuser der Hafenstraße in St. Pauli in den 1980er Jahren - wäre ein eigener umfangreicher Beitrag wert. Aktuell (2020) gelten 74 Prozent aller Linksextremisten in Hamburg als gewaltorientiert: 940 von insgesamt 1.270 Personen. Die weitaus meisten gewaltorientierten Linksextremisten finden sich in der autonomen, anarchistischen und antiimperialistischen Szene.¹¹ Bundesweit wurden dem linksextremistischen Spektrum im Jahr 2020 insgesamt 34.300 Personen zugerechnet, davon galten etwa 28 Prozent, (9.600) als gewaltorientiert.¹²

Mehr als drei Jahre nach dem G20-Gipfel stehen in Hamburg nach wie vor viele Straftaten des linksextremistischen Spektrums im Kontext der Ereignisse rund um den Gipfel. Zahlreiche Resonanzstraftaten werden weiterhin mit dem G20-Gipfel, den Strafverfolgungsmaßnahmen und Gerichtsverfahren begründet. Im Fokus der Szene stand dabei insbesondere der Prozess gegen drei Personen, die am 5. November 2020 zu Freiheitsstrafen verurteilt wurden. Das Hanseatische Oberlandesgericht zeigte sich überzeugt, dass sich die beiden Männer und die Frau, die im linksextremistischen Spektrum eine

⁷ VSB Hamburg 2020, S. 108.

⁸ Murck, Manfred, Thesen zur Entwicklung des gewaltorientierten Linksextremismus, Landesamt für Verfassungsschutz Hamburg, 4. Februar 2014, <https://www.hamburg.de/innen-behoerde/schlagzeilen/4264388/gewaltorientierter-linksextremismus-dr-manfred-murck-fhh/>, aufgerufen am 5. Mai 2021.

⁹ VSB Hamburg 2020, S. 121.

¹⁰ VSB Hamburg 1993, S. 100f. Zur Geschichte des bundesdeutschen Linksterrorismus, insbesondere der RAF, inclusive relevanter Ereignisse in Hamburg siehe zum Einstieg Kellerhoff, Sven Felix, Eine kurze Geschichte der RAF, Stuttgart 2020; Aust, Stefan, Der Baader-Meinhof-Komplex, München 2020; Peters, Butz, Tödlicher Irrtum. Die Geschichte der RAF, Frankfurt am Main 2007. Der Hamburger Polizeibeamte Norbert Schmid, der am 22. Oktober 1971 im Kontext einer Personenüberprüfung erschossen wurde, gilt als erstes Opfer der RAF.

¹¹ Alle Potenzial- und PMK-Zahlen siehe Verfassungsschutzbericht Hamburg, Zahlen und Daten, <https://www.hamburg.de/contentblob/14991532/0b0ce5d4f15105035b8b43a46053bd3d/data/vsb-2020-daten-und-zahlen.pdf>, eingesehen am 26. April 2021; Verfassungsschutzbericht Hamburg, Kurz-Informationen zu den extremistischen Phänomenbereichen, <https://www.hamburg.de/contentblob/14991542/14db0ef1a869fc931eff64862080e0ed/data/vsb-2020-kurz-info.pdf>, eingesehen am 26. April 2021, sowie VSB Hamburg 2020, v.a. S. 113 - 116.

¹² Siehe Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, Verfassungsschutzbericht 2020, Seite 125.

hohe Symbolwirkung haben, zu Brandanschlägen verabredet hätten. Die Angeklagten, die am 8. Juli 2019 festgenommen worden waren, werden in der Szene ob des Festnahmeortes in Hamburg verharmlosend als „Drei von der Parkbank“ bezeichnet.¹³

So stieg die Zahl der in Hamburg erfassten Straftaten im Bereich der Politisch motivierten Kriminalität (PMK)¹⁴ - links - deutlich von 493 Taten im Jahr 2019 auf 706 im Jahr 2020 trotz der aufgrund der zur Eindämmung der Corona-Pandemie eingeführten Maßnahmen und – in der Folge – eines über längere Zeiträume insgesamt gedrosselten Versammlungsgeschehens. Darin enthalten sind 229 linksextremistische Straftaten (2019: 66), davon 162 linksextremistische Gewaltdelikte (2019: 15). Zahlreiche dieser Straftaten erfolgten im Kontext des Prozesses gegen die sogenannten „Drei von der Parkbank“. Solche Resonanzstraf-taten für die inzwischen Verurteilten gab es in ganz Deutschland sowie europäischen Ländern wie Griechenland und Großbritannien. Darüber hinaus gab es in Hamburg weitere Ereignisse der Szene, zum Beispiel Demonstrationen gegen vorgebliche „Polizeigewalt“, die zum erhöhten Aufkommen an Straftaten führten.¹⁵

2. Entgrenzung

2.1. Extremistische Entgrenzungsversuche als Kernaufgabe des demokratischen Frühwarnsystems

Die Arbeit des Verfassungsschutzes beginnt weit im Vorfeld polizeilicher Gefahrenabwehr oder

Strafverfolgung, nämlich bereits bei tatsächlichen Anhaltspunkten für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung.¹⁶ Der Verfassungsschutz wird nicht erst tätig, wenn Straftaten unmittelbar bevorstehen, sondern schon dann, wenn Polizei und Staatsanwaltschaft noch gar nicht tätig werden dürfen. Aufgrund dieser (grund-) gesetzlich angelegten, obergerichtlich konkretisierten Trennung¹⁷ ist die Charakterisierung des Verfassungsschutzes als Frühwarnsystem der Demokratie eine treffende und prägnante Funktionsbeschreibung; auch und gerade in Abgrenzung zu den Aufgaben und Zuständigkeiten weiterer Ordnungs- und Sicherheitsbehörden in Deutschland.¹⁸ Der Verfassungsschutz ist explizit keine Hilfspolizei oder -staatsanwaltschaft. Insofern beginnt die Sammlung von Informationen bereits, wenn verfassungsfeindliche Gruppierungen ohne Gewalt als Mittel die Überwindung der demokratischen Ordnung anstreben. Beispielsweise über multimedial verbreitete Ideologie und Propaganda, die virtuelle Organisation, Rekrutierung und Mobilisierung in Messenger-Diensten und Chats oder auch die, versammlungsrechtlich auch für Extremisten mögliche, Anmeldung von Demonstrationen. Der Verfassungsschutz stellt in diesem Zusammenhang seit jeher fest, dass Extremisten über die verschiedensten Strategien versuchen, ihre weltanschaulichen Vorstellungen in der demokratischen Mehrheitsgesellschaft zu verbreiten, um Anschluss und letztendlich neue Anhänger zu gewinnen. Dazu versuchen sie, gesellschaftlich relevante, breit diskutierte und akzeptierte Themen zu instrumentalisieren, Diskurse zu beeinflussen und zu steuern; gezielt werden zudem Bündnisse mit engagierten

¹³ VSB Hamburg 2019, S. 100ff. u. 107ff.

¹⁴ Zur Definition der PMK siehe die Erläuterungen des Bundeskriminalamtes, https://www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/PMK/pmk_node.html;jsessionid=CB8A3A4037E126C7B14DE6DB38B986E3.live2302, eingesehen am 26. April 2021.

¹⁵ Eine tiefergehende Analyse der PMK - links - in Hamburg kann an dieser Stelle nicht erfolgen. Der Blick in die polizeiliche Kriminalstatistik und in die die PKS erläuternden jährlichen Verfassungsschutzberichte zeigt, dass die zum Teil großen jährlichen Schwankungen sehr häufig durch bestimmte Ereignisse und Versammlungen begründet ist, zum Beispiel den G20-Gipfel 2017, der natürlich zu einem hohen Anstieg der Taten geführt hat. Im vergangenen Jahrzehnt nutzten militante Links-extremisten beispielsweise den 1. Mai, das nicht angemeldete Schanzfest im Szene-Stadtteil Sternschanze oder das Thema Gentrifizierung im Stadtteil St. Pauli für Ausschreitungen und gezielte Auseinandersetzungen mit der Polizei.

¹⁶ Siehe Art. 73 Abs. 1 Nr. 10 Grundgesetz (GG) und Art. 87 Abs. 1 S. 2 GG.

¹⁷ Zum Trennungsprinzip, mit weiterführender Literatur, siehe Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, Gemeinsames Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ), Rechtsgrundlagen und Vergleichbarkeit mit anderen Kooperationsplattformen, WD 3 - 3000 - 406/18, Abschluss: 19. Dezember 2018.

¹⁸ Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, Zu den Aufgaben des bundesdeutschen Verfassungsschutzes. Reichweite des gesetzlichen Auftrags im internationalen Vergleich, Sachstand WD 3 - 3000 - 052/19, Abschluss: 22. März 2019, insbes. S. 7 ff. Dort weiterführende Literatur zur Funktion des Verfassungsschutzes als Frühwarnsystem in der streitbaren, wehrhaften Demokratie.

Einzelpersonen und Initiativen aus dem demokratischen Spektrum angestrebt. Dieser Versuch, die Grenzen zwischen demokratischem und verfassungsfeindlichem Spektrum auszuhöhlen und aufzulösen, wird im Verfassungsschutzverbund seit einigen Jahren als „Entgrenzung“¹⁹ bezeichnet.

2.2. Postautonome als Protagonisten linksextremistischer Entgrenzung

Postautonome, die sich selbst auch so bezeichnen, haben ihre Wurzeln in der klassischen autonomen Szene und verstehen sich als Antwort auf die ihrer Ansicht nach gescheiterte Ideologie und Strategie des von Heterogenität, Fluktuation und internen Zwist gekennzeichneten autonomen Spektrums.²⁰ Wie bei anderen linksextremistischen Strömungen finden sich auch in der postautonomen Ideologie marxistisch-leninistische und anarchistische Elemente. Aus ihrer Sicht mangelt es den alteingesessenen, in jeder Hinsicht organisations- und hierarchiefeindlichen Autonomen an zukunftsfähiger Theorie, Perspektive und Kompetenz, einen revolutionären Bruch mit den gesellschaftlichen Verhältnissen zu erreichen. So sind Postautonome offen für unterschiedliche linksextremistische Ideologien und Gruppierungen und streben aus taktischen Gründen auch Bündnisse mit demokratischen Initiativen an – häufig über die im Kontext der

Entgrenzung zielgerichtete Instrumentalisierung gesellschaftlich populärer, relevanter und breit diskutierter Themen. Daher bemühen sich Postautonome häufig aus kalkulierten und zweckdienlichen Gründen um ein gemäßigtes Erscheinungsbild, um als Bündnispartner für demokratische Gruppierungen in Frage zu kommen. Dennoch gelten sie, wie die klassischen Autonomen, als militant – in zahlreichen Publikationen schließen Postautonome Gewalt als Mittel zur Überwindung der demokratischen rechtstaatlichen Ordnung explizit nicht aus.²¹ Die bundesweit derzeit wichtigsten postautonomen Gruppierungen sind die 2004 (nach einigen Jahren des Vorlaufs) gegründete „Interventionistische Linke“ (IL) sowie das nach eigener Darstellung 2006 ins Leben gerufene Bündnis „... ums Ganze! – kommunistisches Bündnis“ (uG). In Hamburg war nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes im Jahr 2020 zudem die postautonome „Gruppe für den organisierten Widerspruch“ (GROW) aktiver und auch virtuell präsenter als in den zurückliegenden Jahren.²²

Die IL Hamburg (IL HH) ging aus der Hamburger Ortsgruppe des AVANTI-Bündnisses²³ hervor. 2009 schloss sich AVANTI der überregionalen IL an und ging 2014 schließlich in dieser auf. Mittlerweile hat die IL in Deutschland und Österreich mehr als 30 Ortsgruppen. Die Gewaltorientierung der IL HH ergibt sich aus zahlreichen Publikationen und Stellungnahmen in den vergangenen Jahren. Beispielhaft sei die fehlende Verurteilung der gewaltsamen G20-

19 Nicht nur Linksextremisten versuchen, Anschluss an demokratisches Engagement zu finden, zu entgrenzen. Siehe dazu z.B. VSB Hamburg 2018, S. 57 ff. (Islamismus), S. 151 ff. (Rechtsextremismus), S. 120 ff. (Linksextremismus); VSB Hamburg 2019, S. 176 ff. (Rechtsextremismus), S. 140 ff. (Linksextremismus); VSB Hamburg 2020, S. 198 ff. (Rechtsextremismus), S. 160 ff. (Linksextremismus). Zur Entgrenzung weiterhin: Entgrenzung. Wie die „Interventionistische Linke“ demokratische Initiativen instrumentalisieren will. Internetbeitrag des LfV Hamburg vom 11. April 2019, <https://www.hamburg.de/innenbehoerde/schlagzeilen/12443486/wie-die-interventionistische-linke-demokratische-initiativen-instrumentalisieren-will/>, aufgerufen am 29. April 2021; Fridays for Future. Linksextremisten versuchen Klimastreik für sich zu nutzen, Internetbeitrag des LfV Hamburg vom 18. September 2019, <https://www.hamburg.de/innenbehoerde/schlagzeilen/12960428/klimademoprotest/>, aufgerufen am 29. April 2021.

20 Vertiefend dazu Baron, Udo: Vom Autonomen zum Postautonomen. Wohin steuert die autonome Bewegung? In: Armin Pfahl-Traugber (Hg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2015/2016 (II), Brühl 2016, S. 59 - 79; Baron, Udo, Postautonome, in: Brahim Ben Slama, Uwe Kemmesies (Hg.), Handbuch Extremismusprävention. Gesamtgesellschaftlich. Phänomenübergreifend, Wiesbaden 2020, S. 135 - 141.

21 Zum Beispiel schrieb die Interventionistische Linke (IL) in ihrer Publikation „IL im Aufbruch - ein Zwischenstandspapier von 2014“ [<https://interventionistische-linke.org/positionen/il-im-aufbruch-ein-zwischenstandspapier/>] den von ihr selbst in Folgepublikationen bis heute immer wieder aufgegriffenen Satz: „Notwendiger Bestandteil einer solchen radikalen Transformation [der gesellschaftlichen Verhältnisse, MH] ist der revolutionäre Bruch, dem wiederum viele kleine Brüche, die entlang von Kämpfen stattfinden, vorausgehen und folgen.“

22 Zur gewaltorientierten GROW siehe zuletzt VSB Hamburg 2020, S. 139f.

23 Die vor allem in Norddeutschland und Berlin aktive gewaltorientierte Gruppierung „AVANTI – Projekt undogmatische Linke“ entstand 1989 ursprünglich aus der Fusion zweier autonomer Gruppen in Schleswig-Holstein und kann als eine erste postautonome Reaktion auf die zerstrittene, zersplitterte und organisationsfeindliche klassische autonome Szene betrachtet werden. AVANTI strebte ausdrücklich Bündnisse sowohl innerhalb des linksextremistischen Spektrums wie auch die Kooperation mit nicht extremistischen Initiativen an.

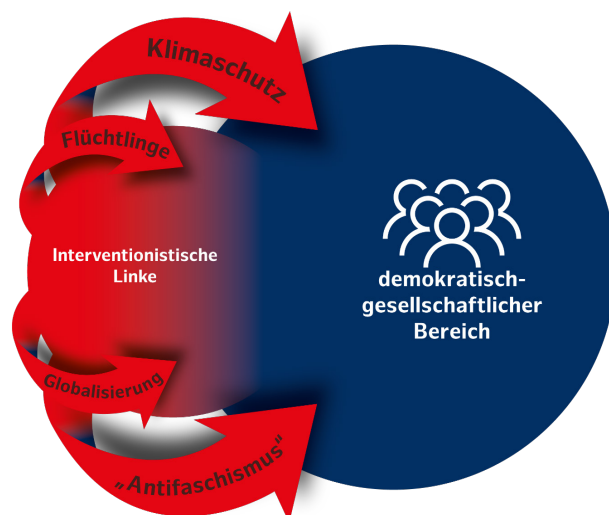
Ausschreitungen in Hamburg im Juli 2017 genannt – es gab keinerlei Distanzierung, im Gegenteil:

„Wir haben schon vorher gesagt, dass wir uns nicht distanzieren werden und dass wir nicht vergessen werden, auf welcher Seite wir stehen.“²⁴

Die IL HH engagiert sich in zahlreichen gesellschaftlich relevanten Themen, für die sich auch nicht extremistische Initiativen einsetzen, etwa gegen Rechtsextremismus (unter dem Label „Antifaschismus“²⁵), gegen Rassismus oder in der Sozial- und Klimapolitik und organisiert sich, ganz postautonom in Abgrenzung zum autonomen Selbstverständnis in verschiedenen Arbeitsgemeinschaften: Klima-AG, AG Antira/Migration, Antifa-AG, AG Klassenpolitik, AG Queerfeminismus und AG Recht auf Stadt. Die IL HH versucht dabei themen- und anlassbezogen mit Gruppierungen innerhalb der heterogenen linksextremistischen Szene zusammenzuarbeiten, etwa den verschiedenen Hamburger Antifa-Gruppierungen oder dem ideologisch weit(er) entfernten antiimperialistischen Roten Aufbau Hamburg. Gezielt wird indes auch die Kooperation mit demokratischen Organisationen und Personen angestrebt. Dazu veröffentlicht die IL HH auch regelmäßige Statements zu tagesaktuellen Themen. Es gehört explizit zu ihrer Strategie, sowohl in der linksextremistischen Szene bündnisfähig zu sein als auch über anschlussfähiges Engagement eine Brücke ins demokratische Spektrum bis weit in die bürgerliche Mitte zu bilden. Die IL zielt auf eine Scharnierfunktion, um gesellschaftliche Debatten und Diskurse zu beeinflussen, extremistische Inhalte zu transportieren – zu entgrenzen.

²⁴ Die rebellische Hoffnung von Hamburg. Eine erste, vorläufige Bilanz der Interventionistischen Linken. 12. Juli 2017, <https://interventionistische-linke.org/beitrag/die-rebellische-hoffnung-von-hamburg>, aufgerufen am 29. April 2021.

²⁵ Der Begriff „Antifaschismus“ wird seit Jahrzehnten missverstanden, fehlgedeutet, inflationär und auch, insbesondere von Linksextremisten wie der IL, absichtsvoll manipulativ verwendet. Siehe dazu Landesamt für Verfassungsschutz Hamburg, Demokratischer vs. linksextremistischer Antifaschismus. Hintergründe und Analyse zur Definition und Rezeption, Hamburg 2019, <https://www.hamburg.de/innenbehoerde/schlagzeilen/13365862/antifaschismus-hintergruende-definition-rezeption/>, aufgerufen am 6. Mai 2021.



2.3. Beispiele für Entgrenzungsversuche des linksextremistischen Spektrums

Im Folgenden werden beispielhaft einige konkrete Themen und Initiativen genannt, über die insbesondere Postautonome versuchen, an gesellschaftlich relevante Fragen anzudocken, Bündnisse²⁶ zu schließen und Diskurse zu beeinflussen.

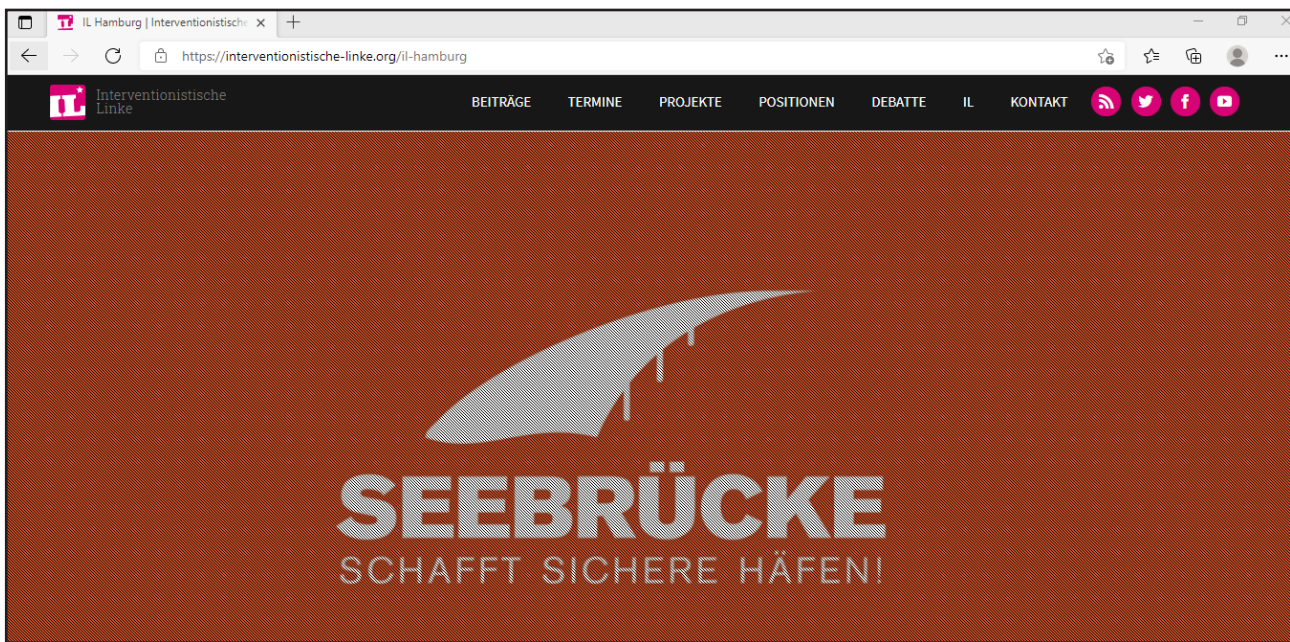
Seebrücke Hamburg

Die IL HH ist maßgeblich an der Gründung des Hamburger Ablegers der bundesweit aktiven „Seebrücke“ beteiligt – ein Bündnis, das sich im seit 2018 gesellschaftlich immer bedeutender werdende Thema Seenotrettung engagiert. In der „Seebrücke Hamburg“ sind, leicht recherchierbar in sozialen Netzwerken und zahlreichen Presseveröffentlichungen²⁷, führende Protagonisten der IL engagiert, unter anderem der Sprecher Christoph K. Wer die Homepage der IL HH aufruft, sieht zuerst das großformatige Seebrücke-Logo.²⁸ Aufgrund

²⁶ Ein Beispiel für die Entgrenzungsstrategie, das hier aus Platzgründen lediglich angerissen werden kann, sind auch die Bündnisse, welche die IL HH anlässlich des G20-Gipfels 2017 sowohl mit weiteren linksextremistischen Gruppierungen als auch demokratisch engagierten Initiativen schloss.

²⁷ Zum Beispiel anlässlich des Auftritts von Protagonisten der IL Hamburg (Christoph K.) und des Roten Aufbau Hamburg (Halil S.), in der tageszeitung: „Der Klassenfeind ist organisiert“. Streitgespräch zwischen Linksradiakalen, taz-Interview vom 30. April 2021, <https://taz.de/Streitgesprach-zwischen-Linksradiakalen/!5756318/>, aufgerufen am 6. Mai 2021. Christoph K. agiert seit Jahren in der Öffentlichkeit als ein Sprecher von „Seebrücke Hamburg“.

²⁸ <https://interventionistische-linke.org/il-hamburg>, aufgerufen am 6. Mai 2021.



personeller, thematischer, ideologischer und organisatorischer Überschneidungen kann „Seebrücke Hamburg“ als linksextremistisch beeinflusst bezeichnet werden. Mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen, zum Beispiel Demonstrationen, wird eine Thematik instrumentalisiert, die breiten Zuspruch in bürgerlichen gesellschaftlichen Kreisen findet. So war IL-HH-Protagonistin und -Frontfrau Emily L. am 2. September 2018 Anmelderin und Leiterin einer Demonstration der Seebrücke, an welcher etwa 10.000 Menschen teilnahmen. L. hielt dabei eine Rede mit verschiedenen gemäßigten und radikaleren Thesen und Forderungen, die exemplarisch für den Versuch der vermittelnden Funktion der IL zwischen extremistischem und demokratischem Spektrum bewertet werden kann. So sei ein Ziel, „mit möglichst vielen Menschen Aktionen zu machen, die radikalisierten und ermutigen, um für widerständige und grenzüberschreitende Aktionen Legitimität nach außen [...] herzustellen.“²⁹

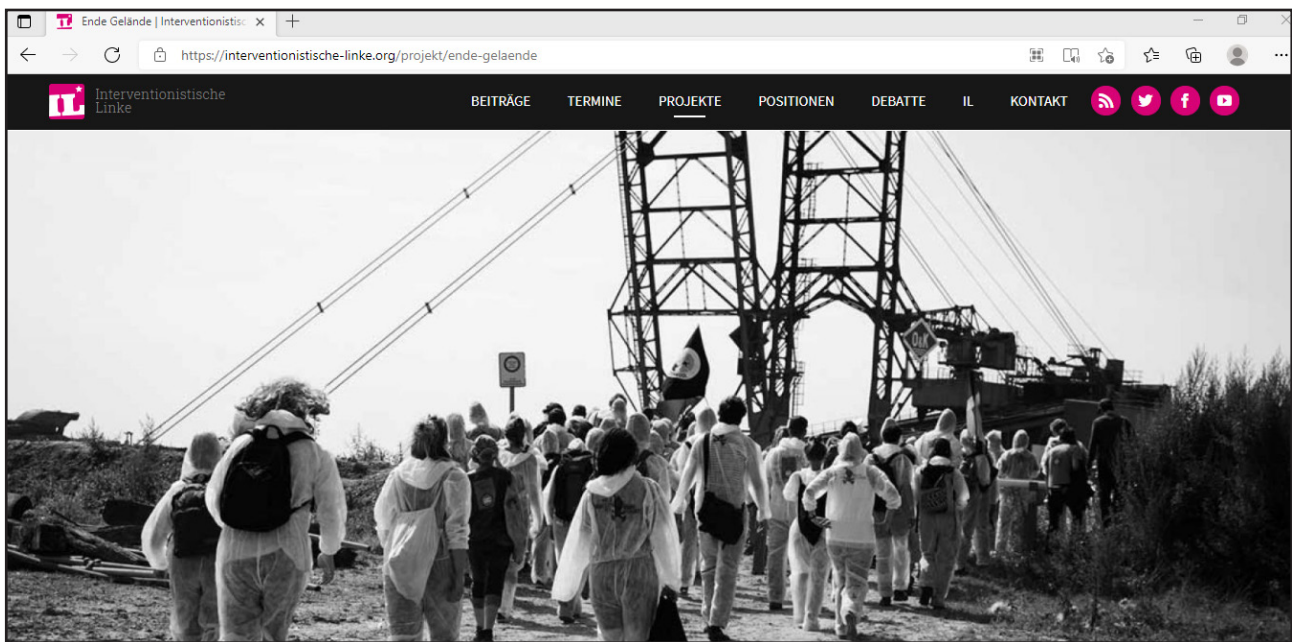
Ende Gelände Hamburg

Gesellschaftlich breit akzeptiert ist auch das Thema Klima- und Umweltschutz, über das die

IL ebenso versucht, Bündnisse mit demokratisch engagierten Initiativen zu schließen, um ihre grundsätzliche Ablehnung der parlamentarischen Demokratie zu transportieren. Anfang Juni 2018 gab die IL HH bekannt, den Hamburger Ableger der bundesweit aktiven Kampagne „Ende Gelände“ zu organisieren – unter anderem, um sich an „Massenaktionen des zivilen Ungehorsams“, gegen Kohle, Kapitalismus und Klimawandel zu beteiligen, zunächst in Nordrhein-Westfalen im Hambacher Forst. Ein seitdem vielfach publiziertes und relativ entlarvendes Motto lautet insofern auch folgerichtig „system change, not climate change“. Im Kontext der Proteste um den Hambacher Forst und später den Dannenröder Forst kam und kommt es immer wieder zu verschiedenen, auch schweren Straftaten.

Linksextremistisch beeinflusste Kampagnen und Bündnisse wie „Ende Gelände Hamburg“ oder „Seebrücke Hamburg“ stehen exemplarisch für die Taktik der IL HH, Aktionen und Demonstrationen nicht unter dem Label der gewaltorientierten „Interventionistischen Linken“ zu präsentieren, um die linksextremistische Motivation zu verschleiern. Innerhalb der zahlreichen Initiativen, die sich für gesellschaftlich legitime Anliegen engagieren, scheint es über diese Methode für die IL

²⁹ Vgl. Videoaufnahme auf dem Facebook-Profil der „Seebrücke Hamburg“ vom 4. September 2018, aufgerufen am 4. September 2018.



einfacher zu sein, Anschluss zu finden und in der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden.

Thema Klimawandel: Gescheiterte Anbahnung bei „Fridays For Future“

Im Jahr 2019 bemühte sich die IL HH, bis dato indes erfolglos, das Bündnis „Fridays For Future“ (FFF) zu beeinflussen. In den sozialen Netzwerken waren zahlreiche Solidaritätsadressen und Mobilisierungen für Demonstrationen festzustellen. IL-Protagonistin Emily L. veröffentlichte Bilder, die sie als Teilnehmerin der FFF-Demonstration am 1. März 2019 in Hamburg zeigten. Diese Anbahnungsversuche, an denen sich weitere Linksextremisten wie die „Antifa Altona Ost“ sowie die IL-beeinflusste Kampagne „Ende Gelände Hamburg“ mit Blick auf eine weitere FFF-Demo am 15. März 2019 beteiligten, scheiterten indes, da sich die FFF-Verantwortlichen öffentlich distanzierten. Dennoch sind diese Bemühungen ein weiteres Beispiel für linksextremistische Entgrenzungsversuche über die Instrumentalisierung in der Öffentlichkeit breit debattierter Fragen.³⁰

³⁰ Entgrenzung. Wie die „Interventionistische Linke“ demokratische Initiativen instrumentalisieren will. Internetbeitrag des LfV Hamburg vom 11. April 2019, <https://www.hamburg.de/innenbehoerde/schlagzeilen/12443486/wie-die-interventionistische-linke-demokratische-initiativen-instrumentalisieren-will/>, aufgerufen am 29. April 2021; Fridays for Future. Linksextremisten versuchen Klimastreik für sich zu nutzen, Internetbeitrag des LfV Hamburg vom 18. September 2019, <https://www.hamburg.de/innenbehoerde/schlagzeilen/12960428/klimademo200919/>, aufgerufen am 29. April 2021.

Speziell beim populären und relevanten Thema Umweltschutz sind diese Versuche nach wie vor festzustellen.

Engagement von Linksextremisten bei „Lesen ohne Atomstrom“ sowie einem AStA-Kongress³¹

IL-HH-Sprecherin Emily L. nahm neben einem bekannten Vertreter der Hamburger Autonomen Szene (Andreas B.) sowie einem ehemaligen RAF-Mitglied im Jahr 2018 an der Veranstaltungsreihe „Lesen ohne Atomstrom“ teil, die laut Internetauftritt von Stiftungen, Vereinen, Unternehmen, Kulturinstitutionen und privaten Mäzenen unterstützt wurde. In diesem Internetauftritt hieß es unter anderem: „Lesen ohne Atomstrom“ habe den Titel „Protest und Widerstand“ aus „Anlass des Tabubruchs der Hamburger Landesregierung“ gewählt, „die 2017 für G20 die Stadt eine Woche lang an eine militarisierte Polizei übergab und elementare Grundrechte außer Kraft setzte.“

Stichwort „Antifaschismus“: Bei einer AStA-Veranstaltung „Emanzipatorische Perspektiven unter Druck von Rechts“, die vom 12. bis zum 14. April 2019 an der Universität Hamburg stattfand, war die IL laut Programmflyer bei

www.hamburg.de/innenbehoerde/schlagzeilen/12960428/klimademo200919/, aufgerufen am 29. April 2021.

³¹ Ebd.

einer Podiumsdiskussion vertreten – auf diesem Flyer war neben den Logos demokratischer Organisationen auch das Logo der IL abgebildet.

3. Frühwarnsystem der Demokratie: Beispiele der Medien- und Öffentlichkeitsarbeit

3.1. Grundsätzliche Überlegungen zu einer modernen Medien- und Öffentlichkeitsarbeit

Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (PÖ) des LfV Hamburg gehört seit 2011 direkt an die Amtsleitung angebundene Querschnittsreferat „Öffentlichkeits- und Gremienarbeit“. Neben den klassischen Aufgaben einer Medien-, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (Pressestelle, erste Anlaufstelle für Bürgeranfragen, Internetredaktion, Vorträge, Organisation von Symposien, Erstellen von Broschüren und Werbemitteln etc.) gehört auch die Gremienarbeit (inkl. Parlamentarisches) zu diesem Referat. Insofern werden zahlreiche auch für die mediale und politische Öffentlichkeit wichtige Vorgänge im Referat gebündelt bearbeitet und koordiniert. Relevante Beispiele dafür sind parlamentarische Anfragen, Vorbereitung der verschiedenen Ausschüsse der Hamburgischen Bürgerschaft (insbesondere Innenausschuss, Parlamentarischer Kontrollausschuss) sowie verfassungsschutzrelevante Themen, die zumeist dann auf der Konferenz der Innenminister- und -senatoren von Bund und Ländern (IMK) behandelt werden, nachdem sie verschiedene Verfassungsschutz-Fachgremien passiert haben (Tagung der Amtsleiter des Verfassungsschutzverbundes, IMK-Arbeitskreis IV „Verfassungsschutz“). Seit 2019 wird zudem der Claim des LfV Hamburg „Augen auf Hamburg“ breit platziert.³²

Das LfV Hamburg verfolgt eine möglichst offene, aktive Öffentlichkeitsarbeit. Basis ist die Philosophie, dass die Funktion des Frühwarnsystems der Demokratie zu den wichtigsten

³² <https://www.hamburg.de/verfassungsschutz/>, dort u.a. <https://www.hamburg.de/innenbehoerde/wirueberuns/233298/organigramm/>, aufgerufen am 6. Mai 2021.



Aufgaben eines modernen Verfassungsschutzes gehört.³³ Nach den Erfahrungen der von links und rechts bekämpften und schließlich von rechts zerstörten Weimarer Demokratie sahen die Mütter und Väter des Grundgesetzes (1948/49 im Parlamentarischen Rat) bewusst eine Stelle vor, die – weit im Vorfeld polizeilicher Gefahrenabwehr und Strafverfolgung – den Fokus auf extremistische Bestrebungen gegen die Demokratie lege sollte – getreu dem Motto, dass gut informierte, aufgeklärte Demokraten mit den besten Schutz vor Verfassungsfeinden bieten.

Auch unsere durchweg medial geprägte Gesellschaft macht eine professionelle und in der Konsequenz erfolgreiche PÖ zu einer der wichtigsten Aufgaben des Verfassungsschutzes. Erfolgreiche PÖ agiert transparent, glaubwürdig, aktiv, schnell und – je nach Anlass, Thema, Intention und Zielgruppe – multimedial. Im Endeffekt schafft eine erfolgreiche PÖ ein Vertrauen, das für die Arbeit einer besonderen Behörde, wie sie der Verfassungsschutz darstellt, notwendig und unentbehrliche Voraussetzung für den Rückhalt in Politik und Gesellschaft ist.

Dabei hat der Verfassungsschutz mit zwei besonderen Herausforderungen umzugehen. Zunächst existiert aus historischen Gründen in Deutschland nach wie vor ein tieferes Misstrauen gegenüber Nachrichtendiensten als in anderen europäischen Ländern, zum Beispiel Großbritannien.³⁴ Als Stichworte seien die

³³ S.o., 2.1.

³⁴ Nicht von ungefähr spielt die erfolgreichste Agentenserie in England – und nicht von ungefähr, (kultur-) und medienhistorisch zu erklären, wurden und werden James Bonds Gegenspieler häufig von Schauspielerinnen und Schauspielern aus dem deutschsprachigen Raum verkörpert.

Sicherheitsbehörden der NS-Diktatur (v.a. die Geheime Staatspolizei, kurz Gestapo) sowie der DDR (insbesondere das Ministerium für Staatssicherheit, kurz Stasi) genannt.³⁵ Darüber hinaus gehört der Verfassungsschutz in puncto PÖ bei den Behörden in Deutschland zu den Spätzündern. Eine über Jahrzehnte währende mangelnde Transparenz (mit einigen, vor allem regionalen Ausnahmen) hat nicht zum Abbau des grundlegenden Misstrauens beigetragen, wie im Kontext der Aufdeckung der NSU-Mordserie 2011 für den gesamten Verfassungsschutzverbund deutlich wurde; diese Verspätung sorgt im Vergleich zu Sicherheitsbehörden wie Feuerwehr und Polizei weiterhin auch für einen personellen und materiellen Nachholbedarf – hier wurde und wird indes bundesweit seit Jahren aufgestockt und professionalisiert.

Vor dem Hintergrund des offen zutage getretenen eklatanten Vertrauensdefizits gegenüber den Verfassungsschutzbehörden mit Aufdeckung der rechtsterroristisch motivierten Mordserie des NSU im Jahr 2011 hatte der gesamte Verfassungsschutzverbund die Notwendigkeit einer modernen, transparenten PÖ erkannt. So beschäftigte sich frühzeitig auch der Arbeitskreis IV „Verfassungsschutz“ mehrfach mit dieser Neuausrichtung des Verfassungsschutzes und erkannte die Notwendigkeit einer modernen und transparenten Öffentlichkeitsarbeit, um gesellschaftliches Vertrauen aufzubauen.

Zu den unmittelbaren Folgen des NSU und seiner Aufarbeitung gehören eine enorm gewachsene Anzahl an öffentlich-medialen sowie parlamentarischen Vorgängen (Medienanfragen, Schriftliche Kleine und Große

Anfragen, parlamentarische Ausschüsse etc.), die sich häufig gegenseitig bedingen und katalytisch wirken. In der Konsequenz ist bis heute positiv festzustellen, dass inzwischen fast alle Verfassungsschutzbehörden eigene Bereiche der PÖ eingerichtet haben und diese Aufgabe nicht (mehr) von den innenministeriellen Pressestellen wahrgenommen wird – dies unabhängig davon, ob die Verfassungsschutzbehörde als eigenes Landesamt oder als Abteilung des zuständigen Innenministeriums organisiert ist. Positive Erfahrungen zum Beispiel aus den Landesämtern in Berlin oder Hamburg sprechen für eine Bündelung der Arbeitsbereiche Gremien und PÖ.

Die Notwendigkeit einer professionellen, modernen, personell und materiell adäquat ausgestatteten PÖ ergibt sich unabhängig vom konkreten Anlass und Katalysator NSU aus der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung.³⁶ Stichworte sind u.a. die fortschreitende Medialisierung der Gesellschaft, Multimedialität klassischer und neuerer Medien nebeneinander (Zeitungen, Radio, Fernsehen, Internet, soziale Netzwerke, Nutzung parallel auf Smartphones etc.) und der damit verbundene beschleunigte Informationsfluss; einher gehen das verstärkte Anfrageaufkommen verschiedenster Medien bei Pressestellen, inclusive der Notwendigkeit einer möglichst schnellen Reaktion und eines den hohen Anforderungen entsprechenden, multimedial und barrierefrei nutzbaren aktuellen Internetauftritts.

Aufgrund der bereits notierten historischen Hypothesen, mit denen der Verfassungsschutz bis heute in der Öffentlichkeit umgehen muss, ergibt sich eine weitere Herausforderung. Ist innerhalb der gegenwärtigen medial dominierten Gesellschaft ohnehin eine Tendenz zur (vor)schnellen Skandalisierung festzustellen, eignen sich Verfassungsschutzthemen dann und wann besonders gut dazu. Ist Krisenkommunikation nötig, kommt es insbesondere auf

³⁵ So bereits 1990 der Jurist und Journalist Joachim Wagner, der neben Gestapo und Stasi zudem den kurz „Extremistenbeschluss“ genannten Beschluss der Regierungen des Bundes und der Länder zur Überprüfung von Bewerbern für den Öffentlichen Dienst auf deren Verfassungstreue vom 18. Februar 1972 als weitere historische Hypothek für den Verfassungsschutz nennt: Wagner, Joachim, Verfassungsschutz und Öffentlichkeit, in: Bundesamt für Verfassungsschutz (Hg.), Verfassungsschutz in der Demokratie. Beiträge aus Wissenschaft und Praxis. Köln u.a. 1990, S. 203-224. Zudem fand der Verfassungsschutz viele Jahrzehnte lang in Deutschland vor allem dann in der medialen Öffentlichkeit statt, wenn es um tatsächliche oder auch nur vermeintliche Fehler ging.

³⁶ Siehe dazu z.B. VAUNET – Verband Privater Medien e.V. Mediennutzung in Deutschland 2020, Berlin 2021; Weidenbach, Bernd, Wie werden die Medien in Deutschland genutzt? De.statista.com/themen/101/medien/, aufgerufen am 14. April 2021.

einen professionellen, deeskalierenden und auch intern stabilisierend wirkenden PÖ-Bereich an. Entscheidend ist aber auch eine präventive Funktion, damit es aufgrund bereits vorhandenen Vertrauens in der Öffentlichkeit möglichst nicht zu einer kommunikativen Krise kommt. Mit Blick auf die Geschichte bestimmter Schlagzeilen, Krisen, Kritik an (Verfassungsschutz)Behörden und personellen Konsequenzen ist häufig nicht ein Fehler oder vermeintlicher Fehler die Ursache für eine sich steigernde Kritik, Eskalation und Skandalisierung, sondern der Umgang mit ihm.

3.2. Beispiele aus der Praxis: Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Kontext linksextremistischer Entgrenzungsversuche

Die Information der Öffentlichkeit über verfassungsfeindliche Bestrebungen nimmt das LfV Hamburg über verschiedenste Medien, Kanäle und Foren vor. Die wichtigsten sind Internetbeiträge und Pressemitteilungen, Medienstatements und Interviews, Teilnahme an und Organisation von Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen (in Zeiten der Corona-Pandemie verstärkt via Videokonferenzen), die Publikation des Verfassungsschutzberichtes inklusive der Pressekonferenz mit dem Hamburger Innensenator. Auch die Information der politisch verantwortlichen Entscheidungsträger in den parlamentarischen Ausschüssen sowie über die Beantwortung der in Hamburg zahlreichen verfassungsschutzrelevanten parlamentarischen Anfragen zählen zur Funktion des Nachrichtendienstes als Frühwarnsystem.

Vor dem G20-Gipfel: Offensive Publikation von Planungen, Protagonisten und relevanten militanten Gruppierungen

Vor dem G20-Gipfel in Hamburg informierte das LfV Hamburg über die entscheidenden militanten Gruppierungen und nannte, für einen Verfassungsschutz bis dato eher



Der Verfassungsschutz informiert:
G20: Linksextremistische Versammlungen, Gruppierungen und Akteure
Anlässlich des G20-Gipfels sind zahlreiche Demonstrationen und Kundgebungen geplant. Der Verfassungsschutz informiert in diesem Beitrag über einige größere Versammlungen, die von gewaltorientierten Linksextremisten getragen oder organisiert werden. Zudem gibt es einige kurze Infos zu den wichtigsten linksextremistischen Gruppierungen, deren Sprecher sich in den vergangenen Wochen in verschiedenen Medien auch zum Thema Militanz äußerten.

ungewöhnlich, die Namen der Protagonisten. Publiziert wurden zudem relevante Planungen und einschlägige, die Militanz belegende Zitate von Akteuren, insbesondere der autonomen, postautonomen und antiimperialistischen Szene.

Demokratischer und linksextremistischer Antifaschismus

Wie bereits dargestellt, ist der „antifaschistische Kampf“ ein Hauptagitationsfeld von Autonomen bzw. Antifa-Gruppierungen. Der Kampf gegen Faschisten und Rassisten muss aus deren Sicht in die eigenen Hände genommen werden, da der Staat bzw. die Sicherheitsbehörden potenziell faschistisch und rassistisch agierten. Linksextremisten nutzen seit Jahrzehnten diesen Begriff, um politische Meinungen, die nicht mit ihrem Weltbild kohärent sind, zu verunglimpfen. Ebenso nutzten kommunistische Diktaturen den Begriff des Antifaschismus, um sich zu legitimieren und vor Kritik anderer zu immunisieren.

Antifaschismus stellt keineswegs automatisch eine linksextremistische Position dar. Es ist zu ergründen, was die jeweiligen „Antifaschisten“ konkret unter „Faschismus“ verstehen und welche Forderungen sich aus ihrem Selbstverständnis als „Antifaschisten“ ergeben. Ausgehend davon, dass jeder überzeugte Demokrat zugleich ein Gegner des Faschismus bzw. Nationalsozialismus ist, ist allerdings der Antifaschismus singulär betrachtet noch keine demokratische Position.

Zur Aufklärung über die Unterscheidung des demokratischen vom linksextremistischen

Antifaschismus veröffentlichte der Verfassungsschutz Hamburg 2019 den Aufsatz „Antifaschismus - Hintergründe und Analysen zur Definition und Rezeption“.



Versuche von Linksextremisten, den Themenkomplex Umwelt-, Natur- und Klimaschutz zu instrumentalisieren

Im Nachgang zum unter Punkt 2.3 angesprochenen gescheiterten Versuch eines Beeinflussung des FFF-Bündnisses waren im weiteren Jahresverlauf erneute Anlaufversuche der Linksextremisten zu registrieren. Im Vorfeld einer am 20.09.2019 stattgefundenen FFF-Großdemonstration, welche im Rahmen der Aktionswoche „Globaler Klimastreik #AlleFürsKlima“ stattfand, informierte der Verfassungsschutz Hamburg entsprechend.



Aktive Medienpolitik des Innensenators und Amtleiters

Ein weiterer wichtiger und wesentlicher Eckpfeiler der Hamburger Präventionsarbeit sind Statements, Interviews und Beiträge des Hamburger Innensenators und/oder des Amtleiters in den Medien. Dies umfasst sowohl Print- als auch Onlinemedien, bzw. Radio und Fernsehen. So war der Leiter des LfV Hamburg, Torsten Voß, Mitte Juni zu Gast in der Sendung „DAS!“, einer Live-Talksendung des Norddeutschen Rundfunks (NDR) und sprach ausführlich über die vielfältigen extremistischen Entgrenzungsversuche.³⁷

Weitere Beispiele der Medienarbeit und öffentlichen Aufklärung über extremistische Bestrebungen, zum Beispiel auch im Kontext von Linksextremisten organisierten Versammlungen, finden sich auf der Homepage des LfV Hamburg sowie auch leicht recherchierbar in zahlreichen Hamburger Medien.

³⁷ Siehe <https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/das/Hamburger-Verfassungsschutzchef-Torsten-Voss-zu-Gast,sendung1162016.html>, aufgerufen am 23. Juni 2021.

Leipzig Connewitz

historische Entwicklung des Brennpunkts der autonomen Szene in Mitteldeutschland

Prof. Dr. Tom Mannewitz

*Technische Universität Chemnitz,
seit 15. März 2021 Hochschule des Bundes
für öffentliche Verwaltung Berlin*



Es gilt das gesprochene Wort!

Dieser Beitrag ist eine überarbeitete und aktualisierte Fassung von: „Tom Mannewitz, Die autonome Szene in Leipzig“.¹

1. Von der „Leipziger Linie“ zur „Soko Linx“

Der Leipziger Stadtteil Connewitz hat mit den lokalen Ausschreitungen der Jahre 2016 und 2017, aber auch im Kielwasser der G20-Proteste in Hamburg verstärkt die Aufmerksamkeit von Medien, Politik und Öffentlichkeit auf sich gezogen. Dabei ist das Phänomen keineswegs neu. Vielmehr hat schon vor Jahren das Katz- und-Maus-Spiel zwischen den Autonomen und dem Staat den Boden für einen institutionalisierten Konflikt um die Deutungs- und Durchsetzungsmacht in Connewitz bereitet: hier der vorrangig juvenil-staatskritische und militante Einsatz für autonome Freiräume, gegen „Nazis“ und „Bullen“, dort die Durchsetzung staatlicher Penetrationskraft durch lokale Polizeibehörden. Wiewohl sich, anders als zumal konservative, sicherheitsorientierte politische Kreise bisweilen glauben machen wollen, keineswegs ein ganzer Stadtteil in

linksextremistischer Hand befindet, sind Autonome in Connewitz überaus präsent – physisch, aber auch in Gestalt von Graffiti, Tags und Szenetreffs. Sie machen, wie Julian Theilen im Tagesspiegel ausmacht, zwar nur einige Hundert der etwa 600.000 Leipziger aus, aber sie werden gesehen. „Und wer gesehen wird, hat Macht.“²

Ursprünglich (und über mehrere Jahre) hatten Politik und Polizei in Leipzig eine eher moderierend-deeskalierende Strategie gegenüber Autonomen gefahren. Begonnen hatte dieser Kurs mit der vom Leipziger Oberbürgermeister Hinrich Lehman-Grube (SPD) 1992 ausgerufenen „Leipziger Linie“, der zufolge neue Hausbesetzungen nicht akzeptiert, bestehende Hausbesetzungen aber legalisiert und zum Teil dezentralisiert werden sollten. Der Schritt des Oberbürgermeisters war eine Reaktion auf eine „heftige Straßenschlacht zwischen autonomen Besetzer_innen und der Polizei“³ am 28. November 1992 und richtete

¹ siehe: Alexander Deycke/Jens Gmeiner/Julian Schenke (Hrsg.), Von der KPD zu den Post Autonomen. Orientierungen im Feld der radikalen Linken, Göttingen 2021, S. 203-222.

² Julian Theilen, Warum die Stimmung in Connewitz gegen die harte Linke kippt, 12. September 2020, unter: <https://www.tagesspiegel.de/themen/reportage/ein-stadtteil-spaltet-leipzig-warum-die-stimmung-in-connewitz-gegen-die-harte-linke-kippt/26181364.html> [eingesehen am 27.01.2021].

³ Justus, Leipzig schwarz-rot – Ein Rückblick auf 20 Jahre autonome Linke in Leipzig, o. D., unter: <https://www.anarchismus.at/die-autonomen/6118-20-jahre-autonome-linke-in-leipzig>

sich indirekt gegen die CDU-Landesregierung, die seit jeher eine härtere Gangart der Kommunalpolitik im Umgang mit den Autonomen fordert. Im weiteren Verlauf der Beziehungen zwischen Connewitzer Linksalternativen und Stadt wurde 1995 die Alternative Wohngenossenschaft Connewitz (AWC) gegründet, die zwei Jahre später Rechtsfähigkeit erlangte und die Mehrheit der besetzten Häuser und Projekte vertrat. Die Stadt sicherte den Gebäuden Bestand zu.

Etwa ab der Jahrtausendwende trübte sich das Verhältnis jedoch zusehends – wegen regelmäßiger Wellen des Vandalismus und der sicherheitspolitischen Reaktionen vor Ort sowie politischer Wahlen. So wurden die Installation einer Sicherheitskamera am Connewitzer Kreuz (1999) und die Eröffnung eines sechs Mann starken Polizeipostens inmitten des Viertels (2014) von Teilen der Connewitzer Bevölkerung als „Einschränkung der Bewegungsfreiheit“ und als „Legitimation einer subtilen law-and-order-Politik“, als Quelle von „Konformitätsdruck“ sowie als „Drohgebärde gegen eine politisch unliebsame Szene“ wahrgenommen.⁴ Die Wache ist bis heute regelmäßigen Angriffen ausgesetzt.

Ist sich die Lokalpolitik von Union bis Linke in der Verurteilung derartiger Attacken – mit einigen Nuancen – weithin einig, scheiden sich die Geister regelmäßig bei den Straßenkrawallen. Reagierten Stadträte von Union und FDP, in Teilen auch von Grünen und SPD darauf meist konfrontativ, kam in der Vergangenheit vor allem aus den Reihen der Linken zumindest Verständnis: Die „sächsischen Verhältnisse“, unter denen das Engagement gegen Rechtsextremismus a priori von der Exekutive verurteilt und unter Generalverdacht gestellt wird, sind nicht unschuldig an den Straßenkrawallen, so die Landtagsabgeordnete der Partei Die Linke, Juliane Nagel.⁵ Im Zuge der

G20-Proteste in Hamburg 2017, an denen auch Leipziger Autonome teilgenommen haben sollen, „Soli-Demos“ und der Besetzung des „Black Triangle“ gingen die Meinungen noch einmal auseinander: So dachten Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU)⁶ und der sächsische Innenminister Markus Ulbig (CDU)⁷ seinerzeit laut über eine Schließung einschlägiger Szenetreffs in Connewitz nach, der Leipziger Polizeipräsident Bernd Merbitz sprach von „rechtsfreien Räumen“.⁸ Leipzigs Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD) stellte sich dagegen und hielt an der Förderung der soziokulturellen Zentren fest; ähnlich besonnen reagierten Grüne und Linke.⁹ Bislang jüngster Höhepunkt: die Gründung der „Soko Linx“, die aus 20 Beamtinnen und Beamten aus dem Leipziger Polizeipräsidium und dem LKA besteht und ihren Arbeitsschwerpunkt in Leipzig hat. Die Gründung im Dezember 2019 hat gewissermaßen die Ausschreitungen in der Silvesternacht 2019/20, bei der u. a. ein Polizist am Kopf schwer verletzt wurde, vorweggenommen.

Woher rührt diese Polarisierung – zwischen Autonomen und Kommunalpolitik einerseits, zwischen den verschiedenen politischen Richtungen andererseits? Worin wurzelt der Status von Connewitz als linksautonomer Stadtteil, als in Teilen autonomer Freiraum? Wer sind „die“ Leipziger Autonomen? Welche internen strategischen Debatten prägten die letzten Jahre, welche programmatischen Leitplanken und Weltbilder leiteten das Handeln

6 Vgl. Martin Fischer u.a., De Maizière will Treffs der linken Szene in Leipzig-Connewitz schließen, 11.07.2017, unter: <http://www.lvz.de/Leipzig/Lokales/De-Maiziere-will-Treffs-der-linken-Szene-in-Leipzig-Connewitz-schliessen> [eingesehen am 27.01.2021].

7 Vgl. Ulbig hält Schließung von linksalternativen Zentren für möglich, 19.07.2017, unter: <http://www.lvz.de/Leipzig/Lokales/Ulbig-haelt-Schliessung-von-linksalternativen-Zentren-fuer-moeglich> [eingesehen am 27.01.2021].

8 Leipzigs Polizeichef über Connewitz: „Die Zeit des Redens muss vorbei sein“, 14.07.2017, unter: <http://www.lvz.de/Leipzig/Polizeiticker/Polizeiticker-Leipzig/Leipzigs-Polizeichef-ueber-Connewitz-Die-Zeit-des-Redens-muss-vorbei-sein> [eingesehen am 27.01.2021].

9 Oberbürgermeister Burkhard Jung sieht keine rechtsfreien Räume in Leipzig, 15.07.2017, unter: <http://www.lvz.de/Leipzig/Lokales/Oberbuergemeister-Burkhard-Jung-sieht-keine-rechtsfreien-Raume-in-Leipzig> [eingesehen am 27.02.2021]; Leipziger Politiker zoffen sich über Connewitz-Kritik von de Maizière, 13.07.2017, unter: <https://www.tag24.de/nachrichten/leipziger-politiker-zoffen-sich-nach-connewitz-kritik-von-de-maiziere-291882> [eingesehen am 27.01.2021].

[eingesehen am 27.01.2021].

4 Let's talk about... Connewitz, 20.09.2014, unter: <https://fuer-daspolitische.noblogs.org/files/2014/09/FuerDasPolitische.pdf> [eingesehen am 27.01.2021].

5 Vgl. Thomas Datt, Autonome randalieren in Leipzig, in: deutschlandfunk.de, 23.07.2015, unter: http://www.deutschlandfunk.de/krawalle-autonome-randalieren-in-leipzig.862.de.html?dram:article_id=326291 [eingesehen am 27.01.2021].

und welche organisatorischen Kristallisationsfelder werden ersichtlich? Schließlich: Welche Trends zeichnen sich – auch mit Blick auf die Zukunft – ab? Um diese Fragen kreist dieser Beitrag.

2. Die Bedeutung von Connewitz

Die Autonomen haben sich in Sachsen während der Epochenwende 1989/90 formiert. Im Fokus standen seinerzeit die Stasi-Aufarbeitung und die „Kolonisierung durch das System der Bundesrepublik“.¹⁰ Es dauerte jedoch nicht lange, bis eine Angleichung der sächsischen Autonomenszene an jene in den „alten Bundesländern“ einsetzte – einerseits thematisch, weil der Kampf um Freiräume, gegen „Nazis“ (Antifaschismuskampf) und Rassisten (Antirassismuskampf) an Relevanz gewann (nicht zuletzt wegen der Welle rassistischer Gewalt zu Beginn der neunziger Jahre); andererseits quantitativ, weil – besonders seit der Jahrtausendwende – ein Aufholprozess kaum zu übersehen ist. Die Autonomen-Zahlen im Freistaat kletterten besonders ab 2006 nach oben: von 280 im Jahr 2006 auf 415 im Jahr 2019.

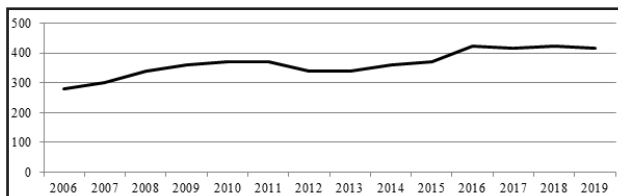


Abbildung 1: Entwicklung der Autonomen in Sachsen¹¹

Hatte sich das Gros des linksautonomen Personenpotentials im Freistaat lange Zeit relativ gleichmäßig auf die Landeshauptstadt Dresden und die Messestadt Leipzig verteilt (Chemnitz wie die Landkreise spielen seit jeher eine untergeordnete Rolle), entwickelte sich Leipzig ab etwa 2015 unbestritten zum linksautonomen Zentrum Sachsens. 250 der Linksautonomen lebten hier 2019. Wenige Jahre

zuvor waren es noch weniger als 200. Damit ist das Personenpotential hier enorm. Zum Vergleich: Im reichlich sechsmal so großen Berlin gab es 2019 nach Behördenangaben nur etwa viermal so viele (Post-)Autonome: 980. Die Situation ist somit vergleichbar mit der Hamburgs (rund 3,2-mal mehr Einwohnerinnen und Einwohner, dafür rund 3,5-mal mehr Autonome als Leipzig). Mit diesem Zuwachs stiegen auch die Gewaltzahlen – nicht von ungefähr kommt Leipzigs Titel als „Randalemeister 2015“, der ihm vom Komitee der 1. Liga für Autonome verliehen wurde. Seit Jahren entfällt rund die Hälfte der linksextremen Gewalt in Sachsen auf Leipzig: im Jahr 2017 56 von 101 Taten, im Jahr 2018 47 von 115 Gewalttaten, im Jahr 2019 57 von 117 Gewalttaten.



Genau genommen, verteilen sich die Autonomen nicht gleichmäßig in Leipzig, sondern konzentrieren sich vor allem in Connewitz. Es handelt sich dabei um einen im Süden gelegenen Stadtteil, der in den späten

¹⁰ Vgl. Sächsisches Staatsministerium des Innern u. Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (Hrsg.), Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2016, Dresden 2017, S. 210.

¹¹ Quelle: Verfassungsschutzberichte Sachsen 2006-2019.

DDR-Zeiten durch Abwanderung zu verweisen drohte und dessen verfallende Altbauten darum einer Reihe von „Platten“ Platz machen sollten. Das Projekt fand durch die Demokratisierung der DDR und die deutsche Vereinigung ein jähes Ende. Die weithin verlassenen und sich selbst überlassenen Häuser – besonders in Altconnewitz – wurden rasch von der alternativen Szene besetzt; von Studenten, Künstlern, Aussteigern etwa. Die chaotische Umbruchzeit bot die ideale Gelegenheit dazu. Wiewohl in den Folgejahren dann und wann Reibungspunkte zwischen den „Neuen“ und den „Geblienen“ aufblitzten, die in den wenigen sanierten Gebäuden wohnten, entwickelte sich Connewitz zu einem vitalen alternativen Viertel im Süden.

Dazu tragen die stadtteiltypischen, v.a. kulturellen Treffpunkte nicht unwesentlich bei – etwa das UT (= Union Theater) Connewitz, ein früheres Kino, das von der DDR u. a. für Jugendweihen und Konzerte genutzt wurde. 2001 gründete sich der UT Connewitz e. V. mit dem Ziel, das 1992 geschlossene Lichtspielhaus wieder aufzubauen und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen – etwa für Kinovorführungen, Konzerte und Lesungen. Ebenso das Werk II – eine frühere Fabrik für Werkstoffprüfmaschinen, heute ein soziokulturelles Zentrum, das sich als „Kulturfabrik“ sieht – spielt für das kulturelle Leben vor Ort eine zentrale Rolle. Es beheimatet Werkstätten, Büros, Vereine, Gruppen und dient als Veranstaltungsort für unterschiedlichste Konzerte.

Heute charakterisiert eine Mischung aus sanierten und unsanierten Gründerzeithäusern, modernen Familienhäusern und Villen das Viertel. Diese Heterogenität spiegelt sich in der Zusammensetzung der Anwohnerschaft: Linksradike und Menschen, die das Sinus-Institut wohl dem liberal-intellektuellen („aufgeklärte Bildungselite“), dem sozial-ökologischen und dem expeditiven Milieu („kreative Avantgarde“) zuordnen würden, leben hier in unmittelbarer Nachbarschaft. Auch Leipzigs Oberbürgermeister Burkhard Jung

nannte Connewitz bis Anfang 2020 seinen Wohnort.

Zugleich: Just das linksalternative Milieu ist es auch, aus dem sich die Mehrheit der Connewitzer Linksautonomen rekrutiert. Für sie wie den Stadtteil insgesamt spielen jene soziokulturellen Zentren, die der Bundes- und sächsische Landesinnenminister 2017 zu verbieten drohten, eine wichtige kulturelle, soziale und Identitätsrolle. Diese sind – anders als etwa die „Rote Flora“ in Hamburg – nicht ausschließlich autonome Treffs, sondern dienen auch demokratischen wie weithin unpolitischen Stadtteilinitiativen, Bands, Vereinen, Theatergruppen, Sozialarbeitern uvm. als Orte des Miteinanders. Dabei schwankt der Grad der „Mischnutzung“ erheblich.

Die geringste Bedeutung für Autonome dürfte das Werk II haben. Es dient v. a. als Veranstaltungsort für Musikmärkte, Reggae-Konzerte, Zeitzeugengespräche, Science Slams, Vorträge zum bedingungslosen Grundeinkommen, Weihnachtsmärkte, Filmfestivals, uvm.

Größere Bedeutung hat das Conne Island, früher ein Hitlerjugend-, dann ein FDJ-Heim, heute ein von der Stadt mit 224.500 Euro (2020)¹² gefördertes Kulturzentrum mit großem Skatepark. Bekannt ist es darüber hinaus als Veranstaltungsort für Konzerte aus dem Hardcore-, Metal- und Punk-Milieu: The Menzingers, Olli Schulz, Terrorgruppe, Sepultura und Jimmy Eat World waren beispielsweise schon zu Gast. Conne Island sieht sich darum nicht zu Unrecht als „Zentrum von und für Linke, Jugend-, Pop- und Subkulturen“.¹³ Seine politische Bedeutung für die Autonomen, besonders die Antifa-Szene, wird hieraus kaum ersichtlich – wohl aber aus der mehrmaligen Nennung in sächsischen Verfassungsschutz-

¹² Vgl. Stadt Leipzig, Fördermittel für kulturelle und künstlerische Projekte und Einrichtungen im Haushaltsjahr 2020, o.D., unter: https://static.leipzig.de/fileadmin/mediendatenbank/leipzig-de/Stadt/02.4_Dez4_Kultur/41_Kulturamt/Kulturentwicklung_und_Kulturförderung/Veroeffentlichung_2020_IF.pdf [eingesehen am 27.01.2021].

¹³ <http://conne-island.de/> [eingesehen am 27.01.2021].

berichten, aus den hier stattfindenden Antifa-Treffen und dem Erscheinungsbild (z. B. „Kill-Cops“-Schriftzug auf dem Dach). Zugleich ist der Charakter des Conne Island als Schmelztiegel der genannten Szenen kein Zufall, bestehen doch zwischen Autonomen-, Punk-, Hardcore-, Ska-, Graffiti- und Skaterszene Überschneidungen wie Sympathien – wohl nicht zuletzt wegen dem insgesamt eher „problematische[n] Verhältnis zu staatlichen Regelungen und Institutionen“.¹⁴

Hinzugetreten im Sommer 2016 (und verschwunden im Januar 2019) ist das sog. Black Triangle, ein leer stehendes Umspannwerk im Eigentum der Deutschen Bahn inmitten eines Gleisdreiecks in unmittelbarer Nachbarschaft zu einigen Connewitzer Schrebergärten. Es wurde ab 2016 illegal besetzt und zu einem „Kulturprojekt“ umfunktioniert – mit Kino, Sauna, Fahrradwerkstatt, Bandproberäumen. Es galt lange Zeit als Leipzigs „linksextremes Hauptquartier“.¹⁵ Dass sich das Gebäude juristisch in der Schwebe befand, lag lange an der fehlenden Zustellbarkeit des Zwangsvollstreckungsantrags der Bahn zur Räumung des Gebäudes: Man kannte die Besetzer, die das Black Triangle als „anarchistisches und damit selbstbestimmtes Projekt“ sahen, nicht namentlich: „Wir verwalten uns selbst, brauchen dazu keinen Staat und keine gesellschaftliche Ordnung, noch sonst eine hegemoniale Machtstruktur. Mit diesem Grundsatz leben wir seit Juni 2016 zusammen auf dem angeblichen Eigentum der Deutschen Bahn. Tatsächlich sind wir Bewohner*innen eines Gebäudes das seit 20 Jahren leer steht. Für uns ist es selbstverständlich, verlassenere Orte nicht nach ihrem Besitzanspruch (in diesem Fall vertreten durch die Deutsche Bahn), sondern den Möglichkeiten diese gemeinsam zu nutzen, zu verstehen. Freien Raum zu erschaffen und bestehenden zu nutzen, vor dem Zerfall zu

schützen und vor Spekulation zu bewahren muss Teil eines antikapitalistischen Kampfes sein.“¹⁶ Nach der Durchsuchung des „Black Triangle“ im Januar 2019, die von der Staatsanwaltschaft angeordnet und de facto eine Räumung des Geländes war, hat die Bahn das Gelände an ein Kulturzentrum verkauft, in das zwei bekannte Leipziger Clubs ziehen wollen.

Eine schillernde Rolle nimmt Linxxnet ein, ein Konstrukt, dessen Zweck sich nicht auf den ersten Blick erschließt, zumal es in vielerlei Hinsicht genutzt wird. Das Neue Deutschland (heute nd) charakterisierte es aus Anlass seines zwanzigjährigen Bestehens so: „Das Linxxnet wurde zwar im Jahr 2000 von jungen Politikern der PDS gegründet, verstand sich aber stets als Teil einer breiteren, auch außerparlamentarischen Bewegung und hatte zum Ziel, diese untereinander und mit der parlamentarischen Politik zu vernetzen. Von ‚Knoten knüpfen‘ war oft die Rede. Um den einladenden Charakter zu betonen, zog man in ein Geschäft an einer belebten Hauptstraße. Vom Schild des Vermieters ‚Computer-Revolution‘ wurde nur der erste Wortbestandteil gestrichen.“¹⁷ Heute ist Linxxnet „Nachbarschaftsladen, Anlaufpunkt, Wohnzimmer, Plenumsfabrik, Copyshop (mittlerweile auch 3D), Stadteilladen, Vereinsberatungsstelle, Transpilager (CSD Material), Veranstaltungsort, Verleihstation, Flyerablage, Ausleihstation, Internetcafé, Politrekلامetafel und und und ...auch noch Briefkasten für über 50 AdressatInnen.“¹⁸ Dabei ist es nicht nur Abgeordnetenbüro (Juliane Nagel), sondern wird auch hauptsächlich von Ehrenamtlichen getragen, die für „[l]inke Politik in ihrer ganzen Bandbreite stehen“. Einerseits verwahren sie sich regelmäßig gegen den Verdacht (von Polizei und Politik), mit der Gewalt durch Autonome in Verbindung zu stehen (tatsächlich gibt es bis heute keinen Beleg

14 Daniela Eichholz, Szeneprofil: Antifa, in: jugendszenen.com, o. D., unter: <http://wp1026128.server-he.de/wpsz/?portfolio=antifa-szeneprofil#tab-id-2> [eingesehen am 27.01.2021].

15 Vgl. René Loch, Ausstieg links, 29.07.2017, unter: <http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/leipzig-black-triangle-wie-linke-ein-altes-bahn-gebäude-wiederbelebten-a-1160175.html> [eingesehen am 27.01.2021].

16 <https://btle.blackblogs.org/wir/> [eingesehen am 27.01.2021].

17 Hendrik Lasch, 20 Jahre Knoten knüpfen, 03.09.2020, unter: <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1141315.linke-in-leipzig-jahre-knoten-knuepfen.html> [eingesehen am 27.01.2020].

18 Lars Kleba, Was ist das linXXnet?, unter: <https://www.linxxnet.de/themen/was-ist-das-linxxnet/> [eingesehen am 27.01.2020].

dafür), andererseits: In Juliane Nagel findet die Gewalt von Autonomen immer wieder jemanden, der sie relativiert – das Plakat im Stil eines Fahndungsplakats auf dem Fenster von Linxxnet im Jahr 2018, auf dem u.a. Andy Grote und Olaf Scholz als Terroristen bezeichnet werden, spricht für eine gewisse Neigung zur Radikalität. Und: Prisma, der Leipziger Ableger der Interventionistischen Linken, hat seinen Sitz im Linxxnet.

3. Eine Szene voller Kleingruppen

Am besten konturiert die Autonomen – in Leipzig wie in anderen Städten vermutlich auch – wohl der Szenebegriff:¹⁹ Er markiert ihren Charakter als dynamische Gesinnungsgemeinschaft mehrerer Gruppen, die sich um ein Thema bzw. einen Themenkomplex herum formieren, nicht alle Teilbereiche des individuellen Lebens erfassen, aber Zugehörigkeiten etwa über eigene Codes, Praxen und Wissensbestände regeln, den „Austritt“ einer Person zwar erschweren, aber nicht verhindern können. Die autonome Szene hat eigene Treffpunkte, gruppiert sich um Organisationseliten und trägt Züge „sozialstruktureller Entbundenheit“.²⁰ Das gilt für die heutigen Netzwerke überregional eingebundener Gruppierungen und lokal agierender Zusammenschlüsse wie für die Vielzahl an Kleingruppen, welche die ersten zehn bis 15 Jahre dominierten, sich meist über personelle Netzwerke zu eng umsteckten Themenfeldern bildeten, aber häufig nicht lange hielten (etwa die 2001 aufgelöste Rote Antifaschistische Aktion Leipzig R.A.A.L).

Größeren Bekanntheitsgrad und längeren Bestand hatte das 1996 – damals noch unter dem Namen „Bündnis gegen Rechts“ – ins Leben gerufene „Bündnis gegen Realität“ (BgR). Gedacht als breite Allianz gegen den grassierenden Rechtsextremismus zumal in den

ländlichen Regionen rund um Leipzig, beteiligte sich das Bündnis bald an einer Reihe bundesweiter Aktionen (etwa Gegendemonstrationen zur NPD und Antifa-Kongressen), um sich im Jahr 2000 als eigenständige Antifa-Gruppe in Leipzig zu restrukturieren.²¹ Die rigorose Ablehnung staatlicher wie zivilgesellschaftlicher Maßnahmen und Kampagnen gegen Rechtsextremismus – der von Gerhard Schröder ausgerufene „Aufstand der Anständigen“ wurde als „staatlicher Antifa-Sommer 2000“²² diffamiert, der nur den Ruf Deutschlands wiederherstellen und außenpolitischen Interessen dienen sollte – hoben das BgR von der bundesweiten Antifa-Szene ab, wiewohl auch diese sich auf ihrem zentralen Handlungsfeld in der Defensive sah und sich zu der breiten gesellschaftlichen Gegenbewegung zum Rechtsextremismus verhalten musste. Übergriffe auf eine demokratische „Anti-Nazi“-Demonstration am 1. September 2001 durch das BgR leiteten schließlich den langsamen Zerfall des Bündnisses ein, konnte es seine Position doch nur schwer nach außen hin vermitteln. Bis zum Scheitern des ersten NPD-Verbotsverfahrens im Jahr 2003 hielt sich das Bündnis weitgehend bedeckt, um sodann die antifaschistische Arbeit wieder aufzunehmen, allerdings ergänzt um eine aktualisierte Ablehnung zivilgesellschaftlicher Ansätze der Rechtsextremismusbekämpfung: „Die schwache inhaltliche Auseinandersetzung mit Nazi-positionen in der Öffentlichkeit signalisiert das Scheitern des Projekts zivilgesellschaftlicher Reaktionen auf die erstarkende Naziszene.“²³ Im weiteren Verlauf des Positionspapiers wird deutlich: Die zentrale Gefahr sieht das BgR in der deutschen Gesellschaft als Ankerplatz von „Nazihegemonie“ und „rechte[m] Konsens“. Eine derartige Position war – gerade vor dem Hintergrund strategischer Erwägungen – nach wie vor kaum zu vermitteln. Am 2. Mai 2006 gab das

19 Vgl. Ronald Hitzler u. Arne Niederbacher, *Leben in Szenen. Formen juveniler Vergemeinschaftung heute*, Wiesbaden 2010, S. 16–26.

20 Nils Schumacher, „Nicht nichts machen“? Selbstdarstellungen politischen Handelns in der Autonomen Antifa, Duisburg 2014, S. 76.

21 Vgl. https://www.nadir.org/nadir/initiativ/bgr/pages/intr_ger.htm [eingesehen am 27.01.2021].

22 Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen, *Verfassungsschutzbericht 2005*, Dresden 2006, S. 53.

23 BgR Leipzig, *Konsens und Tabu – Ein Rechenschaftsbericht mit einer gesellschaftlichen Einschätzung der nationalistischen Tendenzen in der BRD 2005*, o. D., URL: http://www.nadir.org/nadir/initiativ/bgr/pdf/bgr_kt05.pdf [eingesehen am 27.01.2021].

Bündnis darum seine Auflösung bekannt: „Deutschland hat nicht gewonnen. Es ist nur übrig geblieben!“

Den Platz von BgR nahm eine Vielzahl von Antifagruppen ein, etwa die Leipziger Antifa (LeA) und die Antifa Klein-Paris, deren antifaschistische und antideutsche Ausrichtung nicht weniger deutlich ausfallen. Zugleich differenzierte sich das linksautonome Spektrum in Leipzig über die Jahre aus. Left Action – das „Internetportal linksradikaler Gruppen und linker Projekte aus Leipzig“ – listet aktuell (Stand: Januar 2021) nicht weniger als 57 „Gruppen & Projekte“ auf – vom „Antifaschistischen Frauenblock Leipzig“ über die „Initiative gegen jeden Extremismusbegriff“, die genannte „Leipziger Antifagruppe“ und die „Rote Hilfe“ bis hin zu den „Wertkritischen Kommunisten Leipzig“; wobei nicht alle Gruppen dem autonomen Spektrum zuzuordnen oder regelmäßig aktiv sind. Nicht einmal 20 der aufgelisteten Gruppen ließen in den letzten beiden Jahren im Netz eine nennenswerte Aktivität erkennen. In deren Ausrichtung wird eine große Vielfalt ersichtlich: vom „klassischen“ Aktionsfeld „Antifaschismus“ über „Antirepression“, „Antigentrifizierung“ und „autonome Freiräume“ bis hin zu „Antisexismus“ und Sport (Roter Stern Leipzig), wobei sich freilich nicht alle Gruppierungen im antidemokratischen oder überhaupt im dezidiert politischen Bereich bewegen.

Die kurze Halbwertszeit vieler Gruppierungen wie auch die personelle Fluktuation in den letzten Jahren gaben Anlass für eine Neuorientierung eines Teils der Szene, in deren Zuge Gruppierungen auf die Bühne traten, die dem postautonomen Spektrum zuzurechnen sind. Sie sind Ausdruck eines bundesweiten Trends, dessen Wurzeln bis in die frühen neunziger Jahre zurückreichen und der sich gegen das „schwärmerische[...] Zugehörigkeitsgefühl [in Teilen der Autonomen wendet], das nicht so sehr durch ein gemeinsames Projekt unterfüttert sei, sondern sich vielmehr durch Äußerlichkeiten wie Kleidung, Habitus und eine Art

Verhaltenskodex auszeichne. Diese plan- und deswegen perspektivlose Vorgehensweise der Autonomen verhindere beispielsweise durch die beliebige Aneinanderreihung von Kampagnen und die Fetischisierung von Militanz eine wirkliche revolutionäre Politik“.²⁴ Ziel dieser Strömung ist es, sich von der „klassischen“ autonomen Szene durch die Bildung langfristiger, bundesweiter Netzwerke (inner- und außerhalb des extremistischen Spektrums), vertiefte inhaltliche Debatten und eigene Utopien wie Strategien abzugrenzen. In Leipzig sind bzw. waren zwei Gruppierungen für die jüngere Entwicklung prägend.

The future is unwritten, die erste der beiden Gruppierungen, trat erstmals im Dezember 2015 bei einer Demonstration gegen Rechtsextreme eigenständig in Erscheinung, war allerdings aus dem 1.-Mai-Bündnis in Leipzig 2011 hervorgegangen. Es mobilisierte seither u. a. regelmäßig gegen die Feierlichkeiten am 3. Oktober zur Deutschen Einheit, gegen die Krisenpolitik der EU und den politischen Gegner – Rechts-extreme –, etwa bei Legida-Demonstrationen. Insgesamt ging es der Gruppierung um „Arbeits- und Kapitalismus-kritik, Krisentheorien, Kritik des Rassismus und staatlicher Migrationspolitik sowie der Kritik des Antisemitismus“²⁵. Die Motivation hinter dem Beitritt zum bundesweiten Bündnis „...ums Ganze!“ (uG) im Jahr 2012 war es, „linksradikale Gesellschaftskritik überregional zu vernetzen und handlungsfähig zu machen“.²⁶ Vor diesem Hintergrund waren auch die Einbindung in das transnationale Netzwerk „Beyond Europe“ wie auch die Kampagne „Nationalismus ist keine Alternative“ zu sehen. Das erklärte Ziel von uG war es, „jene Verhältnisse zu überwinden, in denen der Mensch ein ‚erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist‘ (Marx)“.²⁷ Die Bezugnahme auf den Ideengeber des Kommunismus kommt nicht von ungefähr:

24 Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport/Abteilung Verfassungsschutz, Vom Autonomen zum Postautonomen? Autonome in Bewegung, Hannover 2016, S. 26f.

25 <http://www.unwritten-future.org/index.php/ueber-uns/> [eingesehen am 27.01.2021].

26 Ebd.

27 Ebd.

uG sah sich weniger als anarchistisch inspiriertes denn als kommunistisches Bündnis mit dem Schwerpunkt „Antifaschismus“, der jedoch in das langfristige Ziel der Systemüberwindung eingebettet war. Man wollte aufzeigen, „dass ohne die Abschaffung von Staat, Nation, Patriarchat und Kapitalismus eine Überwindung rechter Ideologien nicht möglich ist.“²⁸ Im Winter 2020/21 hat sich die Gruppe jedoch überraschend aufgelöst: „Die Lebens- und Organisationsumstände unter Corona, sowie die hohe Fluktuation und damit die inhaltlichen Ausrichtungsprozesse haben die Gruppe gestoppt.“²⁹

Bei PRISMA, der zweiten Gruppierung, handelt es sich um einen Teil der „Interventionistischen Linken“, die seit 2005 über 30 linksextreme und linksdemokratische Kräfte aus Deutschland und Österreich vereint, darunter eine Reihe antifaschistischer Gruppierungen u. a. aus Berlin, Göttingen, Hamburg und Leipzig. Inhaltlich läuft die Arbeit parallel zu der von uG, nicht zuletzt erkennbar am selben Fernziel der „Abschaffung aller Verhältnisse, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“.³⁰ PRISMA will – wie die IL auch – „eine radikale Linke, die auf den revolutionären Bruch mit dem nationalen und dem globalen Kapitalismus, mit der Macht des bürgerlichen Staates und allen Formen von Unterdrückung, Entrechtung und Diskriminierung orientiert“.³¹ Sie konzentriert ihre Arbeit auf Antirassismus, Klima, soziale Kämpfe und Queerfeminismus – wie ernst sie es damit meint, zeigt ihr „Aufnahmestopp weißer Cis*-Männer“ im Sommer 2017, um so ihrem „Anspruch gerecht werden [zu können], weiterhin eine leicht zugängliche, linke Gruppe zu sein“.³² An PRISMA zeigt sich exemplarisch das Streben der Postautonomen nach der

gesellschaftlichen Vermittelbarkeit ihrer Ziele – die Gruppierung war u.a. an Gegenprotesten gegen das rechtsextreme „Schild-und-Schwert“-Festival in Ostritz 2018 beteiligt, die sich vom klassischen autonomen Demonstrationsformat unterschieden, indem sie statt auf Eskalation auf Anschluss an die Zivilgesellschaft setzten. Abgesehen davon spielte in jüngerer Zeit das Engagement in der Klimabewegung und im G20-Kontext eine größere Rolle.

4. Selbst- und Weltbilder

Was den thematischen Kern und die politischen Ziele der Autonomenszene in Leipzig angeht, dürfte sie sich wenig bis gar nicht von den Szenen in Hamburg, Berlin und sonst wo unterscheiden. Wiewohl eine einheitliche programmatische Grundlage, eine gemeinschaftsstiftende klar konturierte Utopie und eine elaborierte Ideologie fehlen, lassen sich einige Ziele schemenhaft benennen – die Negativziele einfacher als die Positivziele. Das mag an der kritischen Sicht der meisten Autonomen auf politische wie ideengeschichtliche Autoritäten kommunistischer (Marx, Engels etc.) und anarchistischer (Bakunin, Kropotkin etc.) Art liegen; auch am Fehlen einer ausgearbeiteten Weltanschauung. Vage Begriffe prägen die Debatte. Nahezu allgegenwärtig ist etwa die Wendung von der „Befreiung des Individuums“ – von Kapitalismus, vom bürgerlichen Staat und gesellschaftlicher Herrschaft überhaupt, von Misogynie, Patriarchat und Heteronormativität, Faschismus und Rassismus, von Imperialismus und Ausbeutung usw. Dabei vertreten sie – wie es bei PRISMA heißt – die Auffassung, „dass gegen diese Phänomene nicht nur Reformen oder Umverteilungen helfen, sondern sich grundsätzlich an der kapitalistischen und patriarchalen Struktur der Gesellschaft etwas ändern muss.“ Sie zielen mithin auf die „Überwindung dieser Gesellschaft“.³³ In Ihrem Kampf für Freiräume reklamieren Autonome nicht, für andere zu kämpfen oder sich durch andere repräsentieren lassen zu können. Sie kämpfen für sich. Zum Ausdruck kommt darin

28 <https://www.unwritten-future.org/index.php/veranstaltungsreihe-nationalismus-ist-keine-alternative/> [eingesehen am 27.01.2021].

29 <https://www.unwritten-future.org/index.php/category/allgemein/> [eingesehen am 27.01.2021].

30 <http://www.interventionistische-linke.org/die-bedingungen-unter-den-wir-leben-und-kaempfen> [eingesehen am 27.01.2021].

31 <http://prisma.blogsport.de/prisma/> [eingesehen am 27.01.2021].

32 Ebd.

33 Ebd.

eine „Politik der 1. Person“, in deren Mittelpunkt das Individuum mit seinen Gefühlen und seiner ganzen Subjektivität steht.³⁴

Aus dem omnipräsenten und identitätsstiftenden Befreiungsnarrativ ergeben sich wiederum jene Negativziele, die deutlich näher im Zentrum linksautonomen Handelns stehen als die politischen Fernziele. Sie sind Ausfluss einer Reihe von Feindbildern. Dazu zählen Faschisten (Antifaschismus), Rassisten (Antirassismus), der Staat mitsamt seinen Institutionen und Vertretern (Antirepression, Antimilitarismus), international operierende Großkonzerne, Banken (Antikapitalismus, Antiglobalisierung, Antiimperialismus) und Immobilienfirmen (Antigentrifizierung) uvm. – mithin alle, die aus Autonomensicht für die Unterdrückung des Einzelnen stehen.

Wiewohl die Leipziger Autonomen in dieser Hinsicht jenen aus anderen Städten gleichen, werden diese Handlungsfelder nicht alle und zu jeder Zeit in derselben Intensität bedient. Jede lokale Szene nimmt regelmäßig auf gesellschaftliche Entwicklungen vor Ort Bezug. Das Aktivitätsniveau der Leipziger Autonomen kann demnach durchaus als Seismograph für politische und soziale (Fehl-)Entwicklungen in Leipzig dienen.

In der jüngeren Vergangenheit reagierte die Szene auf zwei gesellschaftliche Entwicklungen stärker als auf andere: einerseits auf die Zunahme rechtsextremer Ausschreitungen, flüchtlingsfeindlicher Proteste und rassistischer Gewalt sowie den Bedeutungsgewinn von LEGIDA und der AfD infolge der jüngeren Fluchtbewegungen nach Deutschland. Sie intensivierte etwa ab 2015 ihren Antifaschismuskampf, der sich – auch wegen lokaler Konflikte (etwa Proteste gegen den Bau von Flüchtlingsunterkünften in Vierteln der Oberschicht) – verbindet mit dem Antirassismuskampf. Zugenommen haben demnach eigenständige Demos, Beteiligungen

an größeren Protesten der Zivilgesellschaft v. a. gegen LEGIDA und organisierte Rechtsextremisten, Anschläge und Nazi-Outings. Der Angriff auf den stellvertretenden NPD-Kreisvorsitzenden in seinem Ladengeschäft (9. Dezember 2015), auf die Wohnung eines weiteren NPD-Mitglieds (13. November 2016) und auf die Firma, deren Geschäftsführerin damals Frauke Petry (6. August 2015) war, sowie die Inbrandsetzung von Autos von Personen aus dem LEGIDA-Umfeld und Beteiligten an der rechtsextremen Attacke auf Connewitz am 11. Januar 2016 (2. Februar und 31. März 2016) stehen hierfür nicht weniger exemplarisch als etwa die Anschläge auf Bahnanlagen, um die Anreise von LEGIDA-Demonstranten zu verhindern, Sitzblockaden und eine Reihe von Outings.³⁵

Der antifaschistische Kampf prägte v. a. das Jahr 2015 und – allerdings in geringerem Umfang – die erste Hälfte des Jahres 2016, als Anti-Asyl-Proteste und rechtsextreme Mobilisierung ihren Höhepunkt erreichten und zu breiten Gegenprotesten führten. Daraus entwickelte sich eine gewisse Interaktionsdynamik zwischen Autonomen einerseits sowie parteiförmig organisierten, subkulturellen und neonazistischen Rechtsextremen andererseits. Größere Aufmerksamkeit erhielten etwa die massiven Ausschreitungen bei einer rechtsextremen Demo am 12. Dezember 2015 sowie die gewaltförmigen Überfälle am 11. Januar 2016, als ca. 250 gewaltbereite Rechtsextreme marodierend durch Connewitz zogen und, indem sie eine Spur der Verwüstung hinterließen, nicht nur die Linksautonomen, sondern auch das gesamte linksalternative Connewitzer Milieu ins Mark trafen, fühlte es sich doch in „seinem“ Stadtteil angegriffen, seine Deutungshoheit infrage gestellt. Dies provozierte in den darauf folgenden Wochen von der Polizei als „Resonanzstraftaten“ bezeichnete Vergeltungsmaßnahmen, etwa persönliche Angriffe und Brandanschläge gegen

³⁴ Vgl. Udo Baron, Die linksautonome Szene, in: Ulrich Doermann (Hrsg.), Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2011, S. 236.

³⁵ Vgl. Sächsisches Staatsministerium des Innern u. Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (Hrsg.), Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015, Dresden 2016, S. 169-176; dies., Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2016, Dresden 2017, S. 224-238.

mutmaßlich an den Angriffen beteiligte Rechtsextremisten.

Wie jedoch das Thema Asyl und Flüchtlingspolitik in der öffentlichen Wahrnehmung verblasste, gingen Anti-Asyl-Proteste unter Beteiligung von einschlägig bekannten Rechtsextremen und bislang nicht in Erscheinung getretenen Bürgern wie auch unverhohlenen rechtsextreme Veranstaltungen, aber auch die Gegendemonstrationen vonseiten der demokratischen Zivilgesellschaft und den Autonomen zurück. Das erlaubt den Schluss, das Aktionsniveau der Szene spiegele das Aktionsniveau von Rechtsextremisten und -populisten wider. Es deutet aber auch darauf hin, „dass der so verstandene ‚Gegner‘ konstitutiv sein dürfte für die Existenz der Szene“.³⁶ Die Kampagne „Rechte Netzwerke zerschlagen“, die sich u. a. gegen eine Kampfsportveranstaltung richtete, deren Organisatoren „Verbindungen zur rechten Szene“ vorgeworfen werden,³⁷ hatte zwar wenig mit der gesellschaftlichen Asyl- und Immigrationsdebatte zu tun, unterstreicht jedoch exemplarisch die Relevanz von Reaktionsmustern – und damit eine gewisse Abhängigkeit vom rechten Rand.

Andererseits nahmen die Autonomen in der jüngeren Vergangenheit verstärkt Bezug auf die seit einigen Jahren explodierenden Wohnungsmieten, auf die Verknappung des Wohnraums im Zentrum, Luxussanierungen und die damit einhergehende Verdrängung unterer sozialer Schichten, geflüchteter Personen und Studenten (Antigentrifizierung). In diesem Zusammenhang intensivierte die Szene den Kampf um „autonome Freiräume“ und verband ihn mit Antirepressions- und Antirassismusbearbeitung. So wurde ein Angriff von 50 Autonomen auf den Connewitzer Polizeiposten am 7. Januar 2015 mit Steinen, Flaschen, Feuerwerkskörpern, Farbbeuteln und Krähfüßen wie folgt erklärt: „Bulle, dein Duldungsstatus ist aufgehoben und deine Aufenthaltserlaubnis erloschen.“ Und

weiter: „Auch wenn du deine Uniform ablegst, so bleibst du immer noch das gleiche Schwein von Mensch“.³⁸ Eine Spontandemonstration eine Woche später, bei der 500 bis 800 Autonome durch die Innenstadt zogen, Polizisten, deren Fahrzeuge, die öffentliche Infrastruktur und das Amtsgericht angriffen, wurde mit dem Tod eines Asylbewerbers in einem Dresdener Gefängnis, mit der Verhinderung der Einreise von Flüchtlingen insgesamt und mit dem Aufbau rechtsextremer Organisationen begründet, für die alle die Polizei verantwortlich zeichne.³⁹ Insgesamt entwickelte sich eine gewisse Gewaltroutine nicht nur im Zusammenhang mit Silvester, sondern auch im Zusammenhang mit dem Polizeiposten in Connewitz (besetzt mit etwa einer Handvoll Beamten). Mittlerweile vergeht ebenda kaum mehr ein Quartal ohne Stein- und Farbbeutelwürfe, Feuerwerk, übel riechende Substanzen und körperliche Gewalt.

Zumal klandestine Aktionen gegen Immobilienfirmen sowie größere Kampagnen und Stadtteilinitiativen, die sich gegen kommunale wie private Baumaßnahmen richten, stehen für den Bedeutungsgewinn des Themenkomplexes Antirepression/Antigentrifizierung. Das breite Bündnis „Social Center for all“ (SC4A; ab Dezember 2015), unterstützt u. a. von PRISMA, der Antifa Klein-Paris und the future is unwritten, strebte beispielsweise in Leipzig ein selbstverwaltetes soziales Zentrum an und besetzte dafür zeitweise die ehemalige Führerscheinstelle. Aus der Kritik an der „Krise der Administration“, an der „neoliberalen Kürzungspolitik“ sowie an der „Etablierung eines neuen Substandards für all diejenigen, die von der Preisentwicklung des ‚ersten Wohnungsmarktes‘ abgehängt wurden“, erwachsen „Forderungen nach einem ‚neuen sozialen Wohnungsbau‘ und nach Rekommunalisierung“, nach „Aneignung der Lebensbedingungen aller Menschen durch die Menschen selbst, d.h. [nach] Zugang zu allen Bereichen der sozialen Infrastruktur und die Selbstverwaltung dieser Strukturen durch alle

³⁶ Eichholz.

³⁷ Vgl. Sarah Ulrich, Umstrittenes Kampfsportevent in Leipzig, 28.08.2017, unter: http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2016/08/28/rechtes-kampfevent-in-leipzig_22255 [eingesehen am 27.01.2021].

³⁸ Steffen Winter, Gewalt nach Plan, 11.07.2016, unter: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-136184618.html> [eingesehen am 27.01.2021].

³⁹ Vgl. Sächsisches Staatsministerium des Innern u. Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen 2016, S. 173.

Beteiligten“, um so gegenüber der Kommunalpolitik „Druck aufzubauen“.40

In den Fokus der Autonomen rückten, zumal ab 2017, lokale Bauprojekte: Im März 2017 wurden etwa zwei Bagger auf einer Baustelle in Brand gesetzt – das Bekennerschreiben: „Das Kapital hat sich am Wohnungsmarkt in Leipzig richtig austoben können und die Party scheint noch nicht vorbei zu sein. Es besteht auch weiterhin Gelegenheit selbst mit einem schmalen Geldbeutel dabei zu sein: Brandsätze kosten nicht die Welt, Steine gibt’s sogar umsonst!“41 Auch 2018, 2019 und 2020 brennen häufiger – zumal im Leipziger Süden – Bagger, Krane und LKW von Baufirmen, die mit der Sanierung von Häusern (und damit indirekt der Gentrifizierung von Stadtteilen, so der Vorwurf) beauftragt waren. Von neuer Qualität zeugte der Überfall auf eine Prokuristin einer Immobilienfirma im November 2019. Der Frau wurde in ihrer Wohnung aufgelauert und mehrfach ins Gesicht geschlagen – mit „[v]iele[n] Grüße[n] aus Connewitz“, so einer der Täter.

Daneben folgt das Gewaltgeschehen auch kurzlebigen Themenkonjunkturen – 2017 etwa der Innenministerkonferenz in Leipzig. Unter dem Hashtag #noimk versammelte sich seinerzeit eine Reihe linksradikaler Gruppierungen, um sich – in friedlicher Weise – gegen die Innenministerkonferenz in Leipzig im Dezember 2017 zu positionieren, genauer: gegen die Versicherheitlichung von Linksradikalismus, gegen die Verschärfung der Sicherheitsgesetzgebung (intransparente Überwachungsmaßnahmen von SMS, Messengern und Internetverbindungen), gegen das Verbot der PKK, gegen die beiden Asylpakete der Bundesregierung, in deren Zuge mehrere Länder als sichere Herkunftsstaaten klassifiziert und Abschiebungen erleichtert wurden und das Ausweisungsrecht eine Verschärfung erhielt. Schließlich stellte das u. a. von der Anarchosyndikalistischen Jugend

Leipzig, dem Black Triangle, PRISMA, der Roten Hilfe und the future is unwritten gestützte Bündnis jede Form von Staatlichkeit infrage: „Wir wollen weder einen ‚starken‘, noch einen liberalen Staat: wir wollen nicht weniger als eine Gesellschaftsform, die ohne Staat von unten nach oben organisiert ist.“42

5. Zwischen Massenmilitanz und Kleingruppentaktik

Welche strategischen Debatten treiben die Leipziger Szene aktuell um? In quantitativer wie qualitativer Hinsicht tun sich Entwicklungen auf, die einige generelle Aussagen zulassen: Erstens, das Aktionsniveau der Leipziger Szene ist von höchster Volatilität geprägt. Insgesamt dominieren dabei Demonstrationen, genauer: Gegendemonstrationen gegen Akteure des rechtsextremen Spektrums, vor einigen Jahren noch gegen Legida, die OfD43 und die Asylpolitik der Bundesregierung, jüngst gegen den Aufbruch deutscher Patrioten – Mitteldeutschland und die AfD. Deren Aktionsniveau und die allgemeine gesellschaftliche Aufmerksamkeit ihnen gegenüber beeinflusst, wann und wo Autonome demonstrieren. Bezeichnenderweise ist ein Großteil der Demonstrationen (nunmehr) angemeldet, was auf die gewachsene Einbindung in größerer zivilgesellschaftliche Bündnisse und die dadurch erreichbare hohe Mobilisierungsfähigkeit hindeutet.

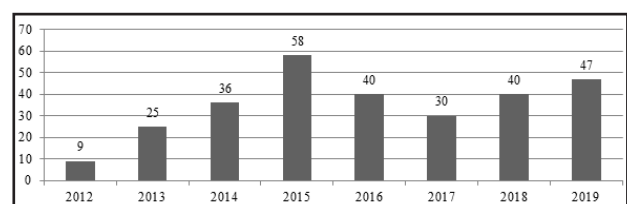


Abbildung 2: Öffentliche Demonstrationen von Linksautonomen in Leipzig44

Zweitens, in diesem Zusammenhang ist in den letzten Jahren ein Einpegeln der Massenmilitanz

40 Interventionistische Linke, Wellcome to stay heißt Wohnraum für Alle!, 12.01.2016, unter: <http://www.interventionistische-linke.org/beitrag/welcome-stay-heisst-wohnraum-fuer-alle> [eingesehen am 27.01.2021].

41 Sächsisches Staatsministerium des Innern u. Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen 2017, S. 189.

42 <http://noimk2017.blogspot.eu/aufwurf/> [eingesehen am 27.01.2021].

43 Offensive für Deutschland

44 Quelle: Sächsische Verfassungsschutzberichte 2016-2019.

(= Gewalt im Demonstrationszusammenhang) zu beobachten. Das Jahr 2015 mit dem dominierenden Thema Flucht und Vertreibung ist in dieser Hinsicht eine Ausnahme. Hier wurde eine Vielzahl an Straftaten gegen Rechtsextreme und Polizisten sowie Brandanschlägen auf Bahnanlagen verübt – bei einer Gegendemo gegen einen Demonstrationszug von 150 Rechtsextremen am 12. Dezember 2015 wurden z.B. 79 Polizisten verletzt, 40 Polizeifahrzeuge teilweise zerstört, öffentliche und private Gebäude sowie Bahnanlagen verwüstet. 2016 verliefen Demonstrationen wiederum weitgehend störungsfrei. Nicht nur im Aktionsniveau, sondern auch in der Gewalt zeigt sich also eine gewisse Abhängigkeit der autonomen Szene von gesellschaftlichen Entwicklungen. Sie ist weniger „Agenda Setter“ als vielmehr ein reaktiver Akteur.

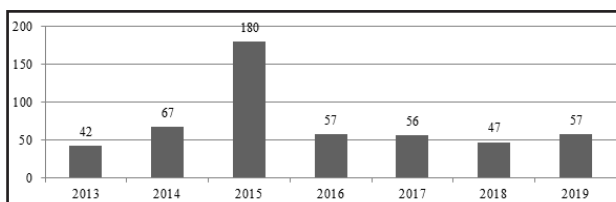


Abbildung 3: Linksextreme Gewalt in Leipzig⁴⁵

Drittens, seit etwa 2015 ist ein Bedeutungsgewinn der Dezentralisierungs- und Kleingruppentaktik bei Demonstrationen zu beobachten. Paradoxerweise dürfte die verstärkte Bündnisorientierung eines Teils der Szene (nächster Punkt), die mittelfristig mit einem Zwang zur Legitimierung eigener Mittel und zur Unterordnung nötigt, jenen Trend befeuern, indem sie Separierungstendenzen begünstigt und so die hinsichtlich der Gewaltfrage gesplante Szene entmischt. Steinwürfe und Molotowcocktails in Richtung Rechtsextreme und Polizei verfolgen u.a. das erklärte Ziel, möglichst hohe Sachschäden zu verursachen, um die Demos (von Rechtsextremen) künftig zu verhindern.

Viertens, die bündnispolitische Orientierung hat seit etwa 2016 spürbar zugenommen. Man sucht den Anschluss an die Proteste der

Zivilgesellschaft, etwa bei der Kampagne „a Monday without you“, bei der the future is unwritten und „Revolution Leipzig“ beteiligt waren, oder auch die Proteste gegen die IMK im Dezember 2017, bei der Linksextremisten federführend waren. Das Ziel dahinter: Schutz in der Masse suchen sowie um Bündnisse wie für die eigenen Ziele werben.

Fünftens, klandestine Aktionen spielen eine deutlich größere Rolle als noch vor einigen Jahren – vor allem in Gestalt von Gewalt und Sachbeschädigungen gegenüber (tatsächlichen und vermeintlichen) Rechtsextremen, der Polizei (und Akteuren der Inneren Sicherheit) sowie Immobilienfirmen. Dafür stehen Überfälle auf Personen in deren Wohn- und Geschäftsräumen, wobei es sich auch (aber nicht nur) um Resonanzstraftaten handelt, die im Zusammenhang mit den Ausschreitungen von Rechtsextremisten in Connewitz am 11. Januar 2016 stehen. Auch die Straftaten, die der Leipziger Studentin Lina E. und ihren drei Komplizen im Jahr 2021 durch den Generalbundesanwalt vorgeworfen wurden, stehen für dieses Muster. Sie soll eine kleine, isolierte Gruppe von Linksextremisten bei mehreren Anschlägen auf Rechtsextremisten und eine einschlägige Szenekneipe angeführt haben. Die Vorwürfe: Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, Beihilfe zur gefährlichen Körperverletzung, gemeinschaftliche gefährliche Körperverletzung, besonders schwerer Landfriedensbruch, räuberischer Diebstahl, Sachbeschädigung und Urkundenfälschung. Die Taten spielten sich in Sachsen und Thüringen ab.⁴⁶

Zudem: Die Gewalt hat an Intensität zugenommen. Zu beobachten ist eine wachsende Neigung zur Gewalt gegen Sachen, bei der auch Tote billigend in Kauf genommen werden. Die 2019 abgebrannten Baukräne befanden sich beispielsweise in unmittelbarer Nähe zu Gastanks und einer Wohngegend.

⁴⁵ Quelle: Sächsische Verfassungsschutzberichte 2016-2019.

⁴⁶ Vgl.: Anklage gegen Lina E. und weitere mutmaßliche Linksextremisten aus Leipzig, unter: <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/leipzig/linksterrorismus-anklage-bundesanwalt-lina-100.html> [eingesehen am 24.06.2021].

Face-to-face-Gewalt auch gegen Polizisten) sowie wehrlose Personen nimmt zu. Das zeigen Steine, Flaschen und Feuerwerkskörper, mit denen Polizeibeamte zu Silvester attackiert wurden; das zeigt der Angriff auf die o.g. Immobilienangestellte; das zeigt auch der Angriff auf einen Fahrer eines Mercedes, der im August 2020 in Connewitz mit brennendem Einkaufswagen gestoppt und verprügelt wurde.

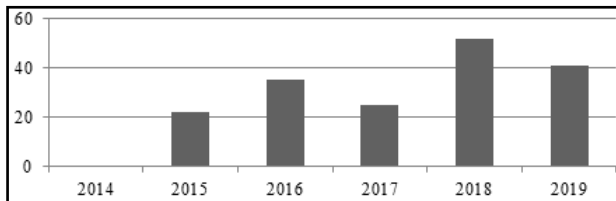


Abbildung 4: Klandestine Gewalt durch Linksextreme in Leipzig⁴⁷

Der Bedeutungsgewinn von breiten Bündnissen in Zusammenhang mit der Kleingruppentaktik und der klandestinen Gewalt deutet auf eine gesplante Szene, die sich bei der Wahl der Mittel und Wege keineswegs einig ist. Sind bei den genuinen Autonomen wohl eine gestiegene Gewaltbereitschaft und Militanz, aber auch eine Ausweitung bzw. Verschiebung der Ziele (von Rechtsextremen auf Polizisten und Firmen), eine gewisse Abschottung gegenüber dem als „lauwarm“ empfundenen Gegenprotest der Zivilgesellschaft und eine Reorganisation der Antifa zu beobachten, propagieren Post-autonome Mäßigung, Anschluss und eine Politik der „kleinen Schritte“. Damit zeichnet sich das szeninterne Dilemma zwischen Bündnisorientierung und Radikalität immer deutlicher ab.

6. Ausblick

Die Autonomen in Leipzig haben sich zu einer vitalen politischen Kraft vor Ort entwickelt, die nicht nur regelmäßig sicherheitspolitische Bedenken des Staates und großer Gesellschaftsteile (auch in Connewitz selbst) auf den Plan ruft, sondern sich auch regen Zuspruchs erfreut: Die Szene wächst und bildet zusehends Allianzen mit der demokratischen

Zivilgesellschaft. Diese Bemühungen werden aufgrund der Attraktivität der damit wachsenden Deutungs- und Durchsetzungsmacht nicht abreißen. Die Szene findet so politische Partner, wirbt um sachbezogene gesellschaftliche Unterstützung für eigene Anliegen, rekrutiert neue Mitglieder und beeinflusst gesellschaftliche Debatten – das gilt vor Ort (z.B. #noimk) wie anderswo (z.B. Beteiligung an Kampagnen zum G20-Gipfel oder im Hambacher Forst).

Keineswegs im Konflikt damit steht eine militant-gewalttätige Strategie gegenüber politischen Feindbildern. Gewalt findet zunehmend aus dem Verborgenen heraus statt – einerseits lässt dies eine offensive Bündnisstrategie bei großen Kampagnen und Demonstrationen zu, andererseits ist die Entdeckungswahrscheinlichkeit geringer als bei Demonstrationsgewalt. Insofern dürfte mit der Bündnisorientierung weniger eine generelle Mäßigung der Autonomenszene als vielmehr eine Art Arbeitsteilung einhergehen: Die einen agieren eher offen, legitimatorisch und gemäßigt, die anderen eher militant und klandestin. Die Trennung dürfte einigermaßen deckungsgleich zu der zwischen Autonomen und Postautonomen sein. Dabei ist zwar kein langfristiger Anstieg der Gewaltzahlen zu erkennen,⁴⁸ wohl aber ein Qualitätssprung, der sich in der wachsenden Akzeptanz von Gewaltformen ausdrückt, die menschliche Opfer einschließen.

Von der gestiegenen Attraktivität Leipzigs unter jungen Menschen profitieren auch die Autonomen. Ungeachtet der bleibenden Fluktuation (die laut eigener Aussage ja auch ein Grund zur Auflösung von the future is unwritten war), wird der personelle Zuwachs in nächster Zeit darum nicht abreißen, wenigstens aber eine Stabilisierung eintreten. Die sich ausbreitenden Aktivitäten in Connewitzer Nachbarvierteln, der begrenzte Wohnraum in Connewitz und die

⁴⁷ Quelle: Sächsische Verfassungsschutzberichte 2016-2019.

⁴⁸ Siehe zugleich Bundesweiter Aufruf: Subversiv & unkontrollierbar - Für ein offensives Jahr 2021!, 31.12.2020, unter: <https://de.indymedia.org/node/129741> [eingesehen am 27.01.2020].

Herkunftsliste linksautonomer Straftäter deuten überdies darauf hin, dass etwa Plagwitz, Neustadt-Neuschönefeld, Reudnitz, die Südvorstadt und Altlindenau dem südlichsten Stadtteil vielleicht nicht den Rang als linksautonomen Identifikationspunkt, wohl aber den als autonome Hochburg ablaufen werden.⁴⁹

Welche Gefahren erwachsen aus dem personellen Zuwachs, aus der Bündnisorientierung und der anhaltenden Aktualität klandestiner Gewalt? Da nicht alle Autonomen gewalttätig sind oder Gewalt befürworten und da nicht alle politischen Ziele aus demokratietheoretischer Sicht problembeladen sind,⁵⁰ tut Differenzierung im Umgang Not – schon, um Trotzreaktionen, Radikalisierung und Feindbilddenken vorzubeugen. Aus politischen Extremismen, zu denen die Autonomen gerechnet werden, erwachsen meist zwei Gefahrendimensionen: die Gefahr für Leib und Leben einerseits, die Gefahr für die Demokratie andererseits.⁵¹ Gewalt gegen Sachen wie Personen – aus welchen Motiven sie erfolgen mögen – müssen und werden die Sicherheitsbehörden eines Staates stets zu verhindern suchen.

Bei allen nachvollziehbaren, legitimen und wünschenswerten Zielen der Autonomen – Kampf gegen Rechtsextremismus, Erhalt individueller Freiräume, Kritik an übertriebener Polizeigewalt sowie an fehlender Einbindung in stadtteilrelevante Entscheidungen, Hilfe für Geflüchtete usw. – erwächst die Gefahr für die Demokratie bei Autonomen aus dem Militanzprinzip sowie der prinzipiellen Ablehnung des Staates. Wer allem Vermittelnden eine prinzipielle Absage erteilt,

vergibt sich Handlungsoptionen. Wer indes die Autonomen kategorisch als bloße „Chaoten“ abtut, sitzt demselben dualistischen Rigorismus auf wie sie, wenn sie die als bürgerlich apostrophierte Demokratie in Bausch und Bogen verdammen.

49 Siehe Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen, Linksextremistische Straf- und Gewalttäter in Sachsen – eine soziodemographische Analyse, o.D., URL: https://www.verfassungsschutz.sachsen.de/download/Linksextremistische_Straf_und_Gewalttaeter_LfVSN.pdf [eingesehen am 27.01.2021].

50 Siehe etwa Tom Manneitz/Tom Thieme, Gegen das System, Linker Extremismus in Deutschland, Bonn 2020, Kapitel 4 und 5.

51 Siehe Tom Thieme, Extremistisches Gefahrenpotenzial – Untersuchungsgegenstand, Messung und Fallbeispiele, in: Eckhard Jesse (Hrsg.), Wie gefährlich ist Extremismus? Gefahren durch Extremismus, Gefahren im Umgang mit Extremismus (Sonderband 1/2015 der Zeitschrift für Politikwissenschaft), S. 37-60.

Die Rolle der Gewalt bei der Radikalisierung und Rekrutierung von Linksextremisten

Dr. Udo Baron

*Niedersächsisches Ministerium
für Inneres und Sport,
Abteilung Verfassungsschutz*



Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Gewalt spielt bei der Radikalisierung und Rekrutierung von Linksextremisten eine zentrale Rolle. Autonome, und über diese links-extremistische Subkultur möchte ich an dieser Stelle ausschließlich sprechen, kennzeichnet ein hohes Maß an Gewaltbereitschaft. Auch wenn nicht alle von ihnen selber Gewalt ausüben, so befürworten sie dennoch in der Regel den Einsatz von Gewalt. Als Militanter gilt daher nicht nur der aktiv Handelnde, sondern auch derjenige, der Gewalt in Kauf nimmt bzw. mit gewaltsamen Aktionen sympathisiert. Ihren Ausdruck findet autonome Gewalt in erster Linie in Massenmilitanz und klandestinen Aktionen. Massenmilitanz tritt dabei vornehmlich am Rande von Demonstrationen in Erscheinung. Konspirativ agierende Kleingruppen führen zudem im Rahmen von klandestinen Aktionen

Brand- und Sprengstoffanschläge vor allem gegen Luxus- und Firmenfahrzeuge, aber auch gegen öffentliche Einrichtungen wie Jobcenter, Polizeistationen und Behörden durch.

Niedersächsisches Ministerium
für Inneres und Sport

Legitimation von Gewalt

- Staat übt physische und psychische Gewalt gegen seine Bürger aus und hindert sie daran, sich ihren Bedürfnissen entsprechend selbst zu verwirklichen („strukturelle Gewalt“)
- „Gegengewalt“ als Antwort auf „Gewalt des Systems“
- Avantgardistischer Anspruch: Autonome meinen, ihre Gesinnung gäbe ihnen das Recht, in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner alle legitimen, aber auch illegitimen Mittel anwenden zu dürfen

■ ■ ■ ■ ■ Niedersächsischer Verfassungsschutz

Die autonome Gewaltbereitschaft ist durchaus auch politisch zu verstehen, denn sie basiert auf einem klaren Feindbild, zu dessen tragenden Säulen der Staat und seine Repräsentanten sowie Rechtsextremisten bzw. diejenigen, die Linksextremisten dafür halten ebenso gehören wie mittlerweile auch szenekritische Wissenschaftler. Politisch motivierte Gewalt dient Autonomen als „Geburtshelfer einer neuen Gesellschaft“, denn um die angestrebte herrschaftsfreie Gesellschaft zu errichten, muss zuvor der demokratische Rechtsstaat als Garant der bisherigen Ordnung beseitigt werden. Gewalt hat dabei für Autonome eine Außen- und eine Binnenwirkung. Nach außen dient sie

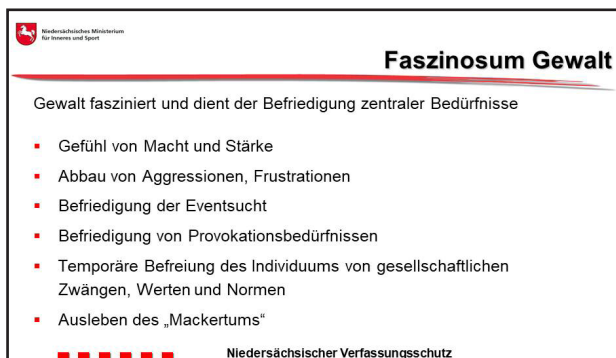
Niedersächsisches Ministerium
für Inneres und Sport

Gewaltverständnis

- Akzeptanz von Gewalt als Teil der Problemlösung bis hin zur Gewaltbegeisterung
- Militanz als konstitutives Merkmal der Autonomen
- Gewalt als Lebensgefühl

■ ■ ■ ■ ■ Niedersächsischer Verfassungsschutz

u.a. dazu, öffentliche, insbesondere mediale Aufmerksamkeit zu erregen und die eigenen Interessen durchzusetzen. Darüber hinaus hat sie zum Ziel, die Kosten für bestimmte politische Entscheidungen so in die Höhe zu treiben, dass diese politisch nicht mehr durchsetzbar sind. Zugleich wirkt die Gewalt nach innen integrations- und identitätsstiftend für die jeweiligen Bezugsgruppen, denn sie gibt ihren Akteuren ein Gefühl der Zugehörigkeit zu einer Art Schicksalsgemeinschaft gegen den demokratischen Rechtsstaat. Die gewaltsame Auseinandersetzung mit der Polizei dient als eine Art „Ritterschlag“ für den einzelnen Autonomen, denn sie befördert seine Glaubwürdigkeit und dadurch seinen Aufstieg in den eigentlich nicht existenten Hierarchien innerhalb seiner Bezugsgruppe. Männliche Autonome können sich zudem durch den Einsatz von Gewalt gegenüber ihren weiblichen Mistreiterinnen profilieren.



Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass Gewalt – wie auch in anderen Extremismusbereichen – ästhetisiert und heroisiert wird. So stilisieren sich Autonome gerne auf Fotos und Plakaten als „lonesome cowboy“ oder „lonesome streetfighter“ vor brennenden Barrikaden, Autos oder aufgerüsteten Polizeiketten. Dadurch unterstreichen sie zugleich die Faszination, die Gewalt auf sie ausübt. Gewalt wird somit zum einem unverzichtbaren Lebensgefühl. In manchen Situationen herrscht sogar eine regelrechte Gewaltbegeisterung, denn „es macht einfach Spaß, den Bullen eins in die Fresse zu hauen...“ wie es in einem ihrer

Selbstzeugnisse, dem Klassiker „Autonome in Bewegung“ heißt.

Im Gegensatz zu den „klassischen“ Autonomen ist das Verhältnis der Postautonomen zur Gewalt widersprüchlicher. Einerseits distanzieren sie sich von der Anwendung von Gewalt als politisches Mittel. Andererseits betonen sie: „Unsere Mittel und Aktionsformen, defensive wie offensive, bestimmen wir also strategisch und taktisch in den jeweiligen Situationen, so wie wir sie verantworten können ... Es geht uns darum, die kollektive Fähigkeit herzustellen, die Wahl der Mittel nach unseren Zielen selbst zu bestimmen.“ Die Absicht, das demokratische Spektrum als potentiellen Bündnispartner nicht zu verlieren, dürfte für diese zweideutige Haltung ursächlich sein. Ihr Verhältnis zur Gewalt ist daher in erster Linie taktischer Natur, zumal sie sich in ihren Papieren bislang nie eindeutig von Gewalt distanziert haben.

Sehr geehrte Damen und Herren,

um die von Autonomen ausgehende Gewalt richtig einordnen zu können, muss man sich den für sie und die Postautonomen geltenden Gewaltbegriff vergegenwärtigen. In Anlehnung an den norwegischen Friedensforscher Johann Galtung liegt die Ursache für Gewalt in den „kapitalistischen Produktionsverhältnissen.“ Diese üben eine auf gesellschaftlichen Strukturen wie Werte, Normen, Institutionen und Machtverhältnissen basierende „strukturelle Gewalt“ auf ihre Bürger aus. Diese Gewalt ist systemimmanent, drückt sich durch Ungleichheit unterschwellig aus und hindert den Einzelnen daran, sich seinen Anlagen, Möglichkeiten und Wünschen entsprechend frei zu entfalten und verwirklichen zu können. Seine Selbstverwirklichung bleibt somit hinter der in einer Gesellschaft möglichen zurück. Mit dieser Interpretation wird auch zugleich das Täter-Opfer-Verhältnis unmissverständlich definiert. Der Staat ist immer der Täter und der Autonome immer das Opfer. Da diese „Diktatur der Gewalt“ nach linksextremistischer Auffassung den

kapitalistischen Systemen inhärent ist, leiten nicht nur Autonome, sondern Linksextremisten im Allgemeinen daraus unter Berufung auf den Philosophen und Sozialwissenschaftler Herbert Marcuse ein Naturrecht von „unterdrückten“ Minderheiten auf Widerstand ab. Marcuse prägte dafür das Prinzip „Gegengewalt“. Es versteht sich ausschließlich als Reaktion auf die vermeintliche „Gewalt des Systems“ und somit als ein reaktives und dadurch legitimes Mittel, um die herrschende Gewalt aufzubrechen und Veränderungen herbeizuführen. Schon seit Jahrzehnten ist zudem in der autonomen Szene eine sogenannte Militanzdebatte virulent. In ihrem Kern geht es um die Anwendung von Gewalt nicht nur gegen Sachen, sondern auch gegen Menschen. Zwar ist die gezielte Tötung von Menschen seit der Ermordung zweier Polizisten durch Autonome im November 1987 am Rande der Proteste gegen die Erweiterung des Frankfurter Rhein-Main-Flughafens um die Startbahn West bislang nicht vermittelbar. Dennoch versuchen immer wieder radikale Kreise innerhalb des autonomen Spektrums diesen Konsens zu kippen.

Wenn man die Rolle der Gewalt in der linksextremistischen Szene näher untersucht, stellt sich unmittelbar die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Radikalisierung und Gewalt. Um sich dieser Frage zu nähern, muss man zunächst den Begriff „Radikalisierung“ näher definieren. „Radikalisierung“ ist laut dem Bundeskriminalamt „die zunehmende Hinwendung von Personen oder Gruppen zu einer extremistischen Denk- und Handlungsweise und die wachsende Bereitschaft, zur Durchsetzung ihrer Ziele illegitime Mittel, bis hin zur Anwendung von Gewalt, zu befürworten, zu unterstützen und/oder einzusetzen.“¹

Kennzeichnend für eine Radikalisierung ist somit die Verknüpfung einer radikalen Ideologie mit der Entschlossenheit, sie auch in die Tat umzusetzen. Wir haben es praktisch mit einer

zweifachen Radikalität zu tun: zum einen mit einer extremistischen Ideologie und zum anderen mit einer extremistischen Gewalttat.

Das Peace Research Institute Frankfurt und das Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung sehen in einer gemeinsamen Studie in der Radikalisierung „die zunehmende Infragestellung der Legitimation einer normativen Ordnung und/oder die zunehmende Bereitschaft, die institutionellen Strukturen dieser Ordnung zu bekämpfen.“ Vor diesem Hintergrund haben beide Institute gemeinsam drei Formen der Radikalisierung herausgearbeitet: Die Radikalisierung ohne Gewalt, die Radikalisierung in die Gewalt und die Radikalisierung in der Gewalt. Unter Radikalisierung ohne Gewalt fallen dabei alle Individuen und Kollektive, die auf gewaltfreiem Wege versuchen, gesellschaftliche Änderungen herbeizuführen. Die Radikalisierung in die Gewalt bildet dabei das „klassische“ Verständnis von Radikalisierung wider, wenn ein Individuum oder ein Kollektiv zur Durchsetzung seiner Ziele und Ideen bereit ist, Gewalt anzuwenden. Bei der Radikalisierung in der Gewalt handelt es sich um Individuen und Gruppen, die bereits Gewalt anwenden und sich nunmehr weiter radikalisiert haben.²

Was aber veranlasst Menschen, sich zu radikalieren? Was sind die auslösenden Momente für eine Radikalisierung in die Gewalt und in der Gewalt?

Persönliche Erfahrungen und Erlebnisse, sind wichtige Momente für eine Radikalisierung in die Gewalt. Hier sind an vorderster Stelle Gewalterfahrungen in der Kindheit und Jugend, in erster Linie erfahren durch das soziale Umfeld wie Eltern, Geschwister, Verwandte und Bekannte, zu nennen. Vor allem eigene Diskriminierungserfahrungen und persönliche Bekanntschaften mit Extremisten oder mit Personen aus deren Umfeld können zu einer

¹ Bundeskriminalamt, Radikalisierung, in: <https://www.bka.de/DE/IhreSicherheit/RichtigesVerhalten/Radikalisierung/radikalisierung.html> (gelesen am 28. Dezember 2020).

² Hande Abay Gaspar/Christopher Daase/Nicole Deitelhoff/Julian Junk/Manjana Sold, Was ist Radikalisierung? Präzisierungen eines umstrittenen Begriffs, in: Peace Research Institute Frankfurt/Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (Hrsg.), PRIF Report 5/2018, S. 7 ff.

**Radikalisierung durch persönliche Erfahrungen**

- Gewalterfahrungen in der Kindheit/Jugend durch soziales Umfeld
- Gewalterfahrungen in Zusammenhang mit dem Staat, seinen Institutionen und Repräsentanten führt zum Verlust des Vertrauens in politische Institutionen
- Gewalterfahrungen mit politischem Gegner (Rechtsextremisten)
- Gewalterfahrungen durch Bilder/Filme/Games
- persönliche Diskriminierungserfahrungen
- persönliche Bekanntschaften
- politische Ereignisse oder Entwicklungen

**Niedersächsischer Verfassungsschutz**

**Radikalisierung durch Bezugsgruppe**

Gruppendynamische Prozesse als Radikalisierungselemente

- Isolation und Bedrohung der Gruppen führen zu starken Interdependenzen
- Gruppe schließt sich nach außen ab und homogenisiert sich nach innen
- Gruppennarrative und – diskurse (z.B. Täter-Opfer Narrativ)
- Gefühl, starker Arm der Gruppe zu sein durch Übernahme von Schutzfunktionen
- Identitätsstiftend
- Integrationsstiftend
- Profilierung/Steigerung der eigenen Bedeutung
- Emotionale Befriedigung

**Niedersächsischer Verfassungsschutz**

Hinwendung in diese Milieus führen. Hinzu kommen mit etwas fortgeschrittenem Lebensalter vor allem das Gefühl einer unerträglichen Ungerechtigkeit auf dieser Welt sowie Gewalterfahrungen in Zusammenhang mit dem Staat, seinen Institutionen und Repräsentanten. Vor allem die Konfrontation mit der Polizei als Repräsentant des Staates und dem politischen Gegner, insbesondere Rechtsextremisten, kann dabei zu einem Vertrauensverlust in Staat und Gesellschaft führen. Gewaltverherrlichende Bilder, Filme und Games forcieren durch ihre aufputschende Wirkung den Weg in die Radikalisierung.

Für eine Radikalisierung in der Gewalt sind vor allem gruppendynamische Prozesse von Bedeutung. Die Isolation und das Bedrohungsgefühl in einer Bezugsgruppe führt zu starken Interdependenzen. Die Gruppe schließt sich nach außen ab und homogenisiert sich nach innen. Gruppen entwickeln Erzählungen. Diese Gruppennarrative und – diskurse wie z.B. das Täter-Opfer Narrativ können dann identitätsstiftend und integrationsfördernd für die Bezugsgruppe wirken. Dem Einzelnen bietet sich dabei die Chance, sich durch die Anwendung von Gewalt als starker Arm der Gruppe zu präsentieren, als derjenige, der der Gruppe Schutz und Sicherheit gibt. Durch diese Rolle kann die eigene Bedeutung gesteigert und eine emotionale Befriedigung erreicht werden. Politische Ereignisse oder Entwicklungen, die als Zumutung und/oder Bedrohung empfunden werden, können schließlich das auslösende Moment für den Weg in den Extremismus bzw.

in den Terrorismus sein und somit für eine Radikalisierung in die Gewalt bzw. in der Gewalt sein.

Eine zu massiver Gewalt führende Radikalisierung ist erst seit Einführung neuer Technologien möglich. Mit der Erfindung des Dynamits, der Fotografie, des Films und in der jüngsten Zeit des Internets konnten Taten mit hohen Opferzahlen und Sachschäden überhaupt erst durchgeführt werden und mittlerweile weltweite mediale Verbreitung finden. Auch wenn die autonome Szene eher technikfeindlich eingestellt ist, erfolgt auch in diesem Phänomenbereich die Radikalisierung heutzutage weitgehend über die digitalen Medien. Das Internet und die dort vertretenen Sozialen Netzwerke wie Facebook und Messengerdienste wie WhatsApp oder Telegram dienen der Vernetzung, Organisation und Durchführung von Protesten. Vor allem dem Online-Portal Linksunten.indymedia.de kam dabei bis zu seinem Verbot im August 2017 eine zentrale Bedeutung zu. Hier konnten Diskussionen der autonomen Szene anonymisiert geführt werden, Anleitungen für die Begehung von Straftaten wie den Bau von Sprengsätzen verbreitet und Selbstbezeichnungsschreiben für Anschläge eingestellt werden. Seit dem Verbot von linksunten.indymedia.de hat de.indymedia.org diese Funktion weitgehend übernommen. Die Medien der analogen Welt, etwa Publikationen wie die Szenemagazine „radikal“ oder „Interim“ haben dagegen in den letzten Jahrzehnten immer mehr an Bedeutung für die linksextremistische Szene verloren. Sie liefern,

so sie denn überhaupt noch erscheinen, Anleitungen zur praktischen Umsetzung von Gewalttaten, weshalb sie nahezu regelmäßig von den zuständigen Gerichten beschlagnahmt werden. Im Gegensatz zu den digitalen Medien sind sie heute von immer geringerer Bedeutung für die linksextremistische Szene.



Selbstradikalisierung

- Online/Offline-Radikalisierung
 - rationale und emotionale (Selbst-) Radikalisierung über die digitale und analoge Welt
- lonesome wolf (radikalisierter Einzeltäter)
 - politisch motiviertes gewalttätiges Agieren einer Einzelperson oder kleiner Zellen
 - kein Verfolgen kollektiver Ziele, sondern persönlicher Rache-/Gewaltgelüste
 - keine Anbindung an eine politische Szene
- radikalisierter Einzeltäter im Linksextremismus bislang unüblich, da Taten vermittelbar sein müssen

 Niedersächsischer Verfassungsschutz

Am Ende meines Vortrages möchte ich die Selbstradikalisierung ansprechen. Sie stellt gegenwärtig die wohl größte Bedrohung für den demokratischen Rechtsstaat dar – und das gilt für alle Phänomenbereiche. Wir haben es dabei in der Regel mit einem autoradikealisierten Einzeltäter zu tun. Dieser sogenannte lonesome wolf bricht in der Regel alle Beziehungen zu seinem sozialen Umfeld ab und schottet sich ab. Seine rationale und emotionale (Selbst-) Radikalisierung erfolgt über die digitale und analoge Welt. Er radikalisiert sich zumeist unbemerkt von der Außenwelt vor allem über die Sozialen Netzwerke wie Facebook, Twitter u. a. und saugt sich dort förmlich voll mit extremistischen Texten, Bildern, Filmen und Spielen. Befreien will er niemanden aus seiner sozialen Lage, kollektive Ziele verfolgt er eher nicht. Sein Handeln leitet vielmehr persönliche Rache- und Gewaltgelüste. Eine Anbindung an eine politische Szene gibt es meistens nicht. Im Linksextremismus ist diese Art der Radikalisierung aber bislang noch unüblich, da Taten in der linksextremistischen Szene vermittelbar sein müssen.

Der letzte linksextremistische radikalisierte Einzeltäter im deutschsprachigen Raum dürfte der italienische Anarchist Luigi Lucheni gewesen sein. Er tötete am 10. September 1898 die

österreichisch-ungarische Kaiserin Elisabeth durch einen Stich mit einer spitzen Feile ins Herz.

Zuletzt ein Ausblick auf eine Auswahl künftiger Radikalisierungsgefahren.

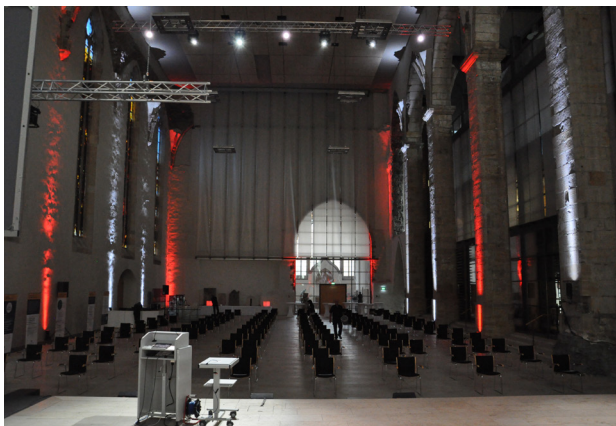


Radikalisierungsgefahren

- reale oder empfundene Zuspitzung der politischen/gesellschaftlichen/ökonomischen Widersprüche
- tödlich verlaufene Konfrontationsgewalt zwischen den Extremisten (Märtyrereffekt)
- Avantgardistisches Denken in Verbindung mit einer (Selbst-) Radikalisierung über (elektronische) Medien
- Euphorisierende Wirkung von szenerelevanten Großereignissen

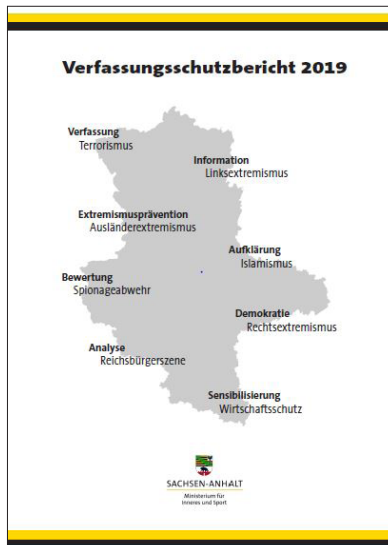
 Niedersächsischer Verfassungsschutz

Ein entscheidender Faktor könnte eine reale oder auch nur empfundene Zuspitzung der politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Widersprüche in den demokratischen Rechtsstaaten sein. Wenn z. B. die Kluft zwischen Arm und Reich im Zuge der Coronakrise sich weiter zuspitzt, könnte das ein auslösendes Moment für eine weitere Radikalisierung sein. Ferner könnte von szenerelevanten Großereignissen, sofern diese im Sinne der linksextremistischen Szene verlaufen sind, wie z. B. der G20-Gipfel von Hamburg aus dem Jahre 2017, eine euphorisierende Wirkung für diese Szene ausgehen. Weiter radikalisierend könnte eine tödlich verlaufene Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner oder der Polizei wirken. Der dadurch entstehende Märtyrereffekt könnte stark radikalisierend wirken, möglicherweise ähnlich, wie es nach der Ermordung des Studenten Benno Ohnesorg durch den Polizisten und Mitarbeiter der DDR-Staatssicherheit Karl-Heinz Kurras, nach dem 2. Juni 1967 erfolgte. Hinzu kommt ein stark ausgeprägtes avantgardistisches Denken in Teilen der linksextremistischen Szene. Dort glaubt man, im Besitz der Wahrheit zu sein und leitet davon das Recht ab, zu entscheiden, wer oder was gut oder böse ist und mit welchen Mitteln es bekämpft werden darf.









Verfassungsschutzbericht

Ausführliche Darstellung zu den extremistischen Phänomenen in Sachsen-Anhalt. Die Verfassungsschutzbehörde erfüllt mit diesem jährlichen Bericht ihre gesetzlichen Unterrichtungspflichten gemäß § 15 Abs. 1 und 2 Verfassungsschutzgesetz des Landes Sachsen-Anhalt.



Informationsblatt

„Was macht der Verfassungsschutz?“

Eine Übersicht zu den Aufgaben und Befugnissen der Verfassungsschutzbehörde

Veröffentlicht im Oktober 2015



Informationsblatt

„Verfassungsschutz in Sachsen-Anhalt
Was macht der Verfassungsschutz? - Information
für arabische Mitbürger“

Eine arabischsprachige Übersicht zu den Aufgaben und Befugnissen der Verfassungsschutzbehörde

Veröffentlicht im Januar 2020

Tagungsdokumentation

„Neue Strömungen im Rechtsextremismus, - Parteien und Neue Rechte -“

Fachtagung am 3. November 2016
in Magdeburg
Veröffentlicht im August 2017



Broschüre

„Kennzeichen des Rechtsextremismus“

Eine Übersicht zu rechtsextremistischen Symbolen, Codes, Bekleidungsmarken und anderen Kennzeichen

2. Auflage, veröffentlicht im August 2020



Plakat

„Kennzeichen des Rechtsextremismus“

Veröffentlicht im Dezember 2019





Tagungsdokumentation

„Reichsbürger - Sonderlinge oder Teil der rechts-extremen Bewegung“

Fachtagung am 8. Oktober 2014
in Aschersleben

veröffentlicht im Mai 2015



Informationsblatt

„Reichsbürger“ in Sachsen-Anhalt - Was ist zu tun?“

Eine Übersicht zur Reichsbürgerszene in Sachsen-Anhalt

3. Auflage, veröffentlicht im Dezember 2016



Broschüre

„Reichsbürger“, „Reichsregierungen“ und „Selbstverwalter“
Informationen und Handlungsempfehlungen zur „Reichsbürgerszene“

2. Auflage, veröffentlicht Oktober 2018

Informationsblatt

„Salafismus: Radikalisierung im Namen Allahs“
Salafistische Mission erkennen –
Radikalisierungen bemerken“

Veröffentlicht im Dezember 2016



Broschüre

„Extremistisch und gesetzeskonform?“
Eine Informationsbroschüre zum „Legalistischen Islamismus“

Veröffentlicht im September 2020



Tagungsdokumentation

„Prävention und Deradikalisierung“

Fachtagung am 5. September 2018
in Magdeburg

veröffentlicht im Juli 2019





Tagungsdokumentation

„Wirtschaftsschutztag Sachsen-Anhalt – Effizienter Schutz für Unternehmen im In- und Ausland“

Wirtschaftsschutztag am 16. September 2015 in Barleben

Veröffentlicht im Juni 2016



Tagungsdokumentation

2. Wirtschaftsschutztag Sachsen-Anhalt „Gut geschützt ist schwer gehackt“

Wirtschaftsschutztag am 25. Oktober 2017 in Halle (Saale)

Veröffentlicht im August 2018



Tagungsdokumentation

3. Wirtschaftsschutztag Sachsen-Anhalt „Neue Risiken, neue Bedrohungen?“

Wirtschaftsschutztag am 26. November 2019 in Magdeburg

Veröffentlicht im Juli 2020

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerberinnen und Wahlbewerbern oder Wahlhelferinnen und Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für die Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen sowie für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Eine Verwendung dieser Druckschrift von Parteien oder sie unterstützenden Organisationen ausschließlich zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder bleibt hiervon unberührt. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme des Ministeriums für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Nachdruck bzw. Vervielfältigung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung des Herausgebers.



Impressum

Herausgeber:	Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt Halberstädter Straße 2/am „Platz des 17. Juni“ 39112 Magdeburg
Redaktion:	Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt Nachtweide 82 39124 Magdeburg Tel.: 0391 567 3900 E-Mail: verfassungsschutz@mi.sachsen-anhalt.de www.mi.sachsen-anhalt.de/verfassungsschutz
Druck:	Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt Merseburger Straße 2, 06110 Halle (Saale)
Fotos Umschlag:	Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt
Bildnachweis:	Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt (Seite 1, 48, 53, 54, 55) Ronny Hartmann (Seite 6) Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung (Seite 8, 34) Verfassungsschutz Hamburg (Seite 22, 27, 30, 33) IL (Seite 28, 29) linksunten.indymedia (Seite 36)

Stand: August 2021



SACHSEN-ANHALT

Ministerium für
Inneres und Sport

#moderndenken